



Politische Berichte

In dieser Ausgabe: Können Kommunen die Mietpreise bremsen? * Spanien: Interview mit Angehörigen der politischen Gefangenen * Daimler-Zentrum in Westberlin * Nixdorf: Kleiner Erfolg für Reinigungsfrauen * Verfolgung von Roma und Sinti

Nummer 13 / 11. Jahrgang

22. Juni 1990

G 7756 D Preis 1,50 DM

DDR-Anschluß: Kohl verteilt Beute

Alle Enteignungen von Konzernen und Junkern in der DDR sollen rückgängig gemacht werden

Am 17. Juni stellte ein DSU-Abgeordneter in der DDR-Volkskammer unter den Augen von Kanzler Kohl den Antrag auf sofortige Vereinigung mit der BRD nach Artikel 23 Grundgesetz. Nach kontroverser Diskussion wurde der Antrag zwar nicht verabschiedet, aber mit einer Zwei-Drit-

tel-Mehrheit an die Ausschüsse weitergeleitet. Die Volkskammer verabschiedete ein Verfassungsgesetz, das die Möglichkeit schafft, Hoheitsrechte der DDR auf Institutionen der BRD zu übertragen. Dieses Gesetz wurde mit 269 von 267 erforderlichen Stimmen verabschiedet.

BRD-Behörden, allen voran das Bundeskanzleramt in enger Absprache mit dem Justizminister und dem Generalbundesanwalt, zerschlagen das gesamte DDR-Rechtssystem und wollen zehntausende Bürger der DDR verfolgen, enteignen und unterdrücken. Ein zweiter Staatsvertrag ist fast fertig. Er sieht eine Angleichung der DDR an das gesamte BRD-Rechtssystem vor. Die BRD-Behörden wollen unverzüglich das Recht, auch in der DDR polizeiliche Ermittlungen durchzuführen.

Durch die Enteignungsgesetze und durch die gemeinsame Erklärung der DDR- und BRD-Regierung zur Eigentumsfrage verteilt Kohl bereits vor der Okkupation der DDR Vermögen und Beute, in beträchtlichem Teil an Leute in der BRD, die vor vielen Jahren die DDR verlassen hatten. Sie bekommen entweder die Verfügung über dieses Eigentum zurück oder werden entschädigt. Riesige Vermögenstransaktionen aus der DDR in die BRD werden damit eingeleitet. Bin „zukünftiges gesamtdeutsches Parlament“ bekommt sogar noch die Möglichkeit eingeräumt, die Enteignungen zwischen 1945 und 1949 „abschließend“ zu entscheiden. Damit ist absehbar, daß auch die Bodenreform in der DDR und die Enteignung der Junker und Kriegsverbrecher rückgängig gemacht werden soll.

Nach diesen Versprechungen auf Beute schnellte Kohls Beliebtheit steil an. Diesmal verspricht Kohl nicht nur einen Boom, sondern Eigentum und Bares. Diejenigen, die das nicht gutheißen, werden niedergemacht. Prof. Manfred Schreiber, ehemaliger Polizeipräsident Münchens und zuletzt Leiter der Polizeibehörde im Bundesinnenministerium, malte in der „Welt“ vom 15. Juni ein wüstes Bild, wonach Honecker, die RAF, linke Presseorgane, die PDS und die Kurden alle unter einer Decke stecken: „Eine vom Schock erholte vereinigte Linke unter der möglichen Führung der PDS/SED kann Schlagkraft gewinnen.“ Die BRD-Behörden wollen in der Öffentlichkeit die Meinung durchsetzen, bei der SED handele es sich um eine kriminelle Vereinigung, obwohl doch offensichtlich ist, daß die DDR nur ehemaligen RAF-Mitgliedern stillschweigend Asyl gewährte. Wenn die SED erst einmal zur kriminellen Vereinigung gemacht werden kann, dann wird die PDS zur „Nachfolgeorganisation“ erklärt mit allen politischen und rechtlichen Konsequenzen.

Diese Drohungen sollen einschüchtern, die politische Opposition isolieren, spalten und die Expansionspolitik der Regierung verschleiern. Die Erklärung zur „Unverletzlichkeit der polnischen Westgrenze“ ist eine solche Verschlei-

erung. In der Erklärung der Regierung der BRD und DDR wird ausdrücklich festgehalten, „daß die Vertreibung von Millionen von Deutschen aus ihrer angestammten Heimat ein großes Unrecht war“ und daß ein „vereintes Deutschland“ Regelungen mit Polen treffen werde. Die Umsiedlung war aber nicht unrechtmäßig, sondern Ergebnis des zweiten Weltkrieges und durch die Anti-Hitler-Koalition garantiert. Durch die Formel „Unrecht der Vertreibung“ werden alle Eigentumsansprüche von BRD-Staatsbürgern gegenüber Polen aufrechterhalten. Das und der in Kraft bleibende Artikel 23 Grundgesetz bleiben so gegen die Souveränität und territoriale Integrität Polens in vollem Umfang erhalten.

Wird die SPD diesen weiteren Feldzug mitmachen? Die SPD hat sich durch Kohl gerne einbinden lassen. Wenn sie jetzt von einer Volksabstimmung spricht, geht es ihr nicht um eine Abstimmung gegen, sondern für die Einverleibung der DDR. Auffallend ist auch, daß die SPD entgegen dem Parteigesetz keine Urabstimmung bei der geplanten Verschmelzung mit der DDR-SPD durchführen will. Damit soll jeder parteiinterne Widerstand gegen eine großdeutsche SPD von vornherein ausgeschaltet werden. — (jöd)



In einer demagogischen „Anfrage“ an die Regierung hetzten die Fraktionen von CDU/CSU und FDP gegen angeblich zu geringe Anstrengungen, Teilzeitarbeit anzubieten. Die Regierung gab in ihrer Antwort (veröffentlicht am 29.5.) selbstverständlich den Fragern recht und prangerte außerdem die „Ausbeutung der Arbeitenden durch Arbeitsunwillige“ an! — (m.k.)

Keine Hinrichtung von Abu-Jamal!

Protestaktionen zur Unterstützung des US-Journalisten

Mumia Abu-Jamal, schwarzer Journalist und politischer Aktivist gegen den Rassismus in den USA, sitzt nach wie vor in der Todeszelle. Ende Mai hat sein Anwalt Berufung gegen das Todesurteil beim Obersten Gerichtshof der USA eingelegt. Das „Partisan Defence Committee“, New York, ruft zu Protesten gegen die Vollstreckung des Todesurteils an Mumia Abu-Jamal und gegen die Todesstrafe auf. In der BRD soll vom 1. bis 7. Juli eine Aktionswoche stattfinden, u.a. mit einer Kundgebung in Hamburg am 3.7., 16 Uhr, vor dem US-Generalkonsulat. Im folgenden Auszüge aus dem Aufruf der Agipa-Press. — (uld)

„Mumia Abu-Jamal war Ende der 60er Jahre Mitglied der Black Panther Party. Als die Schwarzenbewegung später vom FBI zerschlagen worden war, arbeitete er als freier Journalist für schwarze Zeitungen und Radiosender. Weil er in seiner Arbeit immer engagiert und kritisch Partei für die Unterdrückten und gegen Rassismus und die Arroganz des weißen Amerika ergriff, war er schon bald als „voice of the voiceless“ (Stimme der Stummen) im ganzen Land bekannt. Seine KollegInnen wählten ihn deshalb 1980 zum Präsidenten der Vereinigung schwarzer Journalisten von Philadelphia. Aber in der Stadtverwaltung und Polizeiführung Philadelphias hatte er sich im Laufe von mehr als 20 Jahren politischen Engagements Feinde gemacht, wurde verfolgt und öffentlich als Staatsfeind gehandelt ...

In dieser aufgeheizten Atmosphäre geriet er im Dezember 1981 in eine Aus-

einandersetzung zwischen weißen Polizisten und Schwarzen, an deren Ende Jamal durch eine Polizeikugel schwer verletzt und ein Polizist getötet wurde. Eine Waffe wurde nie gefunden, und die Täterbeschreibungen von Zeugen paßten nicht auf Jamal. Und doch wurde er als der einzige Mordverdächtige verhaftet. Der Prozeß, der im Sommer 1982 folgte, war gekennzeichnet von Unrecht und Rechtsbeugung. Am Ende wurde Jamal von einer aus elf Weißen und einem Schwarzen bestehenden Geschworenengruppe zum Tode verurteilt. Die letzten Skrupel bei der Jury hatte der Staatsanwalt ausgeräumt, als er behauptete, Jamal werde nicht hingerichtet, er könne ja „Berufung nach Berufung nach Berufung“ einlegen.

Die Wirklichkeit sieht aber anders aus: Unser dringender Aufruf vom September 1989 hatte zum Anlaß, daß der Oberste Gerichtshof von Pennsylvania am 6. März 1989 das Todesurteil gegen Mumia Abu-Jamal bestätigt hatte. Mittlerweile hat dieses Gericht Jamals Antrag, sich erneut mit der Berufung zu befassen, am 26. Januar 1990 zurückgewiesen ... Der Unterzeichnung des Hinrichtungsbefehls durch Gouverneur Casey steht kaum noch ein Hindernis entgegen. Jamal hat jetzt nur noch die Möglichkeit, seinen Fall vor das Bundesberufungsgericht zu bringen ...

Wir rufen zu regionalen und lokalen Protestaktionen vor Vertretungen und Einrichtungen der USA auf ...

Informationen über: Agipa-Press, Eichenberger Str. 53, 2800 Bremen 1, Tel. 0421/354029.

Über 15000 demonstrierten am 16.6. in Bonn gegen den § 218



Überwiegend Frauen demonstrierten unter Parolen wie „Ob Kinder oder keine entscheiden wir alleine“ für die ersatzlose Streichung des § 218. Keine der Kundgebungs-Rednerinnen

nahm Stellung zur Klage Bayerns und Baden-Württembergs vor dem Bundesverfassungsgericht, mit der die Länder eine weitere Verschärfung des § 218 durchsetzen wollen. — (uld)

Postvertriebsstück G 7756 D
Gebühr bezahlt

Euthanasiegeschädigte fordern mindestens 200 DM monatlich

Auf seiner Jahrestagung am 14. Juni forderte der Verband der Euthanasiegeschädigten und Zwangssterilisierten Opfer des Naziregimes von der Bundesregierung eine Mindestentschädigung von 200 DM im Monat und die Anerkennung einer Schwerbeschädigung von 25 Prozent ohne weitere Gutachten. Der Nachweis, daß KZ-Ärzte Frauen und Männer gequält und zwangssterilisiert oder Experimente mit ihnen durchgeführt haben, müsse ausreichen. Dies müsse schnell durchgeführt werden, wenn es den Überlebenden der KZs noch nützen solle. Viele Angehörige des Verbands sind Sinti und Roma. — (uld)

BDI, Kohl: NATO ist auch eine Glaubensgemeinschaft

Nämlich eine, die an das westliche Wertesystem glaubt, erklärte Bundeskanzler auf der Jahrestagung des BDI am 14.6., und deshalb müsse „das künftige Deutschland“ Mitglied der NATO sein. Kohl außerdem an die Kapitalisten gewandt: Er vermisse teilweise „den Geist der Gründergeneration“ — das ist zu deutsch jene Generation kapitalistischer

Monopolbesitzer, die den ersten Weltkrieg anzettelte, um die deutsche Vorherrschaft über Europa zu erlangen. BDI-Präsident Necker rief auf, alle nationalen und regionalen Beschränkungen in der Weltwirtschaft zu überwinden. Eine Voraussetzung für die westdeutschen Kapitalisten sei die Senkung der Unternehmenssteuern und die Förderung finanzkräftiger Großunternehmen. Bundeswirtschaftsminister Haussmann sagte Unterstützung zu. — (uld)

Bundestagswahl: Westberliner wählen mit

Im Dezember waren sich die Alliierten auf der Kontrollratssitzung noch einig, daß die Westberliner aufgrund des Status der Stadt nicht direkt an der Bundestagswahl teilnehmen können. Die drei westlichen Alliierten haben nunmehr einseitig den gemeinsamen Vorbehalt vom 12. Mai 1949 für aufgehoben erklärt, nachdem bereits vorher der Bundestag auf eine mündliche Zusage hin das Bundestagswahlgesetz geändert hatte. Damit hat sich Momper durchgesetzt. Durchgesetzt hat sich auch der NPd-Vorsitzende Mußnug, der mit der Anfechtung der Bundestagswahl gedroht hatte, falls das alliierte Verbot sei-

ner Partei in Westberlin bestehen bleibt. Der SPD/AL-Senat hat den halbjährlich erforderlichen Antrag auf Verlängerung der Kommandantura nicht mehr zu stellen gewagt, seit dem 31. Mai 1990 darf sich die NPd in Westberlin betätigen. — (chk)

Saarland: Demonstration gegen DDR-Annexion am 17.6. verboten

Die Stadt Saarbrücken hat eine Demonstration am 17. Juni gegen die DDR-Annexion unter Berufung auf das saarländische Feiertagsgesetz verboten. Zu der Aktion hatte die „Initiative gegen Großdeutschland- und Europapläne Saar“ aufgerufen. Der Koordinierungsausschuß des „Bündnis gegen die Großmachtspolitik des BRD-Kapitals“ berichtet: „Am 17. Juni versammelten sich ca. 1200 Demonstranten auf dem Saarbrücker Beethovenplatz ... Dieses ... Versammlungsverbot hatte sowohl vor dem Verwaltungsgericht wie dem OVG Bestand ... Innenminister Läßle ... hatte eine Ausnahme genehmigung verweigert ... Eine Stunde später fand trotzdem auf dem St.-Johanna-Markt eine spontane Versammlung mit ca. 1000 Teilnehmern statt.“ Die Polizei hat Strafanzeigen angekündigt. — (rül)

VVN-BdA: Bundeskongreß zu Satzungsänderungen

Am 9. und 10. Juni 1990 fand in Düsseldorf ein außerordentlicher Bundeskongreß der VVN-BdA statt. Die Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg war dazu eingeladen. Bekanntlich hatte die VVN-BdA alle hauptamtlichen Funktionäre beim Bundesvorstand entlassen und die Bundesgeschäftsstelle aufgelöst. Der Grund waren ausbleibende Spenden vor allem aus der DDR. Der Kongreß war deshalb geprägt von innerorganisatorischen Auseinandersetzungen, die sich stark um die Frage der Demokratie in der Organisation und damit im wesentlichen um Satzungsfragen drehten. Schwerpunkte der Satzungsänderungen betrafen eine Stärkung der Position der Landesverbände und der Kreise. Ein Problem ist, daß der Bundeskongreß keinen einzigen politischen Beschluß faßte. Zwar lagen Anträge der Kreisverbände vor, die sich vor allem auf Positionen zur Anschlusspolitik und zu den Bundestagswahlen bezogen. Sie konnten jedoch nicht behandelt werden. Wahrscheinlich wird es auf Landes- und Ortsebene leichter sein, hierzu Beschlüsse zu fassen und Bündnisse einzugehen. — (ads, jül)

Aktuell in Bonn

Euro-Polizei

Das Europäische Parlament in Straßburg verurteilte in einer Entschließung (Drucksache 11/4992) „jede Art von Terrorismus“ und forderte die Mitgliedsstaaten auf, den Kampf gegen den Terrorismus zu „verstärken“ und entsprechende Konventionen zu unterzeichnen und zu ratifizieren. Zugleich sollen dabei „die Bestimmungen der Menschenrechtskonventionen beachtet“ werden. Zielvorstellung des Europäischen Parlaments ist die Verwirklichung eines europäischen „Rechts- und Justizraums“ samt europäischer Polizei. Am 1. Juni verwies der Bundestag die Straßburger Vorlage an den Innenausschuß.

Schengener Abkommen

Letzte Woche billigte das Bundeskabinett abschließend das „Schengener Abkommen“. Damit ist die BRD ihrem Ziel, EG-weite Polizeijagden veranstalten zu dürfen, einen großen Schritt näher. In den Niederlanden ist ein zehn Kilometer breiter Korridor für BRD-„Nacheile“ geschaffen, in Frankreich dürfen BRD-Polizisten im ganzen Land weiter-verfolgen. Bei der Ratifizierung des Abkommens kann es aber noch Schwierigkeiten geben: In den Niederlanden versuchen Asylgruppen, die Ratifizierung im dortigen Parlament wegen der drastischen Verschlechterung des Asylrechts zu verhindern.

Gegen § 129a StGB

Kurz vor Ende der Amtszeit des Bundestags haben die Grünen noch einen Antrag auf Streichung von § 129a StGB und aller damit verbundenen „Anti-Terror-Bestimmungen“ (Isolationshaft, Verteidigerausschluß, Kronzeugenregelung u.a.) eingebracht. Der Antrag enthält einige Enthüllungen zur Praxis der Bundesanwaltschaft. So leitete die BAW von 1980 bis 1988 fast 3000 Ermittlungsverfahren nach § 129a gegen ca. 4500 Personen ein. Über 70 % der Verfahren richteten sich „gegen unbekannt“. 73 % der Verfahren wurden an die Länderstaatsanwaltschaften abgegeben, die 96 % der Verfahren „gegen unbekannt“ einstellten und 76 % der Verfahren gegen Beschuldigte. Kam es doch zu Anklagen, stellten die Gerichte die Verfahren gegen 20 bis 30 % der Angeklagten ein. Über 90 % aller von der BAW gestarteten Verfahren dienten so allein der politischen Verfolgung, Einschüchterung, Terrorisierung der politischen Opposition. (Drucks. 11/7139)

„Rußlanddeutsche“

Der „Verband für das Deutschtum im Ausland“ (VDA), nach 1945 wegen Zusammenarbeit mit der SS jahrelang verboten, hat Verbindungen mit einer „All-uniongesellschaft der Sowjetdeutschen — Wiedergeburt“ mit Sitz in Moskau

aufgenommen. Auf einer Tagung von VDA und „Wiedergeburt“-Kadern bei Bonn wurde u.a. vereinbart, ein „einheitliches und gut organisiertes Kommunikations- und Organisationssystem für die Deutschen in der Sowjetunion“ (FAZ, 16.6.) aufzubauen. Die Kosten will der VDA tragen. Die Bundestagsfraktionen von CDU/CSU, FDP und SPD haben Unterstützung zugesagt.

AIDS-Bericht

Am 1. Juni legte die Enquete-Kommission „Gefahren von AIDS und wirksame Wege zu ihrer Eindämmung“ ihren Endbericht vor (Drucksache 11/7200; diese Kommission wurde vor drei Jahren gebildet). Nach Angaben der Kommission verdoppelt sich die Zahl der festgestellten Erkrankungen nicht, wie ursprünglich angenommen, alle neun Monate, sondern alle 24 Monate. Der Bericht wendet sich zugleich gegen Dramatisierung und Verharmlosung. Vorrangig sei die Prävention, die Förderung von Selbsthilfegruppen und die Schaffung einer breiten Öffentlichkeit, verstärkte Forschung statt neuer Gesetze. Erforderliche finanzielle Mittel werden nicht genannt.

Rüstung

In Fellbach fand Mitte Juni die 31. Kommandeurtagung der Bundeswehr statt. Verteidigungsminister Stoltenberg (CDU) und Generalinspekteur Admiral Wellershof sprachen über „Perspektiven“ und „Standortbestimmung“ der Bundeswehr. Stoltenberg forderte „bewegliche Streitkräfte“ und der Admiral „moderne Streitkräfte“, wobei dies nicht weniger, sondern mehr Geld für die Bundeswehr erfordere. Die Atomrüstung der Nato soll bleiben.

DM-Imperialismus

Inzwischen ist auch der belgische Francs fest an die bundesdeutsche DM gebunden. Innerhalb der EG gilt dies auch für den Luxemburger Francs und den niederländischen Gulden. Der belgische Premierminister Martens verteidigte diese Entscheidung am 17.6. und kündigte an, dies verpflichte Belgien zu „strenger Finanzdisziplin“, zur Realisierung von „Wirtschaftsreformen“ und zu „Verantwortung“ beim Abschließen von Tarifverträgen. Der Wechselkurs Francs-DM werde in Zukunft so gestaltet, „als ob es eine Währung wäre“ — die BRD regiert mit.

Was kommt demnächst?

Am 22. Juni berät der Bundesrat über den Staatsvertrag mit der DDR und u.a. die neuen Polizeigesetze. Am gleichen Tag findet in Berlin (DDR) die 2. Runde der „2 + 4“-Gespräche statt. Am 17. Juli ist für Paris die 3. Runde dieser Verhandlungen geplant. Ebenfalls im Juli berät in London der NATO-Gipfel.

Können Kommunen die Mietpreise bremsen?

Kaum Bußgelder gegen Mietwucher/Rechtliche Handhaben werden nicht angewandt

Die Lage auf dem Wohnungsmarkt zwingt zu einer Erörterung, welche Handlungsmöglichkeiten zugunsten einer Verbesserung der Lage der Wohnungssuchenden bestehen.

Kaum bekannt ist die Ordnungswidrigkeiten-Vorschrift des § 5 Wirtschaftsstrafgesetz, die Mietüberhöhung verbietet. Zuständig für die Verfolgung von solchen Ordnungswidrigkeiten ist die Ortspolizeibehörde. Voraussetzung für die Einleitung eines entsprechenden Verwaltungsverfahrens ist der hinreichende Verdacht auf eine Mietpreisüberhöhung.

Nach der gesetzlichen Definition ist darunter eine „nicht nur unwesentliche“ Überhöhung des Mietzinses über die Höhe der ortsüblichen Entgelte zu verstehen. Die Rechtsprechung sieht diese Wesentlichkeitsgrenze bei Mietpreisen überschritten, die mehr als 20 % über der ortsüblichen Durchschnittsmiete liegen.

Theoretisch könnte die für das Bußgeldverfahren entscheidende Höhe der ortsüblichen Miete entsprechend den allgemein geltenden Vorschriften alternativ nach folgenden Methoden festgestellt werden: erstens durch Heranziehung eines Mietspiegels; zweitens durch den Nachweis dreier vergleichbarer Wohnungen; drittens durch ein Sachverständigen-

gutachten. Da aber betroffene Vermieter im Zweifelsfall gegen einen Bußgeldbescheid Einspruch einlegen, ist die Einholung eines Sachverständigengutachtens erforderlich, weil die Gerichte grundsätzlich ein solches Gutachten verlangen.

Dadurch sind die Möglichkeiten der Kommunen zur Einleitung solcher Verfahren erheblich eingeschränkt: Zum einen sind solche Gutachten relativ teuer, und zum anderen sind die öffentlich bestellten Gutachter in aller Regel ehemalige oder noch tätige Makler und deshalb bereits aus beruflichen Gründen nicht an niedrigen Mieten interessiert.

Wird ein Bußgeldverfahren erfolgreich durchgeführt, so hat der Vermieter nicht nur das Bußgeld zu zahlen, sondern gilt darüber hinaus die Mietzinsvereinbarung rückwirkend teilweise als nichtig mit der Folge, daß bisher zuviel bezahlte Miete an den Mieter zurück-erstattet werden muß und der Mietvertrag mit der auf das nicht verbotene Maß zurückgeführten Miethöhe weiter gilt.

Die frühere Rechtsprechung, daß dann die ortsübliche Miete als vereinbart

gilt, wurde vom BGH kassiert, so daß jetzt der um 20 % über dieser ortsüblichen Miete liegende Betrag zugrunde gelegt wird.

Auch für den Bereich der Wohnungsvermittlung bestünde mit § 6 WiStG ein entsprechender Ansatzpunkt für die Kommunen, zumindest gegen die Auswüchse des parasitären Gewerbes der kommerziellen Wohnungsvermittlung vorzugehen. Maklergebühren von drei Monatsmieten könnten demnach mit deftiger Ordnungsstrafe geahndet werden. Die zunehmende Unsitte, Wohnung gegen Mietgebot zu „versteigern“, deren einziger Effekt es ist, Wohnungssuchende durch die Enge des Wohnungsmarkts zu „freiwilligen“ Höchstmieten zu treiben, könnte durch die Strafvorschriften des Wohnungsvermittlungsgesetzes unterbunden werden. Zwar ist die Höhe des Bußgelds mit maximal 5000 DM bei weitem zu niedrig, doch dürfte sogar diese Höhe reichen, um die erzielten Extraprofite abzuschöpfen und so den Anreiz für diese Sorte Geschäftemacherei etwas zu mildern. — (kuh, AGK)

Strukturdebatte gefordert

Auszüge aus dem Bericht der „Sozialistischen Zeitung“ von der 3. o. ZDK der VSP

Das Hauptthema auf dieser ZDK war der imperialistische Anschluß und die teilweise noch unübersehbaren Folgen, die dieser bisher tiefste politische Einschnitt in der Entwicklung der BRD (und der DDR) für die Linke und die Arbeiterbewegung haben wird.

Zuvor aber teilten sich die Delegierten, einem Antrag der Frauenabteilung und des ZK folgend, in ein Männerplenum und ein Frauenplenum auf, um darüber zu diskutieren, „warum die Quotierung, die das Statut für die ZDK und das ZK vorsieht, mal wieder nicht erfüllt wurde“. Die Frauenabteilung hatte beiden Plenen einen Fragenkatalog vorgegeben, an dem entlang u.a. diskutiert werden sollte, woran das liegt, was die VSP überhaupt für Frauen attraktiv macht und welches Interesse Männer an Frauenbefreiung haben. Der Bericht der Mandatsprüfungskommission hatte die Dringlichkeit dieser Debatte noch einmal eindringlich unterstrichen: Die anwesenden Delegierten repräsentierten 25 Ortsgruppen und 325 Mitglieder, davon 68 Frauen. Dies Verhältnis besagt, daß der Frauenanteil an den Mitgliedern seit der Gründung der VSP dramatisch zurückgegangen ist (von einem Viertel auf etwas mehr als ein Fünftel). Auf der Konferenz stellte es sich mit 33 männlichen und 20 weiblichen Delegierten etwas besser dar; aber der Unwille von Frauen, sich „nur um der Quotierung willen“ delegieren zu lassen, wächst.

Die Erwartungen in das Männerplenum waren von Anfang an äußerst gering; die Erfahrungen mit entsprechenden Diskussionen bei anderen linken Strömungen bisher negativ. Nach dreieinhalb Stunden teils getrennt, teils gemeinsamer Diskussion zog die große Mehrheit jedoch eine überraschend positive Bilanz: Vor allem im Männerplenum hatten weder hilflose Selbstbeziehung, noch versteckte Abwehr der Herausforderung überwogen, sondern ernsthaftes Bestreben, die Schwierigkeiten der Genossinnen mit der Organisation auch als ein Problem der Männer zu akzeptieren. Der Bericht aus dem Männerplenum faßte die Debatte etwa folgendermaßen zusammen: Die VSP knüpft politisch zu wenig an den Fraueninteressen an; ihre Funktionsweise (der Diskussionsstil der Männer, die Anforderungen, die an die Frauen gestellt werden) widerspricht dem, was Frauen, bedingt durch ihre unterschiedliche soziale Situation, leisten können; „es gibt mehr soziale Kälte in der VSP als in der Gewerkschaft“; die Männer in der VSP befassen sich nicht mit den Positionen, die von der feministischen Theorie entwickelt werden. Die VSP sei für Gewerkschafterinnen attraktiv oder für überzeugte Sozialistinnen, aber nicht für Frauen, die für ihre Befreiung kämpfen,

formulierte es ein Delegierter. Die Frauen hatten dieser Klageliste noch etliche Punkte hinzuzufügen: daß die Strukturen Druck auf die Frauen ausüben, sich ihnen anzupassen, was aber sowohl ihrer Lage als auch ihren Bedürfnissen und Wünschen widerspricht; daß das bisherige Konzept (gesonderte Frauenstrukturen auf allen Ebenen) die Doppelbelastung der Frauen unerträglich steigert, die Organisation selbst aber nicht verändert; daß die Politik, die entwickelt werde, am Ort zu wenig aufgreifbar sei; auch daß die Propaganda der VSP die bestehenden Verhältnisse zu wenig als patriarchalische kritisiere ... Erste Schlußfolgerungen für die weitere Debatte waren 1. eine radikale Verkleinerung des ZK, das weiterhin quotiert sein soll; 2. die Inangsetzung einer Strukturdebatte, teilweise getrennt nach Geschlechtern, bis zur nächsten a.o. ZDK

Der Anschluß: In einem längeren Resolutionsentwurf war der Versuch unternommen worden, einige der unmittelbarsten Konsequenzen, die sich aus dem imperialistischen Anschlußprojekt ergeben, aufzuzeigen und zu begründen, warum wir kompromißlos dagegen sind. Erfreulich war, daß hierzu ein sehr breiter Konsens hergestellt werden konnte ... Selbst die Minderheitsposition, die formulierte: „Wir sind keine prinzipiellen Gegner eines Zusammenschlusses der beiden deutschen Staaten ... es gibt nur einen Weg, auf dem die deutsche Einheit ohne Gefahren erreicht werden kann: ... eine gesamtdeutsche sozialistische Demokratie“, wollte sich nicht so verstanden wissen, als sehe sie in der Losung „Für ein wiedervereinigtes sozialistisches Deutschland“ eine konkrete Alternative und eine taugliche Losung gegen das imperialistische Anschlußprojekt ...

Die Resolution wurde schließlich ... mit einer Mehrheit von 34:13:6 angenommen ...

BRD-Linke: Die Diskussion unter diesem Tagesordnungspunkt konzentrierte sich hauptsächlich auf die PDS. Die Diskussion gab die ganze Bandbreite der Widersprüchlichkeit wieder, mit der wir es heute objektiv zu tun haben: von der scharfen Kritik an der eiligen Selbstdarstellung der PDS, in wenigen Monaten ein vollständig gewendete Partei sein zu wollen, bis hin zur Bereitschaft, sie gegen Angriffe von rechts zu verteidigen und sich konkret und kritisch mit ihr auseinanderzusetzen. Mehr als diese ersten Absichtserklärungen konnte die Debatte nicht erbringen; für eine wirkliche Einschätzung der PDS fehlen noch weitgehend die Voraussetzungen.

Schließlich wurde auch sichtbar, daß der Zusammenbruch der bürokratischen

Diktaturen im Osten und die Angriffe, die der BRD-Imperialismus darauf folgen läßt, zwei verschiedene Reaktionen in der VSP hervorgerufen hat: das starke Bedürfnis nach Selbstbehauptung der VSP als sozialistischer Kraft; aber auch das starke Bedürfnis nach Einheit und nach einer ernsthaften Überprüfung und Diskussion auch der eigenen Überzeugungen. Ein Papier der Minderheit, das vorrangig das erste Bedürfnis ausdrückte, konnte kaum diskutiert werden. Es wurde als Diskussionsmaterial an die Organisation zurückverwiesen.

Aus Zeitgründen konnte auch der Punkt Jugend nicht diskutiert werden. Er soll erster Tagesordnungspunkt einer a.o. ZDK im Herbst dieses Jahres sein. — (A.K.)

Dokumentiert: Beschluß Zusammenarbeit mit dem BWK

Das vorläufige Scheitern der Vereinigungsbemühungen von VSP und BWK ist ein Rückschlag für die Beteiligten und den Prozeß der Überwindung linker Zersplitterung insgesamt. Einseitige Schuldzuweisungen wären in diesem Zusammenhang sinnlos. Es ist nicht auszuschließen, daß neue Erfahrungen und Debatten dazu führen können, die Meinungsverschiedenheiten, die dem Scheitern der Vereinigungsbestrebungen zugrundeliegen, in Zukunft zu überwinden. Die ZDK teilt das im „Anhang I: Vereinigungsbemühungen von VSP und BWK“ zum Papier „Wie weiter mit der Einheit der Linken?“ zum Ausdruck kommende Herangehen.

— Praktische Zusammenarbeit und inhaltliche Auseinandersetzung mit dem BWK müssen weitergehen und ausgebaut werden.

— Die VSP beteiligt sich weiterhin an der gemeinsamen Beilage, versucht sie systematischer für die inhaltliche Auseinandersetzung zu nutzen, sucht andere linke Kräfte für die Beteiligung an der Beilage zu gewinnen und bemüht sich darüberhinaus um eine verstärkte Kooperation mit dem BWK auf publizistischem Gebiet.

— Der gemeinsam erarbeitete „Entwurf einer programmatischen Erklärung“ ist die von BWK und VSP anerkannte inhaltliche Grundlage der Zusammenarbeit. Die VSP stimmt der vom BWK gewünschten Streichung des von der VSP damals eingebrachten Satzes zur deutschen Einheit aus inhaltlicher Überzeugung zu. Die Position der VSP gegen die deutsche Wiedervereinigung und auch gegen die Losung eines „vereinigten sozialistischen Deutschland“ ist durch die Beschlüsse der a.o. ZDK im Januar und der ordentlichen ZDK im Juni 1990 ausreichend dokumentiert. (Mit 34:21:5 angenommen)

Kurdenprozeß: Opfer schweigt

Der erste Zeuge der Bundesanwaltschaft will nichts sagen

Im Kurdenprozeß vor dem OLG Düsseldorf hat die Beweisaufnahme zum ersten Tatvorwurf: Bildung eines „PKK-Volksgeschichts“ in Köln, das den Kurden Hasan Dogan angeblich zum Tode verurteilte, begonnen. Laut Dogan wurde das Urteil nur deshalb nicht vollstreckt, weil er am Rosenmontag-Morgen aus seinem „Gefängnis“ flüchten konnte.

Schon vor Beginn der Vernehmung Dogans war absehbar, daß von dem Kölner „PKK-Volksgeschicht“ nicht viel übrig bleiben würde. Zu fadenscheinig, ja geradezu absurd waren die Vorwürfe: Ein zum Tode Verurteilter, der am hellen Tag über eine der belebtesten Kölner Straßen zur „Vernehmung“ geführt wird, eine angebliche „Gerichtsbetzung“ in Kurdistan-Komitee, die sich inzwischen unbestritten als Küchenplan herausgestellt hat, die Wohnung einer kurdischen Familie als „Gefängnis“, in dem das Opfer mit der Familie Fernsehungen verfolgt und Kaffee und Kuchen speist, bis die Familie zur Arbeit aufrückt und nur einen angeblichen „Wärter“ zurückläßt, der dann auch noch die Wohnungstür einfach offen läßt und unter die Dusche steigt — irgendwie muß auch der Bundesanwaltschaft gedämmert haben, daß diese Gruselgeschichte wohl nicht zu halten sein würde.

Vor die Alternative gestellt, den ersten Zeugen der Anklage im Verfahren untergehen zu sehen oder ihn zum Schweigen zu veranlassen, entschied man sich für das letztere: Hasan Dogan sagt seit Beginn seiner Vernehmung kein Wort. Die Konstruktion ist einfach und erprobt: Dogan nimmt das Aussageverweigerungsrecht nach § 55 StPO in Anspruch — er wolle vermeiden, sich selbst zu belasten. Denn „zufällig“ läuft gegen ihn auch ein Ermittlungsverfahren der Bundesanwaltschaft. Vorwurf: „Verdacht der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung ...“

So besteht im Verfahren die Lage, daß es zwar eine Anklage gibt, aber keinerlei Beweis — denn Hasan Dogan ist der einzige „Beweis“ für seine Geschichte. Das Opfer schweigt, selbst dazu, ob es überhaupt Opfer war. Als „Zeugen“ treten nun die Vernehmungsbeamten an, die Dogans Erzählungen auf der Polizeiwache und später beim BKA protokollierten. Die sechs Haftbefehle aber, die einzig aufgrund der Verdächtigungen des Zeugen Dogan verhängt wurden, bleiben bestehen. Die Verteidigung will versuchen, den Zeugen wenigstens über seine Beratungen mit dem BKA zu befragen. Selbst hierzu will Dogan nichts sagen. — (nül)

SPD lehnt Geheimdienstgesetze ab, will aber Schengener Abkommen zustimmen

Die SPD kann mit ihrer Mehrheit im Bundesrat die Geheimdienstgesetze zu Fall bringen

In der letzten Lesung der Geheimdienstgesetze und des Datenschutzgesetzes, von der Bundesregierung als ein zusammenhängender Gesetzentwurf eingebracht, hat die SPD angekündigt, daß sie die Gesetze auch im Bundesrat ablehnen wolle. Dem unterzeichneten und zur Ratifizierung an-

stehenden Zusatzabkommen zum Schengener Abkommen, das eine weitgehende Zusammenarbeit von Polizei und Geheimdiensten der BRD, Belgien, Frankreichs, Luxemburgs und der Niederlande erlaubt und die Verabschiedung dieser Gesetze voraussetzt, will sie aber zustimmen. — (uld, chl)

Die Regierungskoalition hat weder SPD noch Grüne zur Zustimmung zu ihrem „Gesetz zur Fortentwicklung der Datenverarbeitung und des Datenschutzes“ bewegen können. Das Gesetz besteht aus der Neufassung des Bundesdatenschutzgesetzes, der Änderung des Verwaltungsverfahrensgesetzes, der Neufassung des Bundesverfassungsschutzgesetzes, dem MAD-Gesetz und dem BND-Gesetz. Wegen der Aufnahme der Geheimdienstgesetze in das Gesamtpaket muß der Bundesrat dem Gesetz zustimmen. Dort soll am 22. Juni darüber verhandelt werden. SPD und Grüne haben angekündigt, daß sie das Gesetz im Bundesrat ablehnen werden. Damit besteht Aussicht, daß eines der zentralen Staatsschutzvorhaben der Regierungskoalition nicht wie geplant durchgesetzt werden kann.

Die jetzt groß und zeitlich passend aufgelegte Propagandakampagne über die Verhaftung ehemaliger RAF-Mitglieder in der DDR soll auch den Effekt haben, die SPD wieder in die Große Koalition der Inneren Sicherheit zu treiben, aus der sie sich teilweise herausgezogen hat. Die immer offenkundiger werdende Beteiligung des Bundeskriminalamtes an der Fahndung in der DDR nimmt vorweg, was die Bundesregierung mit der Durchsetzung dieser Gesetze und der Unterzeichnung des Schengener Zusatzabkommens plant.

Die Regierungsfractionen haben vor, mit diesem Gesetz einer oft schon herrschenden Praxis von Polizei, Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst eine gesetzliche und damit unanfechtbare gesetzliche Grundlage zu geben: die gegenseitige Unterstützung bei der Ausforschung und Ermittlung und die Verpflichtung, sich gegenseitig Erkenntnisse zu Verfügung zu stellen, bzw. die Berechtigung für die Polizei und die Nachrichtendienste, Erkenntnisse im automatischen Datenverbund abzurufen. Die Geheimdienste werden ermächtigt, Auskünfte an Privatfirmen zu erteilen, wenn dies „zum Schutz der freiheitlich demokratischen Grundordnung, des Bestandes oder der Sicherheit

des Bundes oder eines Landes erforderlich ist“. Ebenso sollen alle Geheimdienste ermächtigt sein, „personenbezogene Informationen an ausländische öffentliche Stellen sowie an über- und zwischenstaatliche Stellen zu übermitteln, wenn die Übermittlung zur Erfüllung (ihrer) Aufgaben oder zur Wahrung erheblicher Sicherheitsinteressen des Empfängers erforderlich ist“.

Die Durchsetzung dieser Gesetzesbestimmungen ist Voraussetzung für die Umsetzung des Zusatzabkommens zum Schengener Abkommen, dem Abkommen über den Abbau der Grenzkontrollen zwischen der BRD, Belgien, Frankreich, Luxemburg und den Niederlanden, durch die Bundesregierung. Das Zusatzabkommen sollte bereits im Dezember unterzeichnet werden, dann verlangte die Bundesregierung die Einbeziehung der DDR-Bürger in das Abkommen. Dies hat sie inzwischen durchgesetzt. Am 19. Juni wurde das Abkommen unterzeichnet.

Das Abkommen enthält neben Bestimmungen über die Abschaffung der Kontrollen an den Binnengrenzen für den Personenverkehr Festlegungen über: (1) — die Behandlung von Flüchtlingen aus Nicht-Schengen-Staaten; es vereinheitlicht die Asylpolitik trotz unterschiedlicher Rechtsgrundlagen in den Unterzeichnerstaaten, denn ein Flüchtling darf nur noch in einem Land Asyl beantragen, eine Ablehnung gilt auch für alle anderen Staaten; — den Reiseverkehr von Ausländern aus anderen Staaten, also die Erteilung von Visa, Aufenthaltsgenehmigung, Verweigerung der Einreise und des Aufenthalts.

— Die Zusammenarbeit der Polizei wird ausführlich geregelt, insbesondere sollen die jeweiligen Polizeien — für die BRD ist das Bundeskriminalamt als zuständige Stelle aufgeführt — zur Zusammenarbeit und zum Informationsaustausch verpflichtet sein, die „Observation“ in einem anderen Staat soll erlaubt sein, im Rahmen der „Nachteile“ auch ohne ausdrückliche Zustimmung der Unterzeichnerstaaten.

— Die Zusammenarbeit der „Sicherheitsdienste“, d.h. der jeweiligen Geheimdienste, wird ohne Einschränkungen für die „Abwehr von Nachteilen für die Staatssicherheit“ festgeschrieben.

— Die gegenseitige Rechtshilfe in Strafverfahren, insbesondere die Auslieferung, wird erleichtert.

— Die Einrichtung eines „Schengener Informationssystems“ soll vereinbart werden. Dazu heißt es im Vertragsentwurf:

„Durch das Schengener Informationssystem werden Ausschreibungen, die der Suche nach Personen oder Sachen dienen, den durch die Vertragsparteien bezeichneten Behörden ... sowie ...

für Zwecke des Sichtvermerksverfahrens sowie der Erteilung der Aufenthaltstitel und der Handhabung des Ausländerrechts im Rahmen der Anwendung dieses Übereinkommens im Bereich des Personenverkehrs zum Abruf im automatisierten Verfahren bereit gehalten.“ (2)

Ohne die endgültige Verabschiedung des neuen Datenschutzgesetzes und der Geheimdienstgesetze existiert in der BRD keine ausreichende Rechtsgrundlage für eine derart weitgehende Ermächtigung von Polizei und Geheimdiensten, in anderen Staaten tätig zu werden und Auskünfte an die Polizei- und Geheimdienstbehörden anderer Staaten über Personen zu erteilen, vor allem nicht, wie im Schengener Zusatzabkommen vorgesehen, von sich aus Mitteilung über alles zu machen, was „zur Unterstützung bei der Bekämpfung zukünftiger Straftaten, zur Verhütung einer Straftat oder zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung von Bedeutung sein kann“. (3)

(1) Grundlage ist die in der Broschüre „Bullen greifen nach den Sternen“ veröffentlichte Übersetzung des in den Niederlanden veröffentlichten Vertragsentwurfs. (2) in: Artikel 93 des o.a. Entwurfs. (3): Artikel 46 I des o.a. Entwurfs; weitere Quellen: Bundestagsdr. 11/4306, 11/6855, 11/7235)



Die Kontrolle und Bespitzelung von Ausländern wird verschärft.

Neue Rolle für BGS

Der Bundesgrenzschutz (BGS) hat derzeit drei Hauptaufgaben: den grenzpolizeilichen Schutz des Bundesgebietes (Grenzschutz), den Schutz von Bundesorganen und Aufgaben in der Nord- und Ostsee. Außerdem unterstützt der Bundesgrenzschutz die Polizeien und die Katastrophenschutzbehörden der Länder bei Anlässen von „besonderer Bedeutung“. Im Notstands- und Verteidigungsfall kann der BGS mit der Übernahme allgemeinpolizeilicher Aufgaben im gesamten Bundesgebiet beauftragt werden. Als Indiz für die steigende Bedeutung des BGS kann der Haushalt gesehen werden: 1975 waren für den BGS 711,1 Mio. DM vorgesehen, 1990 sind 1305,3 Mio. DM veranschlagt.

Der für den Januar 1990 vorgesehene Wegfall der grenzpolizeilichen Kontrollen an den Grenzen zu Frankreich, Holland, Belgien und Luxemburg hat sich wegen der Öffnung der Grenze zwischen der BRD und der DDR zwar verzögert, die „Vereinigung“ hat Vorrang, spätestens zum 1. Januar 1993 sollen aber alle Kontrollen an den Binnengrenzen der EG abgeschafft sein. Das bedeutet praktisch, daß für den Bundesgrenzschutz in absehbarer Zeit die meisten Aufgaben an den Westgrenzen wegfallen werden. Die Einheiten, die Gewehr bei Fuß an der DDR-Grenze stehen, wären nach der Einverleibung ebenfalls arbeitslos, denn die Stellungen an der Oder soll ja die Bundeswehr einnehmen, wie es scheint. „Mit dem Wegfall der innerdeutschen Grenze und einer weiteren Normalisierung der Grenze zur CSSR würden auch die bisherigen Grenzsicherungsaufgaben der BGS-Verbände entfallen. Dies heißt aber nicht, daß auf eine verbandsmäßig organisierte Polizei des Bundes künftig verzichtet werden könne. Polizeiverbände des BGS sind integraler Bestandteil der zwischen Bund und Ländern abgestimmten Konzeption für die innere Sicherheit. Für die Bewältigung schwieriger Sicherheitslagen mit großem Störpotential brauchen wir eine Verbandspolizei des Bundes. Dabei wird es auch in einem künftigen deutschen Gesamtstaat bleiben.“ So sprach Innenminister Schäuble am 6.3.90.

Das Bundesinnenministerium hat jedenfalls schon eine Reihe von Plänen für zukünftige BGS-Aufgaben in der Tasche. Er soll als Polizei des Bundes auf eine breitere Basis gestellt werden. Von einer interministeriellen Arbeitsgruppe wird zur Zeit die Frage überprüft, ob der BGS die Bahnpolizei und den Fahndungsdienst der Deutschen Bundesbahn übernehmen kann. Einige Bundesländer haben die Frage aufgeworfen, ob Aufgaben der Luftsicherheit auf großen Verkehrsflughäfen auf den BGS übertragen werden könnten. Gespräche mit den Ländern sind eingeleitet. Das Innenministerium hat sich bereits für eine Übernahme dieser beiden Aufgaben ausgesprochen, wobei der Bundesgrenzschutz bei diesen Aufgaben dann die polizeilichen Aufgaben insgesamt wahrnehmen soll und nicht nur auf Teilfunktionen verwiesen werden soll. „Es ist mein Ziel, dem BGS als Polizei des Bundes im Interesse der inneren Sicherheit auch weiterhin eine eindeutige Zukunftsperspektive zu eröffnen“, so bringt es Innenminister Schäuble auf den Punkt.

Anläßlich der Amtseinführung des neuen BKA-Chefs Hans Zacher am 27.3.90 sprach Innenminister Schäuble in Zusammenhang mit der Zukunft der Polizei im vereinten Deutschland von der „besonderen Herausforderung ... durch den nationalen und internationalen Terrorismus“. Die RAF muß also wieder einmal zur Begründung für die Aufrüstung des staatlichen Gewaltapparates herhalten. Geschlossene Polizeiverbände sind aber viel eher zum Vorgehen gegen Demonstranten und Streikende geeignet, davon spricht Schäuble ja selbst am 6.3.90, s.o. „Aber aus guten Gründen gibt es in dem gemeinsamen Sicherheitsverbund von Bund und Ländern auch zentrale polizeiliche Zuständigkeiten des Bundes ...“, auch das ist O-Ton Schäuble am 27.3.90. Viel eher als gegen die RAF ist der Einsatz gegen Bevölkerungsteile der heutigen DDR nach dem Anschluß denkbar, wenn dort die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Einverleibung zu spüren sind. Der Personalbestand der bald „ehemaligen“ Volkspolizei wird ja auch nicht ganz abgeschafft werden können, da ist es nützlich, einen zuverlässigen und zentral gelenkten Sonderverband mit besonderen Vollmachten zu haben.

Quellen: Innere Sicherheit 1+2/90; Innenpolitik II+III/90; Woche im Bundestag 11

Kritik von SPD, Grünen und amnesty international

Dokumente aus den Bundestagsdebatten und Stellungnahmen zum Staatsschutz

Am 31. Mai erörterte der Bundestag das „Gesetz zur Fortentwicklung der Datenverarbeitung und des Datenschutzes“ in zweiter und dritter Lesung, am 1. Juni beriet das Parlament über eine Große Anfrage der SPD „Innenpolitische Aspekte der Fortentwicklung der Europäischen Ge-

meinschaft“. Beide Debatten befaßten sich mit grundlegenden Änderungen der Staatsschutzpolitik der Bundesregierung im Inneren und gegenüber anderen Staaten, mit der Tätigkeit von Polizei, Verfassungsschutz, Bundesnachrichtendienst und Militärischem Abschirmdienst.

Kritik aus der SPD an Geheimdienstgesetzen

Abgeordneter Emmerlich, SPD: ... Bei dieser Gesetzgebung ... wäre mehr gesamtdeutsches und auch mehr gesamt-europäisches Handeln und Denken erforderlich gewesen ...

Das geltende Verfassungsschutzgesetz hat dem Verfassungsschutz pauschal auch die Beobachtung von Bestrebungen gegen die innere Sicherheit des Bundes oder eines Landes übertragen. Dadurch ist es bereits zu einer Vermischung von polizeilichen Aufgaben und Verfassungsschutzaufgaben gekommen. Diese Tendenz wird durch die vorgesehene Novellierung des Verfassungsschutzgesetzes gefördert. Die Umwandlung des Bundesamtes für Verfassungsschutz in ein „Amt für Innere Sicherheit“, die auf einer Amtsleitertagung des Verfassungsschutzes bereits gefordert worden ist, wird durch das neue Verfassungsschutzgesetz weiter vorangetrieben.

Der MAD, dessen Rechtsgrundlagen bisher erstmals gesetzlich geregelt werden — das ist zu begrüßen — soll Aufgaben erhalten, die denen des Verfassungsschutzes entsprechen. Der Militärische Abschirmdienst darf aber nach unserer Auffassung nur den Auftrag haben, Informationen über sicherheitsgefährdende und geheimdienstliche Akti-

vitäten gegen die Bundeswehr zu sammeln.

Beim BND-Gesetz hat die Bundesregierung im Innenausschuß verfassungsrechtliche Bedenken nicht ausräumen können ...

Schon jetzt ist eindeutig, daß der Auftrag für den BND ... uferlos weit ist und, wenn er voll ausgeführt wird, zu einer Vervielfachung des Personals des BND führen müßte.

Der bisherige Datenverbund zwischen den Nachrichtendiensten untereinander sowie zwischen diesen und der Polizei und anderen Behörden — sogar des Auslands — und Privaten wird im wesentlichen Kern aufrechterhalten. Das ist mit dem Zweckentfremdungsverbot, das verfassungsrechtlichen Charakter hat, nicht vereinbar.

Bundestagsprotokoll Nr. 11/214 vom 31.5.90

Grüne Kritik am Schengener Abkommen

Abgeordneter Such, Grüne: ... Zweitens ist auf die bevorstehende Unterzeichnung des Schengener Zusatzabkommens noch in diesem Monat hinzuweisen. Hierzu hat sich bedauerlicherweise wieder einmal eine große Koalition im Bundestag herausgebildet, nachdem auch die SPD umgefallen ist. Wir können diesem Abkommen auch weiterhin nicht zustimmen und wundern uns, wie ernst die SPD ihre Ausländer-

politik und ihren Widerstand gegen das Ausländergesetz der Bundesregierung eigentlich gemeint hat, wenn sie der bedenkliehen Abschottungspraxis gegenüber Ausländern, Asylbewerbern und Einwanderern, die als „Festung Europa“ mit dem Schengener Zusatzabkommen festgeschrieben wird, nun offenbar zustimmen will ...

Die SPD fragt nach den Konzepten zur Harmonisierung der europäischen Datenschutzvorschriften auf dem Hintergrund uneinheitlicher Standards in den Mitgliedstaaten. Hier ist ins Gedächtnis zu rufen, daß gerade in dieser Woche die Koalitionsfraktionen ein Gesetz durch den Bundestag gejagt haben, das wohl kaum den „sich aus dem Grundgesetz ergebenden hohen datenschutzrechtlichen Anforderungen der Bundesrepublik Deutschland“ Rechnung trägt ...

Bundestagsprotokoll Nr. 11/215 vom 1.6.90

amnesty international gegen Schengener Abkommen

Soweit amnesty international Kenntnis von den Verhandlungen zum Zusatzabkommen erlangen konnte, muß leider festgestellt werden, daß das Zusatzabkommen dazu beiträgt, die Möglichkeiten für politisch Verfolgte und Opfer von Menschenrechtsverletzungen, in Europa Schutz zu suchen und Schutz zu finden, weiter einschränken ... Zusammengefaßt lassen sich unsere

Bedenken wie folgt darstellen: ...

2. Die fünf Schengen-Staaten scheinen ihre Verpflichtungen aus der Genfer Flüchtlingskonvention völlig den Sicherheitsfragen unterzuordnen. So wurde UNHCR (UN-Hochkommissar für Flüchtlinge) in den Beratungen zum Übereinkommen nicht hinzugezogen, obwohl die Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) in Artikel 35 alle Unterzeichnerstaaten verpflichtet, mit UNHCR in den Flüchtlinge betreffenden Fragen zu kooperieren. Daneben enthält das Abkommen keine Regelungen, die der GFK Vorrang geben, sondern lediglich ein feierliches Bekenntnis zu ihr, dessen praktische Bedeutung im unklaren bleibt

4. Der Vertragstext erlaubt den Austausch von Daten über Asylsuchende. Auf diese Daten sollen eine Reihe von Behörden, u.a. die konsularischen Vertretungen der Schengen-Staaten im Ausland, Zugriff haben. Datenschutzrechtliche Regelungen werden in den fünf Staaten sehr unterschiedlich gehandhabt, einen gemeinsamen datenschutzrechtlichen Grundkatalog sieht der Schengener Vertrag nicht vor. Daher ist zu befürchten, daß Daten über Asylsuchende selbst, aber auch ihre Familienangehörigen im Herkunftsland, gefährden können.

Stellungnahme von amnesty international, Bonn, 11. Dezember 1989, dokumentiert aus: Die Bullen greifen nach den Sternen — Europäische Gemeinschaft der Inneren Sicherheit. Herausgeber: Bürger kontrollieren die Polizei, Bremen; CILIP, Bürgerrecht und Polizei, Straßensmedizin (Mitteilungsblatt der Sanitätergruppen), 8.50 DM, zu bestellen bei: Straßensmedizin c/o BI Umweltschutz Unterelbe, Hohenes 63 (Hinterhaus), 2000 Hamburg 50.

Internationale Umschau



Mit einem eintägigen Streik protestierten am 8. Juni die etwa 2550 Arbeiter des Ford-Montagewerks in New Holland (Belgien) gegen die Rationalisierungspläne des Konzerns. Der Streik war der Höhepunkt einwöchiger Protestaktionen. Die Aktionen richteten sich gegen die Pläne des Konzerns, Teile der Produktion an „Subunternehmen“ zu vergeben und dafür u.a. 350 Teilzeitbeschäftigte, die meisten von ihnen junge Arbeiter, zu entlassen. Gleichzeitig will der Konzern auf diesem Wege vielen Arbeitern den Lohn bzw. Zulagen kürzen. Die Arbeiter fordern die Rücknahme dieser Pläne und Lohnerhöhungen. — (rül)

USA reorganisiert die „Green Berets“ zum Einsatz in Afrika

Eine Spezialtruppe zur Aufstandsbekämpfung der US-Armee, die aus dem Vietnam-Krieg durch Massaker berüchtigten „Green Berets“, soll nach einem Bericht der Zeitschrift „Southscan“ vom 27.4.90 wieder eingerichtet werden. Die Truppe ist u.a. zum Einsatz in Afrika bestimmt, erklärte der mit der Reorganisation beauftragte Offizier. Sie sei „eine wahre Friedenstruppe“ und solle Aufstände und Revolutionen verhüten helfen. Einheiten der Green Berets sollen vermutlich in Zaire, nahe der Grenze zu Angola, stationiert werden, wo im März Manöver von US-Truppen stattgefunden haben. Die Präsenz der US-Truppen geht einher mit einer verstärkten Unterstützung Zaires für die reaktionäre UNITA, die nach wie vor Bürgerkrieg in Angola führt. — (uld)

Arbeitsgesetz soll in Südafrika aufgehoben werden

Die Dachverbände der unabhängigen Gewerkschaften COSATU und NACTU haben in gemeinsamen Verhandlungen mit der Regierung und Vertretern der Kapitalisten erreicht, daß das im letzten Jahr in Kraft getretene Gesetz über die Arbeitsbeziehungen außer Kraft gesetzt wird. Das Gesetz beschneidet das Koalitions- und das Streikrecht grundlegend und verpflichtet die Gewerkschaften u.a. zum Schadensersatz. Die Gewerkschaften legten einen eigenen Entwurf für ein Arbeitsgesetz vor, das für alle Lohnabhängigen, auch für Landarbeiter und Hausangestellte, gelten soll. — (uld)

Bulgarien: Sozialistische Partei erreicht absolute Mehrheit

Auch in den Stichwahlen zum bulgarischen Parlament konnte die Sozialistische Partei die absolute Mehrheit, die sich bereits bei den Wahlen am 10.6. bezeichnete, erreichen. Auf dem Land erreichte sie in fast allen Wahlbezirken die Mehrheit, bei den Stichwahlen konnte sie jedoch auch in der Hauptstadt Sofia gewinnen. Der Verband der demokratischen Kräfte (VDF) erreichte knapp 40 Prozent, die Bauernpartei weniger als 10 Prozent der Stimmen. Obgleich die Bulgarische Sozialistische Partei (BSP) in ihrem Wahlprogramm sehr allgemein für eine „sozialistische Marktwirtschaft“ und eine Mehrparteiendemokratie eintrat, sicherte sie doch zu, daß sie die bestehende Unterstützung der Landwirtschaft nicht beseitigen werde. Auf dem Land trat sie direkt gegen die „Taubbarone“ auf, von deren Nachkommen einzelne beim VDF, einer Vereinigung verschiedener, aus dem Westen unterstützter Strömungen, kandidiert hatten. Ein Angebot der BSP an die Oppositionsparteien, eine gemeinsame Regierung zu bilden, wurde von diesen abgelehnt. Auch die Bauernpartei, die bis zur Auflösung der antifaschistischen „Vaterländischen Front“ angehörte, lehnte Koalitionsverhandlungen ab. Bauernpartei und VDF waren für eine Beseitigung aller Wirtschaftsformen der früheren kommunistischen Regierung eingetreten. — (uld)

Peru: Die USA verstärken ihre Intervention

Die USA weiten ihre bewaffnete Intervention in Peru weiter aus. Am 22. April erschien auf der Titelseite der „New York Times“ ein Bericht unter der Überschrift „Die USA werden Peru bewaffnen, um die Linke durch einen neuen Schlag gegen die Drogen zu bekämpfen. Eine Basis für die Green Berets.“ Die Green Berets, eine Elitetruppe, die für ihre Verbrechen in Vietnam und sonstwo bekannt ist, werden nach Peru geschickt. Aus dem Artikel geht hervor, daß die USA mit einem militärischen Hilfsprogramm der Regierung Perus helfen, die Partisanen der PCP (Kommunistische Partei Perus, hier oft unter dem Namen „Leuchtender Pfad“ bekannt), zu bekämpfen. Im Herzen des Kokaanbaugebiets wird eine Militärbasis aufgebaut, sechs Bataillone der peruanischen Streitkräfte, etwa 5500 Mann, sollen ausgebildet und ausgerüstet werden, 6 Patrouillenboote für die Flüsse werden geliefert und 30 A-37 Flugzeuge, die gegenwärtig auf einer Basis an der Grenze zu Ecuador stationiert sind, werden für die Aufstandsbekämpfung überholt. Das Training wird durch die Green Berets durchgeführt. Im offiziellen Sprachgebrauch heißt es, sie sollen nicht operativ eingesetzt werden. Die Green Berets kommen vom US-Southern Command in Panama. Der US-Botschafter in Peru, Thomas Quainton (von 1981 bis 1983 Botschafter in Nikaragua und einer der Ziehväter der nikaraguanischen Contras), unterzeichnete mit dem peruanischen Verteidigungsminister Julio Velázquez Giacchini dieses militärische Hilfspaket im Wert von 35 Millionen Dollar. Laut New York Times ist dies der erste große finanzielle Vertrag, den die Regierung Bush mit einem sogenannten Drittweltland zur Aufstandsbekämpfung geschlossen hat.

Quelle: Peru kämpft, Nr. 1, 23.5.90 — (rül)



Ohne Ergebnis mußten die streikenden Busfahrer bei Greyhound in den USA ihren Kampf am 22. Mai beenden, fast alle Streikenden sind noch entlassen. Bei den letzten Verhandlungen Anfang Mai hatten die Kapitalisten angekündigt, die Beschäftigten sollten von 9300 auf 4000 reduziert werden, Lohnkürzungen bis zu 7000 Dollar im Jahr sollten durchgesetzt werden. Am 4. Juni wandte sich Greyhound an das zuständige Gericht in Texas, um einen Gläubigerschutz nach dem Konkursgesetz zu erreichen. Die Gewerkschaft protestierte dagegen. Am 7. September findet eine Gerichtsverhandlung gegen Greyhound wegen Verstoß gegen Arbeitsbestimmungen statt. Gewinnt die ATU das Verfahren, muß Greyhound bis zu 10 Millionen Dollar Lohn nachzahlen. — (uld)

Fußball-WM in Italien: 24 Arbeiter tot

Wird alles rechtzeitig fertig? Immer wieder haben die italienischen Medien vor dem Anpfiff der Fußball-Weltmeisterschaft am 8. Juni diese Frage gestellt. Schließlich war alles irgendwie fertig, aber um welchen Preis! In den Städten, in denen gespielt wird, vor allem in Rom, ist der innerstädtische Verkehr — ohnehin überlastet — aus den Fugen geraten. Der Aufwand an Zeit, um zur Arbeit und wieder nach Hause zu kommen und die einfachsten Dinge zu erledigen, ist unerträglich hoch geworden. Einzelne Versorgungseinrichtungen sind im Zug der Konzentration auf die WM-Vorbereitungen nahezu zusammengebrochen: In Neapel, wo das Leitungswasser seit Monaten praktisch nicht mehr trinkbar ist, kam im Mai tagelang eine Brühe mit wechselnden Farben aus den Leitungen. Erst brennende Barrikaden und die Blockade eines Teils der Stadt brachten die Regierung in Rom dazu, die unerträglichen Zustände überhaupt zuzugeben. Schließlich die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter, vor allem Bauarbeiter, die diesen Wettlauf bestreiten mußten. Die Zahl der Arbeitsunfälle insgesamt ist nicht bekannt, die Zahl der Unfälle mit Todesfolge beläuft sich offiziell auf 24. In den Stadien von Turin, Genua, Bologna, Rom und Palermo wurden Bauarbeiter von umstürzenden Kränen, Baumaschinen, Baumaterial usw. erschlagen. Andere bei Eisenbahnarbeiten, im Straßen- und Brückenbau im Zusammenhang mit der WM. Beim Ausbau der Bahnstrecke Rom-Florenz starben sieben Bauarbeiter. Je drückender die Termine wurden, desto mehr wurden Arbeiten an immer weitere Subunternehmen vergeben. An einem Bauabschnitt wurden schließlich mehr als 60 kleine und kleinste Firmen gezählt. Gewerkschaften wurden zielstrebig ferngehalten, Sicherheitsbestimmungen mißachtet, die Arbeitszeit rund um die Uhr auf 10, 12 und sogar 16 Stunden ausgedehnt. — Großer Aufwand gegen gewerkschaftlichen Protest schließlich beim Eröffnungsspiel in Mailand. Plakate, die mehr Arbeitssicherheit verlangten, wurden überklebt, gewerkschaftliche Transparente mit Hinweisen auf die zu Tode gekommenen Arbeiter am Eingang des Stadions abgefangen. Quellen: L. Unità, div. Ausgaben; il manifesto, 13.6.90 — (rok)

Algerien: Wahlsieg religiöser Kräfte

Bei den Kommunalwahlen in Algerien hat die „Islamische Front“ (FIS) überraschend in 55% der Kommunalräten und in 32 der 48 Provinzparlamenten des Landes die Mehrheit der Sitze errungen. Die Regierungspartei FLN gewann in 32% der Gemeinden und in 14 der 48 Provinzparlamenten die Mehrheit. Die „Front der sozialistischen Kräfte“, die von einem schon im Befreiungskampf gegen Frankreich populären Berber geführt wird, und der im Exil lebende FLN-Politiker Ben Bella hatten zum Wahlboykott aufgerufen. Nach ersten Meldungen lag die Wahlbeteiligung demzufolge nur bei 60%, in der Hauptstadt Algier, wo die FIS fast 70% der abgegebenen Stimmen erhielt, bei 50%. — (rül)

Kurdistan: Massaker der Türkei

Türkisches Massaker in Gere soll der PKK angelastet werden

Die Europavertretung der PKK hat in einer Erklärung gegen ein neues Massaker der türkischen Kolonialtruppen protestiert:

„In der Nacht des 9. Juni erlebte man in dem Dorf Gere in Sirmak erneut ein Massaker. Nach dem Massaker hat der Kolonialgouverneur des türkischen Staates und das Innenministerium wie schon früher die Verantwortung für das Massaker der PKK zugeschoben und erklärt, daß 26 Menschen, darunter Frauen und Kinder, getötet worden seien ...

Das Gebiet ist vollständig eingekesselt, und die Einreise der Presse ist strikt verboten ... Gemäß der Erklärung der ARGK (Volksbefreiungsarmee)-Kommandantur für das Gebiet Sirmak hat sich das Ereignis wie folgt entwickelt:

Am 9. Juni fand kein Angriff von ARGK-Einheiten auf das Dorf Gere statt. Der Angriff wurde von Konterguerilla-Einheiten verwirklicht. Vor und nach dem Angriff sind die beiden Kompanien der türkischen Armee, die sich in der Nähe des Dorfes aufhalten, nicht in Bewegung gesetzt worden. Außerdem wurden die Fallen, die die türkische Armee jede Nacht in diesem Gebiet aufstellt, in der Nacht des 9. Juni nicht aufgestellt. So konnte die Einheit der türkischen Armee, die das Massaker verurlichte, problemlos in das Dorf gelangen und sich wieder absetzen. Während des Angriffs wurden Rake-

ten und schwere Waffen eingesetzt, auf bestimmte Häuser gezielt und diese ausgebrannt. Der türkische Staat und der Bandenchef Bahattin Aktug hatten in diesem Dorf gewaltsam 40 Waffen verteilt. Diejenigen, deren Häuser zerstört wurden, hatten die Annahme von Waffen verweigert.

Obwohl sechs Tage nach dem Massaker vergangen sind, ist das Gebiet vollkommen von der Außenwelt isoliert. In das Gebiet wurden zahlreiche Einheiten des Heeres und der Luftwaffe verlegt. Der Kolonialgouverneur Hayri Kozakcioglu erklärte auf die Bitten der Presse, in die Region zu dürfen: „Wir machen eine Neustrukturierung, erst danach können sie ins Gebiet.“ Man versucht, die Spuren des Massakers zu verwischen.

Als Antwort auf dieses Massaker sind die ARGK-Einheiten in die Offensive gegen die Operationseinheiten des türkischen Staates gegangen ... Nach den Informationen, die uns bis jetzt erreicht sind, sollen bis zu 80 Soldaten verletzt oder getötet worden sein ... Wir fordern, daß sofort Delegationen aus Politikern, Journalisten und Vertretern von Menschenrechtsorganisationen zur Untersuchung des Massakers in dem Dorf Gere (Cevrimli) am 9. Juni in das Gebiet reisen.“ (PKK-Europavertretung, 15. Juni 1990)

Quelle: Kurdistan-Rundbrief 13/90 — (rül)

Kriegsrecht besteht teilweise fort

Südafrikas Rassisten stocken Polizeitruppe um 10000 auf

Am 11. Juni, vier Jahre nach der erst für zwei Jahre beschlossenen und dann um zwei Jahre verlängerten Verhängung des Kriegsrechts über Südafrika, kündigte Siedler-Präsident de Klerk an, daß der Ausnahmezustand nun nur noch in der Provinz Natal gelten solle. Gleichzeitig teilte er mit, daß die südafrikanische Polizei um 10000 Mann aufgestockt werden solle. Ein Großteil dieses Personals soll nach einem Bericht der Zeitschrift „New Nation“ aus der ehemaligen Besatzungstruppe in Namibia gebildet werden. (1) Das seit 1982 bestehende Gesetz zur „Inneren Sicherheit“, auf dessen Grundlage der Ausnahmezustand verhängt wurde, gilt weiter.

Alle Kräfte der Befreiungsbewegung, PAC, BCM und ANC, haben erklärt, daß ihre Forderung die vollständige Aufhebung des Ausnahmezustandes sei. Walter Sisulu von der ANC-Führung erklärte in Kapstadt, daß dies nur eine halbherzige Maßnahme sei. Auch der Ausnahmezustand in Natal müsse aufgehoben werden, denn das Vorgehen von Polizei und Militär habe den Konflikt zwischen der Zulu-Bewegung Inkatha und Befreiungsorganisationen nur angeheizt. Ein Sprecher der Pan Africanist

Movement (PAM) erklärte, die Aufhebung des Ausnahmezustandes sei ein Zugeständnis an den Befreiungskampf, andere aber nichts Grundlegendes. Die Situation sei wie vor 1986, als die rassistische Regierung in einzelnen Regionen Kriegsrecht verhängt und ausgebaut habe, es in anderen gelockert habe. (2)

De Klerk hat bei seiner Europa-Reise offen darauf hingewiesen, daß seine Regierung die Abschaffung der bestehenden Sanktionen erwarte, wenn der Ausnahmezustand aufgehoben wird. Aufgrund der steigenden Produktionskosten für Gold in Südafrika — zu dem der Kampf der Bergarbeiter viel beigetragen hat — und des niedrigen Goldpreises (351 US-Dollar pro Unze) macht der Goldexport, lange Zeit Südafrikas wichtigstes Exportgut und Garant für die Staatseinnahmen, nur noch ein Viertel der Gesamtexporte aus. (3) Landwirtschaftliche Produkte und Kohle sowie andere Rohstoffe sind im Anteil gestiegen. Lockerung der Sanktionen würde also die Operationsmöglichkeiten der Rassisten bedeutend erweitern.

(1) New Nation, 20.5.90; (2) Guardian Weekly, 17.6.90; (3) Independent, 14.5.90 und Economist, 17.6.90 — (uld)

Rechte Gewalttaten nehmen zu

Schweiz: Angriffe auf Flüchtlinge und Oppositionelle

Eine beunruhigende Häufung faschistisch motivierter Gewalttaten hat die Schweiz zu verzeichnen. Immer wieder gehen Meldungen über Übergriffe durch die Presse, deren Ziel hauptsächlich Ausländer und Flüchtlinge, aber auch Oppositionelle sind.

Am Pfingstsonntag brannte ein von der Caritas Schweiz angemietetes Hotel in der Ortschaft Oberberg in der Nähe von Zürich fast vollständig aus. Im Mai hatte es dort schon einmal gebrannt. Die Ursache ist höchstwahrscheinlich Brandstiftung, das Motiv Fremdenfeindlichkeit. Das Hotel hatte zur Aufnahme von 60 Indochina-Flüchtlingen dienen sollen.

Ebenfalls über Pfingsten kam es zu einem Überfall auf eine Gruppe von Asylsuchenden in Rorschach am Bodensee. Drei Tamilen befanden sich nachts auf dem Heimweg von ihrem Arbeitsplatz in einem Restaurant, als aus einem vorbeifahrenden Auto auf sie geschossen wurde. Ein Asylbewerber erlitt einen Rippenbruch. Die Täter, nach Aussagen der Polizei ein betrunkenes Brüderpaar, wurden verhaftet.

Mehrere Wochen lang kampierten Gegner in der Nähe eines Areals in Neuchâten-Auschwillen in der Nähe von St. Gallen, auf dem das eidgenössische

Militärdepartement einen Truppenübungsplatz bauen lassen will. Schon Anfang April hatte eine „Patriotische Bürgerfront“ den Waffenplatzgegnern mit Überfällen gedroht. In der ersten Juni-Woche war es dann soweit: Um halb zwei Nachts stürmte eine Bande faschistischer Skins mit Eisenstangen, Schlagstöcken und Messern bewaffnet das Camp. Unter Rufen wie „Schlagt sie alle tot“ verletzten die uniformähnlich gekleideten Angreifer zwei Personen, zündeten ein Zelt an und schützten acht weitere Zelte auf. Die Polizei hat den Faschisten die Arbeit inzwischen abgenommen. Obwohl die Waffenplatz-Gegner auf Privatgrund zelteten, räumte sie am 15. Juni ihr Lager. Die haarsträubende juristische Handhabung für den Einsatz: Angeblich hätten die Camper gegen das sanktionierte Baugesetz verstoßen, nach dem Zeltplätze einer Baubewilligungspflicht unterliegen. Als weit weniger findig erweisen sich die Ordnungshüter bislang bei der Aufklärung des Skin-Angriffs. Angeblich soll es noch keinerlei Spur geben. „Wir haben den Eindruck, daß es denen nicht unecht ist, wenn die Schläger aufräumen“, sagt eine Sprecherin der Initiative gegen den Waffenplatz.

Quellenhinweis: WoZ, 8.6.90 — (rül)

Der Hungerstreik der politischen Gefangenen von GRAPO und PCE(r) dauert jetzt schon mehr als sechs Monate. An diesem Wochenende finden zwei große Solidaritätsveranstaltungen mit dem Hungerstreik in Frankfurt und Hamburg statt. Zur Zeit werden in der BRD Unterschriften gesammelt für eine Anzeige in einer spanischen Tageszeitung zur Unterstützung der Hungerstreikenden. Listen können beim Infobüro Tübingen, Nachbarhalde 6, 74 Tübingen, bestellt werden. Die Angehörigen der spanischen Gefangenen benötigen weiterhin dringend Spenden. Hier ihr Konto: Banco Bilbao-Vizcaya, Kto. Nr. 04713-2, Kontoinhaber: AFAPP. Im folgenden Auszüge aus einem Interview mit den Angehörigen der spanischen Gefangenen, das vollständig im Angehörigen-Info Nr. 42 abgedruckt war. — (rül)

An dem Gespräch nahmen teil: Carmen, eine der Älteren der Gruppe; Elena, die Schwester von zwei Gefangenen; und Mercedes, deren Cousin im Knast ist.

Mercedes war selbst zehn Jahre im Knast, wo sie an Multipler Sklerose erkrankte. Ihre Freilassung wurde seit 1987 gefordert. Im Dezember 89 veranlaßte eine Richterin die Aussetzung der Haft unter Anwendung des Artikels 60 der spanischen Strafprozeßordnung, der die Möglichkeit der Freilassung unheilbar kranker Gefangener beinhaltet. Der zuständige Staatsanwalt hat nun Berufung gegen den Bescheid der Richterin eingelegt, wodurch die endgültige Entscheidung in die Hände der Audiencia Nacional gelangt, des Gerichts, das sämtliche politische Prozesse in Spanien zu verantworten hat. Der Staatsanwalt behauptet, daß Mercedes nicht schwer genug krank sei — weil sie sich z.B. noch ohne Rollstuhl bewegen kann —, und will sie dazu zwingen, wieder in den Knast zu müssen, wo sie noch über 30 Jahre offen hätte.

Wieviele Gefangene sind zur Zeit noch im Hungerstreik, und wie ist ihre gesundheitliche Situation, soweit Ihr das sagen könnt?

E: Nachdem einige Gefangene den Streik wieder aufgenommen haben, wird er gegenwärtig von 45 Gefangenen geführt.

Die mehr oder weniger allgemeine Situation ist, daß sie sich in sehr schlechtem gesundheitlichen Zustand befinden, und alle sind, zu jedem Zeitpunkt, der Möglichkeit ausgesetzt, daß ihnen das gleiche passiert wie Sevillano: ein Herzstillstand. Denn die Zwangsernährung wird niemandem das Leben retten.

Wir haben gehört, daß einige Anwälte nicht zu Besuchen bei den Gefangenen eingelassen wurden — wie ist die allgemeine Besuchssituation?

E: Was die Anwälte anbelangt, kann ich dir von Paca Villalba erzählen, die einige Gefangene verteidigt und ziemliche Probleme hat, sie zu besuchen; denn in den Knästen sagen sie, daß viele, da sie ihre Prozesse schon hinter sich haben, kein Recht auf Anwälte haben. Und so lassen sie sie nicht mit ihnen sprechen. Das, obwohl sie Bescheinigungen von der Audiencia Nacional hat, daß sie Verteidigerin ist, und Genehmigungen von der Richterin der Strafbehörden in Madrid, in denen ihr ausdrücklich das Recht zu Besuchen erteilt wird. Neulich gab es einen Fall in Guadalupe, wo sie die drei Gefangenen besuchen wollte, die sich dort befinden, und es kam einer, Pablo Villalabeitia genauer gesagt, und mit ihm kamen zwei Beamte mit Heften unterm Arm und Kuli in der Hand, um alles mitzuschreiben, was sie miteinander redeten. Angesichts dieser Sache hat Paca eine neue Anzeige verfaßt, eine mehr zu den tausenden, die sie schon gemacht hat, an das Anwaltskollegium und an die zuständigen Richter, weil man das nicht zulassen kann, daß sie sich bei einem Anwalt in die Besuche einmischen. Und wo sie ja ohnehin schon die mündliche und schriftliche Kommunikation mit den Angehörigen überwachen.

Wie sind die Besuchsbedingungen für Euch als Angehörige?

C: Sie lassen nur die unmittelbaren Angehörigen rein, als z.B. Ehefrau, Kinder, Mütter und Geschwister. Sonst niemanden. Und an konkreten Tagen zu konkreten Uhrzeiten und auf 20 Minuten begrenzte Besuche.

Spanien: Unterstützt die Hungerstreikenden!

Interview mit drei Frauen aus der Angehörigengruppe (AFAPP) in Madrid, 2. Juni 1990

Ist das während des Hungerstreiks begrenzt worden oder war das vorher auch schon so?

C: Also vorher konntest du normalerweise eine halbe Stunde miteinander reden, aber jetzt haben sie das genau auf 20 Minuten begrenzt, und sie lassen keine Sekunde mehr zu.

M: Das läuft so, seit sie die Politik der Zerstreuung anwenden, seit sie damit angefangen haben. D.h. es ist nicht ganz neu.

Viele Gefangene können das Bett ja nicht mehr verlassen, wie laufen da die Besuche ab?

E: Wir dürfen nur in das Knastkrankenhaus rein. Wenn also ein Gefangener für den Besuch nicht mehr aus dem Bett aufstehen kann, und er ist im Gefängnis, dann hat er kein Besuchsrecht, weil der Familie der Zutritt in den Knast selbst verwehrt wird; das bedeutet, daß gegenwärtig nur die Gefangenen besucht werden können, die sich mehr schlecht als recht in einen Rollstuhl setzen können, um zu den Besuchsräumen zu gelangen.

Und einige Besuche können wir eben machen, weil Gefangene im Knastkrankenhaus sind, also klar, das ist ein Knast, aber doch fast Krankenhaus, und da lassen sie uns rein, zu zweit, aber nur Angehörige ersten Grades. Aber es gibt eben Gefangene, die kein Besuchsrecht haben.

Wie sieht das denn mit dem Schreiben aus, also Zensur, Postverzögerung etc.?

C: Die Zensur haben sie normalerweise immer, aber jetzt, mit dem Hungerstreik, übergeben sie weder Briefe noch Zeitungen noch Telegramme. Wenn sie also welche verlegen, vom Krankenhaus ins Knastkrankenhaus oder in die Knäste — weil die Verlegungen immer noch nicht aufgehört haben —, dann erfahren die Angehörigen nicht, in welches Gefängnis sie gebracht wurden. Dann müssen wir nachforschen, alle Knäste und Krankenhäuser anrufen, um rauszukriegen, wohin sie gebracht wurden. D.h. obwohl sie von dort ein Telegramm schicken wollen und wir ihnen dann von hier auch Briefe schicken wollen, bekommen sie nichts. Es wird alles abgefangen, gelesen, und sie geben dann nichts weiter.

M: Das bedeutet, abgesehen davon, daß das die Isolation aufrechterhalten soll, also nicht nur die Isolierung von Besuchen, sondern die vollständige Isolierung von draußen, daß die Gefangenen keine Information bekommen über das, was gesagt wird, was es an Solidaritätsbewegung geben kann und wie alles läuft.

Wieviele Gefangene wurden auf die Kanarischen Inseln und nach Nordafrika verlegt? Wie ist ihre Situation dort?

E: In Ceuta befindet sich Telmo Varela Fernández, der vor einer Woche den Hungerstreik wieder aufgenommen hat. In Teneriffa sind zwei Gefangene, unter ihnen ein Libertärer, Pablo Serrano, und Francisco Rodriguez Veloso, der sich ebenfalls dem Streik wieder angeschlossen hat, obwohl er in sehr schlechtem körperlichen Zustand ist, weil er einer der ersten war, die den Streik wegen Krankheit nicht aufnahmen. Und auf Gran Canarias befinden sich Alfonso González Canbeiro und mein Bruder, Victor Calcerrada. Die Situation dort ist absolute Isolation, totale Postzensur — sie dürfen nur zwei Briefe wöchentlich schreiben. Die Briefe kommen bei uns zuhause offen an, und von dem, was drinsteht, ist das durchgestrichen, was sie nicht rauslassen wollen. Und untereinander sind sie auch isoliert, getrennt in verschiedenen Trakten.

Als sie meinen Bruder von Soria auf die Kanarischen Inseln verlegten, sind 15 Tage vergangen, bis wir wußten, wo er ist, d.h. sie hatten ihn 15 Tage verschwunden gehalten, weil sie uns, nach vielen Anrufen beim Justizministerium, die Information verweigerten, sie „wußten nichts“, sie sagten uns absolut nichts. Und bis er dort, in Canarias, ankam... Die Verlegung wurde natürlich mit dem Schiff gemacht: drei Tage auf dem Schiff in absoluter Erschöpfung,

benommen und müde — also permanente Torturen.

Wie macht Ihr denn die Besuche, das ist doch sehr weit und teuer?

E: Na ja, also wir leben ökonomisch in sehr schlechten Verhältnissen, wir haben kein Geld, was heißt, daß wir keine Besuche werden machen können. Mit anderen Worten, sie haben es geschafft, uns sogar als Angehörige die Besuche zu verwehren, mein Bruder wird also von niemandem Besuch empfangen, denn Freunde — wenn es welche mit entsprechenden finanziellen Mitteln gäbe — werden nicht eingelassen, nur Angehörige. Und wir können nicht hin, weil wir die Mittel dafür nicht haben.

Was sagen die Gefangenen zu ihrer Entscheidung, trotz der von der Regierung nach dem Tod von José Manuel Sevillano nochmals bekräftigten harten Haltung den Streik forzusetzen?

M: Die Gefangenen haben erklärt, daß sie den Streik fortführen, weil das die einzige Form ist, gerade diese harte Haltung zu brechen. Der Tod Sevis hat die

les, daß all das weitergeht, bis die Zusammenlegung erreicht ist.

Was meint Ihr, wie und wo noch mehr und konkret internationaler Druck geschaffen werden kann?

M: Wir denken, daß all diese Aktionen, die fortwährend gemacht werden, sowohl in Deutschland wie in Belgien und so weiter, also Demonstrationen und Kundgebungen vor den Konsulaten, all das genauso wie die radikaleren Aktionen, daß das weiterhin sehr wertvoll ist und aufrechterhalten werden muß. Der Beweis, daß ihnen das Schaden zufügt, zeigt sich z.B. in dem Kommuniké des spanischen Generalkonsuls in Zürich vom März. Da sieht man die Reaktion, die diese Art von Solidaritätsaktionen hervorgerufen hat, daß das Druck ausübt und daß es sie stört. (Wie wir im letzten Info bereits berichteten, handelte es sich bei diesem angeblichen Kommuniké um eine Fälschung — d. Red.) Und es geht darum, denke ich, das weiterzumachen, wenn möglich auszuweiten. Darüber hinaus ist es schwer für uns zu sagen, was man tun kann, weil wir die Bedingungen der Angehörigen und der Solidaritätsgruppen zum Kampf der Gefan-



Mahnwache vor dem spanischen Generalkonsulat in Hamburg

Politik der Härte und Unnachgiebigkeit besonders deutlich gemacht. Aber die Gefangenen wußten schon, als sie den Streik begannen, daß er nicht nur das Leben eines, sondern möglicherweise mehrerer Gefangener kosten könnte. Und sie sind bereit, weiterzumachen, weil das Gegenteil bedeuten würde, zurückzuweichen und daß der Tod Sevis sinnlos war. Und daß die harte Haltung noch mehr verstärkt würde und sie die Politik der Zerstreuung noch blindwütiger fortsetzen würden.

Andererseits war der Tod von Sevi der erste Schritt, Widersprüche innerhalb des Systems selbst zu schaffen und zu verstärken. Es gibt bereits ein paar scharfe Differenzen innerhalb des juristischen und des politischen Apparates, auch wenn sie nicht öffentlich sichtbar sind oder z.B. in der Presse erscheinen. Aber wir wissen von diesen Divergenzen und Problemen, und nur wenn der Streik fortgesetzt wird, kann erreicht werden, daß sich diese Widersprüche und der Druck auf die Regierung vergrößern. Und das nicht nur zwischen, sagen wir mal, den „Regierungskollegen“ selbst, sondern auch in der Öffentlichkeit. Daß also vor den Augen des Volkes, vor den Augen der Leute der wirklich faschistische Charakter dieser Regierung enthüllt wird, die eher bereit ist, diese Kämpfer sterben zu lassen, als Zugeständnisse bei einer so elementaren Forderung zu machen. Also werden die Gefangenen, ich sagte dir das schon, weitermachen. Und sie hatten ja von Anfang an ganz klar gesagt, daß sie diesen Kampf nicht beenden, solange sie nicht zusammengelegt werden.

E: Es gibt auch einen konkreten Fall: Am Tag, als Sevi starb, haben die Gefangenen, die in Alicante im Streik sind, ein Telegramm geschickt, in dem sie sagen: „Das Beispiel, das Sevi uns gegeben hat, gibt uns Kraft und Mut, weiterzumachen.“ D.h. damit sagen sie uns al-

gestärkter Kraft einzusetzen. Es ist nicht so, daß sie wirklich aufgehört hätten, den Streik zu unterstützen, sondern er dauert einfach schon sehr lange, und das war auch eines der Ziele der Regierung, die Solidaritätsbewegung zu verringern, zu ermüden. Aber mit dem Tod Sevis konnte man sehen, daß diese Bewegung weitergegangen ist, und wir können sagen, stärker als vorher, d.h. in diesem Sinn konnte man das vor allem im Baskenland beobachten und auch in Galizien...

Von daher muß man den Unterschied machen zwischen diesen parlamentarischen Parteien und dem, was die Volksorganisationen sind, die den Hungerstreik unterstützt haben, unabhängig davon, daß er lange dauert, und die mehr oder weniger zeitlich begrenzte Rückschritte erlitten haben. Also, die haben das jetzt als neuen Impuls genommen.

Wißt Ihr von anderen Gefangenen, die sich mit dem Hungerstreik der Gefangenen aus GRAPO und PCE(r) solidarisieren? Was ist die Meinung und das Verhalten der baskischen politischen Gefangenen zum Streik?

M: Wir wissen z.B. von dem Fall von sozialen Gefangenen im Knast von Logroño, die kürzlich eine Revolte machten und dort auch ein Transparent aufhängen zum Tod von Sevi. Also, in diesem Sinn haben soziale Gefangene, auch in anderer Form, ihre Unterstüt-

zung bekundet, nicht nur dort. Sie wissen, daß ihnen der Kampf gegen die Haftpolitik, gegen dieses Knastsystem auch zugute kommt, also nicht nur den politischen Gefangenen. Und dann wissen wir auch von Gefangenen aus anderen politischen Organisationen, z.B. von ETA, daß sie ihre Solidarität mit den hungerstreikenden Gefangenen auf die eine oder andere Art gezeigt haben. Ja, konkret die ETA-Gefangenen haben diese Art Verhalten gezeigt, keine aktive Unterstützung im Sinne, daß sie z.B. selbst hungerstreiken, weil sie das nicht als opportun angesehen haben. Nun, auch gibt es in diesem Sinne keine starke Bewegung in den Knästen. Was es schon gibt, sind Ansätze, sagen wir mal, moralische Unterstützung, die davon ausgeht, daß das ein Kampf ist, der allen Gefangenen nützt.

Möchtet Ihr dem noch etwas hinzufügen?

M: Ja, wir möchten noch etwas sagen, weil wir von der Solidarität wissen, die es seitens der deutschen Gefangenen mit dem Hungerstreik hier gibt. Wir möchten ihnen also einen besonderen geschwisterlichen Gruß schicken und all unsere Kraft, denn das hat uns sehr begeistert, und es hat uns Mut gegeben, weiterzumachen. Und für uns hat diese Solidarität eine große Bedeutung, weil das ein Kampf ist, der nicht nur hier geführt wird. Gegenwärtig ja, gegenwärtig halten die Gefangenen in Spanien die Fahne hoch, aber es wird nicht lange dauern, denke ich — das hängt von den Bedingungen ab, die die Gefangenen in Deutschland haben —, bis sie auch wieder Kämpfe in diesem Sinn haben. Also glauben wir, daß der Erfahrungsaustausch in dem Kampf, den wir hier haben, und zwar nicht nur der Gefangenen, sondern auch der Solidaritätsbewegung, für sie sehr positiv sein wird, in der gleichen Form wie für uns der Kampf in den deutschen Gefängnissen positiv war.

Welche Solidarität erfahrt Ihr nach dem Tod von Sevi? Hat sie zugenommen? Gibt es eine Solidarität von der demokratischen Öffentlichkeit und von politischen Parteien?

M: Man kann schon sagen, daß eine größere Solidarität zu spüren war. Der Tod Sevis hat vielen Leuten neuerlich klargemacht, daß das wirklich ein Kampf ist, in dem es für die Gefangenen um alles geht, auch ums Sterben, wenn ihre Forderungen nicht erfüllt werden. Also haben viele wieder angefangen, sich mit

Erneut Bettelmarsch der Roma und Sinti

Ein Bericht der Roma und Cinti Union

Das Niederlassungsrecht für Roma muß jetzt endlich durchgesetzt werden!

Am Samstag, dem 19. Mai, sind 300 Roma und Cinti auf ihrem „Bettelmarsch“ von Bremen nach Bonn in Recklinghausen angekommen, am 4. Juni kamen sie in Aachen an und blockierten für etwa vier Tage den Grenzübergang zu den Niederlanden. Die Roma und Sinti forderten die Bundesregierung zu Verhandlungen über das Bleiberecht auf. Die Bundesregierung verweigerte dies. Das Ausländeramt der Stadt Aachen bot drei Monate Duldung in der Stadt,

Unterbringung in Feuerwehrhallen und Turnhallen. Am 20. Mai gab der Vorsitzende der Roma und Cinti Union (RUC), Rudko Kawcinski, in der Recklinghäuser „Altstadtschmiede“ eine Pressekonferenz. Das vollständige Interview wird in der nächsten Ausgabe der „Anti-FaZ“ abgedruckt, wir veröffentlichen hier mit Genehmigung der Redaktion Auszüge. Die Zwischenüberschriften wurden von der Redaktion eingefügt. — (uld)

Kawcinski: Mein Name ist Kawcinski, ich bin Vorsitzender der Roma und Cinti Union, und wir haben uns zur Aufgabe gemacht, diesen „Bettelmarsch“ der Roma und Cinti von Bremen nach Bonn zu begleiten, zu beschützen und auch weitestgehend dafür zu sorgen, daß man den Marsch beachtet ...

Wir sind am 27. April von Bremen losgezogen mit 39 Menschen, überwiegend Kindern, es haben sich in der Zwischenzeit viele Familien unserem Marsch angeschlossen, weil es für sie die einzige Möglichkeit ist, überhaupt noch gegen das an ihnen begangene Unrecht zu protestieren, zu demonstrieren, wie man mit ihnen umgeht.

Wir sind auf dem Weg nach Bonn, um dort die Bundesregierung aufzufordern, Beschlüsse, die die EG bereits seit vielen Jahren gefaßt hat, in die Tat umzusetzen. Beschlüsse, die das Niederlassungsrecht der Roma auch in der Bundesrepublik vorsehen. Wir sind weiterhin auf dem Weg dorthin, um aufzufordern, uns endlich als ethnische Minderheit anzuerkennen, als Volk, als Menschen, die man seit Jahrhunderten vertreibt, die keine Heimat haben, als ein Volk anzuerkennen, das keinen eigenen Staat hat, keine eigene politische Selbstvertretung ...

Dieses wollen wir auch mit unserem Marsch beweisen und zeigen, aber auch gleichzeitig zeigen, daß wir keine Angst haben, daß wir aus unserer Geschichte gelernt haben: Wir haben aus unserer Geschichte gelernt, daß über 80% unserer Menschen von den Nationalsozialisten ausgerottet worden sind, daß wir dieses Unrecht nicht mehr tatenlos hinnehmen werden, und daß wir auch keine Angst mehr davor haben, uns zu verteidigen und mit unserem Anliegen in die Öffentlichkeit zu gehen ...

Rassistische „Bürgerwehr“ erhält Rückendeckung

Es hat sich, das wissen Sie sicherlich, eine „Bürgerwehr“ gebildet, die es sich auch zur Aufgabe gemacht hat, unseren Einzug nach Recklinghausen zu verhindern. Dieses sicherlich nicht deshalb, weil wir hier leben und weil man schlechte Erfahrungen mit uns gesammelt hat, sondern ganz einfach deshalb, weil dies ein rassistisches Unterfangen ist und sich gegen eine ethnische Minderheit richtet. Dies ist an und für sich etwas, was mich im ersten Ansatz überhaupt nicht überraschen würde und was mich nicht sonderlich erschreckt.

Was mich erschreckt, ist, wie die Stadt väter, allen voran der Bürgermeister, mit diesem Problem umgegangen sind. Ich habe heute von den Kollegen der Presse den offenen Brief des Herrn Bürgermeisters an Mitglieder der Gruppe, die sich gegen uns gebildet hat, die sich selbst Bürgerwehr nennt, erhalten, ihn überflogen, und ich muß ehrlich gestehen, es ist für mich schockierend, wie ein Mensch unter anderem schreiben kann: „Dabei habe ich durchaus Verständnis für die Empörung über das Verhalten der Menschen dort“, also die Empörung gegen uns.

Mit welcher Überheblichkeit und Arroganz, mit welchem Geschichtsbewußtsein ein Politiker einer Stadt über eine Minderheit spricht, die bis heute noch unter den Folgen des Nationalsozialismus leidet! Das, was wir heute erleben, ist eine direkte Folge dessen. Die Verschleppung in alle möglichen Länder, die nicht unsere Länder sind, in dem Zerstören unseres kulturellen Siedlungsgebietes, der Zerstörung unserer Kultur, unserer sozialen Struktur.

Und da kommt ein Nachfahre der Täter und sagt den Opfern, sie haben kein Recht, darauf hinzuweisen, daß sie immer noch Opfer sind.

Wenn ich dann auch noch lesen muß, ich will es auch noch mal zitieren: „Ein anderer Aspekt, den ich als genauso skandalös empfinde, ist die Tatsache, daß sich

die beim Bettelmarsch praktizierte Kindesmißhandlung scheinbar in einem rechtsfreien Raum abspielt.“ Wenn hier Kindesmißhandlung stattfindet, dann von den Politikern dieses Landes, die nach dem Motto handeln: „Sperrt die Bettler weg, sie brechen mir das Herz“, die Menschen, Kinder, ihre Probleme, ihren schlechten Umgang mit Menschen entsorgen, was in einer alten deutschen Tradition steht, entsorgen über die Grenzen ihres eigenen Landes hinaus, also abschieben.

Dieser Brief läßt sicher nicht zur Besonnenheit ein, sondern zu Kumpanei zwischen Politik und Rechtsradikalismus. Ich lese hier heraus: Bitte, wenn ihr Steine schmeißt, dann so, daß euch keiner sieht, wir werden dafür sorgen, daß ihr nicht angezeigt werdet.

Wenn dieses schon in einer Stadt wie Recklinghausen auch noch angeführt wird von Angehörigen einer Partei, die selbst verfolgt war, nämlich der SPD, dann frage ich mich, was hat diese Partei, nämlich die SPD, aus ihrer Vergangenheit gelernt? Ich glaube, überhaupt nichts.

Es ist mehr als ein Skandal, daß wir mit unserm Marsch nicht durch die Stadt geführt wurden, sondern die Polizei uns vor der Stadt abgefangen hat und mit Hinweis auf Sicherheitsaspekte, sie könne unsere Sicherheit nicht garantieren, uns umgeleitet hat.

Mir fehlen im Moment die Worte dafür, weil es ein Skandal ist, der uns erschreckt, es ist aber auch ein Zeichen dafür, wie normal die Bundesrepublik geworden ist, wie sie Anschluß gefunden hat an das Gedankengut, das schon einmal in diesem Land Allgemeingut war.

Es erschreckt umso mehr gerade auch uns Minderheiten, wenn wir uns überlegen, daß wir bald vor einem wiedervereinigten Großdeutschland stehen, welches jetzt schon Minderheiten ausgrenzt und diffamiert, gerade solche Minderheiten, wie sie noch vor ein paar Jahrzehnten ausgerottet wurden.

Wir werden uns aber, das ist sicher, weder von einem Bürgermeister dieser Stadt noch von den Rechtsradikalen, die man ja wohl in einem Atemzug nennen muß, daran hindern lassen, auf das Unrecht, was an uns begangen wird, aufmerksam zu machen.

Städte verweigern Unterkunft

Wir werden zunächst einmal unsern Marsch heute fortsetzen nach Gelsenkirchen, wo wir für die nächsten Tage unterkommen wollen, um von dort aus direkt nach Bonn zu fahren.

Es ist, wie gesagt, ein Bettelmarsch, wir haben diesen Ausdruck sehr bewußt gewählt, ein Marsch, der an die Städte appelliert, uns Unterkunft zu gewähren. Die Städte ab Essen haben unser Anliegen nicht bewilligt, wir haben Ablehnungen, um mal die Städte der Reihe nach aufzuzeigen: die Stadt Essen (zweifach), Wesseling, die Stadt Duisburg, die Stadt Bonn, die Stadt Ratingen, die Stadt Langenfeld, und es haben sich in der Zwischenzeit auch noch andere Städte gemeldet, die vielleicht an der Ausweichroute liegen könnten, die wir bisher überhaupt nicht vorgesehen hatten. Das beweist, welche Angst die Menschen vor uns haben, das beweist auch, welche Vorurteile sie besitzen ...

Haltung der Bundesregierung und der Landesregierung NRW

Frage: Sie gehen also davon aus, daß Bundeskanzler Kohl Ihnen kein Niederlassungsrecht gewähren wird?

Kawcinski: Ach, wissen Sie, wenn ein Bundeskanzler so weit geht, sich nicht öffentlich dazu zu bekennen, zu der deutschen Ostgrenze, dann wüßte ich wirklich nicht, warum er einer kleinen Minderheit von 400–500 Roma Bleiberecht gewähren soll.

Frage: Hat aber nicht NRW-Innenminister Schnoor Ihre Forderungen im wesentlichen erfüllt?

Kawcinski: Man ist nicht der Forderung des Bettelmarsches nachgekommen, sondern man hat die Gruppe erkannt, man hat die Probleme erkannt. Man muß dazu natürlich auch sagen, daß nur sehr wenig Menschen über diese Probleme überhaupt informiert sind, da schließe ich natürlich auch keine Landesregierung aus.

Die Landesregierung gerade in NRW hat Roma immer wie Ausländer behandelt, d.h., sie sind Ausländer, weil sie irgendwo irgendeine Nationalität zugeordnet bekommen, dementsprechend greift entweder das Ausländergesetz oder das Asylgesetz. Es greifen nicht internationale Vereinbarungen für ethnische Minderheiten, weil wir als ethnische Minderheit sicherlich nicht problemlos von einem Land anerkannt werden können, sondern das muß z.B. hier eine Bundesregierung tun.

Deshalb ist Nordrhein-Westfalen von einem bestimmten Moment, wo es uns erkannt hat als Gruppe, wo es die Problematik auch erkannt hat, dazu übergegangen, den de-facto-Staatenlosen — denn um den handelt es sich ja rein juristisch gesehen, nämlich um Menschen, die zwar eine Staatsbürgerschaft haben, aber de facto staatenlos sind, weil sie eben keinen Staat, kein Siedlungsgebiet haben — ein Bleiberecht zu gewähren. Das ist natürlich etwas, das bislang in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland noch niemals geschehen ist, und da muß man schon Nordrhein-Westfalen, gerade auch die Landesregierung, als etwas ganz Besonderes herausstellen: die nämlich das Erkennen einer Gruppe und dementsprechend auch eine Regelung für diese Gruppe praktiziert hat. Das hat es bis auf Hamburg, wo es zu einer Stichtagsregelung gekommen ist, bislang in keinem anderen Bundesland gegeben. Nun ist ja eine neue Situation eingetreten mit dem neuen Ausländergesetz, daß nämlich die Länder jetzt keine eigenen Regelungen mehr treffen dürfen.

Es ist auch nicht nachvollziehbar, daß jemand, der in NRW wohnt und dessen Familie unverteilt worden ist nach Niedersachsen, z.B. hier in NRW bleiben kann, aber seine Familie in Niedersachsen abgeschoben wird, weil es dort keine Regelungen gibt. Das sind alles Dinge, die sicherlich nicht dazu beitragen, das Problem zu lösen, im Sinne der Menschen zu lösen. Das ist aber unser Anliegen an die Bundesregierung, damit sie sich nicht ständig hinter den Ländern versteckt ...

Soziale und politische Rechtlosigkeit Ursache vieler Probleme

Frage: Sie haben die Bürger, die sich in der Bürgerinitiative hier in Recklinghausen zusammengeschlossen haben, als rassistisch bezeichnet. Waren Sie selbst mal dort und haben sich informiert, auch über die Roma und Cinti, die dort leben?

Kawcinski: Sicherlich habe ich mich darüber informiert. Das Problem ist ein generelles Problem, das wir immer wieder erleben, daß es aus kulturellen Spannungen heraus immer wieder zu Problemen kommt, gerade in Unterkünften, die man als sogenannte Asylunterkünfte bezeichnet, ob es die Strükedestraße hier ist, oder Hamburg-Bilbrook, ich weiß nicht, was in Köln-Longerich los ist, aber überall, wo Sie hinkommen, gibt es diese Probleme.

Die Frage ist auch nicht, ob einzelne Menschen irgendwas tun, das kann man nie ausschließen, es gibt ebensowenig den lieben netten Zigeuner, wie es den lieben netten Deutschen gibt. Das ist klar, nur es wird dann gefährlich, wenn man diese Probleme, die dort auftauchen, zum Anlaß nimmt, um seinen Rassismus abzureagieren, und daß es so war, haben wir hier gerade gezeigt, ganz deutlich, denn es ging nicht um die



Roma bei der Blockade in Aachen mit dem von den Nazis zur Zwangsarbeit vergebenen Arbeitsbuch.

Strükedestraße, sondern es kamen Roma, die durch Recklinghausen marschieren wollten, in Recklinghausen eine Unterkunft haben wollten, um einfach weiterzumarschieren ...

Wenn es um ein Problem des Ordnungsgesetzes geht, dann können Sie mir glauben, die Polizei geht härter gegen Roma vor als gegen normale Bundesbürger, das kann ich Ihnen aus Erfahrung sagen, das wird Ihnen auch jeder Polizist sagen, der sich mit dieser Problematik befaßt hat, das kann Ihnen auch jeder sagen, der aus der Arbeit stammt, es gibt Gruppen, die können Ihnen ausführlich berichten, wie Polizeikräfte mit Roma umgehen, so etwas würde man niemals mit einer bundesdeutschen Familie, geschweige mit einer Gruppe machen. Das sind also alles Dinge, die sich in Luft auflösen, wenn man wirklich nachhakt ...

Mal eine andere Frage, könnten Sie sich das vorstellen, daß man eine Bürgerwehr bildet gegen Juden?

Frage: (lacht) Nein, könnte ich mir nicht vorstellen ...

Frage: Wie sieht es aus mit dem konkreten Wunsch der Roma, in der Bundesrepublik zu leben. Würden Sie z.B. die Schulpflicht einhalten, ganz normal,

und die Gesetze der Bundesrepublik akzeptieren?

Kawcinski: Eine Bemerkung vorweg, Ihre Frage zeigt schon, daß Sie sich bisher mit der Asylproblematik wenig beschäftigt haben. Die Geschichte ist die, daß z.B. für Asylbewerber keine Schulpflicht besteht, im Gegenteil, es soll alles verhindert werden, um eine Integration, ein Gewöhnen, so steht es im Gesetz, herbeizuführen. Diese Menschen schicken ihre Kinder zur Schule, weil sie sie einfach zur Schule schicken wollen. Gesetze akzeptieren, was heißt akzeptieren, es gibt einfach Gesetze, nach denen muß man sich richten, es gibt genauso schlechte Gesetze wie es schlechte Menschen gibt.

Frage: Würden Sie die Gesetze akzeptieren oder nicht?

Kawcinski: Ja nee, diese Gesetze in diesem Land sind für die Deutschen gemacht, das Ausländergesetz ist ein Gesetz, das die Ausländer ausgrenzt, was sie benachteiligt, ich weiß nicht, ob Sie sich damit auskennen, z.B. nach dem Arbeitsamtsgesetz ist es einfach so, daß Ausländer in der Bundesrepublik nicht arbeiten dürfen. Aber Ihre Frage ist, ob wir hierbleiben wollen, ja, dafür sind wir auf dem Marsch ...

Köln: Polizei konstruiert eine „kriminelle Vereinigung“

Bislang zweimal hat die Kölner Polizei zu einer besonderen „Ausstellung“ eingeladen: Groß in der Presse angekündigt führt die Polizei im Polizeipräsidium 1800 Gegenstände und Schmuckstücke vor, die sei bei ihrer Großrazzia am 6. April im Romalager in Köln erbeutet hat. Der Andrang war jedesmal riesig, mehrere Tausend Leute besichtigten das angebliche Diebesgut. 130 Gegenstände und Schmuckstücke wurden bisher identifiziert. Das reicht für Gericht und Staatsanwaltschaft, um weiterhin 15 Roma als Mitglieder einer „Kriminellen Vereinigung“ in Haft zu halten.

Der Verein Rom e.V. hat Beschwerde beim Landesinnenministerium eingereicht, das sich bislang nicht geäußert hat. Die Grüne Ratsfraktion versuchte über den Polizeibeirat, die Wiederholung der Ausstellung zu verhindern, scheiterte aber.

Die Polizei legt es offensichtlich darauf an, die Hetze gegen die Roma zu

steigern und eine Vorverurteilung aller Roma als kriminelle Elemente zu erreichen. In der örtlichen Presse wird die Identifizierung von gestohlenen Schmuckstücken als Beweis für Raubzüge gehandelt, „Bild Köln“ setzte nach mit der Behauptung, seit der Großrazzia im Romalager sei die Kriminalität in der Stadt auf ein Drittel gesunken, insbesondere Diebstähle bei Touristen und Wohnungseinbrüche seien drastisch zurückgegangen. Als Vergleichszahl dient das Vorjahr. Weder die Identifizierung des Schmucks ist jedoch ein Beweis dafür, wer ihn gestohlen hat — und die Roma können nicht beim ersten Juwelier der Stadt kaufen — noch eine eventuelle Veränderung der Kriminalitätsentwicklung. Daß seit letztem Jahr einige Roma-Familien mehr durch Bleiberecht, Arbeitslaubnis und Sozialhilfe überhaupt eine Grundlage für legales Überleben haben, verschweigen Presse und Polizei.

Daimler-Zentrum in Berlin

Bürgermeister Momper pariert/Krach in der Koalition

Westberlin. Am 6.4.90 kündigte der Vorstandsvorsitzende der Daimler-Benz InterServices (debi) AG, Manfred Götz, auf einer Pressekonferenz an, man wolle am Potsdamer Platz ein Dienstleistungszentrum errichten. Daimler-Benz plant dort ein Investitionsvolumen von ca. einer Milliarde DM mit 5-8000 Beschäftigten. Der Grund für den Standort Berlin sei die zukünftige Lage als europäische Dienstleistungsmetropole und vor allem die Möglichkeit das Geschäft nach Osteuropa aufzubauen. Dieses Vorhaben stieß vor allem bei Momper und SPD-Bausenator Nagel auf bedingungslosen Widerspruch. Die Meinung von Momper nach der Pressekonferenz: „Einen solchen Investor kann man nicht warten lassen.“ (taz 9.4.90). Da ist es in Anbetracht des Zeitplans von Daimler-Benz für Momper auch schon mal vertretbar, sich über demokratische Spielregeln hinwegzusetzen, um Daimler einen Optionsvertrag für 65000 qm des Potsdamer Platzes zuzusichern, zu einem lächerlichen Preis von 1500 DM/qm (Frankfurter Rundschau 12.4.90). Auf einer Sondersitzung der SPD-Fraktion wurde am 6.4.90 der Beschluß für einen solchen Optionsvertrag seitens der SPD festgeklopft, ohne eine Grundsatzdiskussion über das Ansiedlungsvorhaben zu führen. Für eine öffentliche Diskussion wurde erst recht kein Raum gelassen, und selbst den Koalitionspartner AL hat Momper hier kaltgestellt, um am 10.4.90, also vier Tage nach der Erklärung von Daimler-Benz über ihr Vorhaben, im Senat den Optionsvertrag durchzusetzen.

Für Momper scheint der Beschluß im Senat mehr ein notwendiges Übel zu

sein, denn Matthias Kleinert, Vorstandssprecher von Daimler, meint laut Frankfurter Rundschau vom 9.4.90 „daß die Verhandlungen bereits ‚in einem sehr guten Endstadium sind‘ und ein anderer Standort ‚für uns kein Thema mehr‘ sein könne.“ Es ist also alles unter Dach und Fach und das ‚Ja‘ des Senats nunmal ‚leider‘ nötig.

In der AL hat dieses Vorgehen heftige Kritik ausgelöst, und vor allem Hilde Schramm plädierte für die Auflösung der Koalition. Aber auch in der SPD kam Kritik zu so einem Vorgehen. Gerd Wartenberg, MdB der SPD im Bundestag, wendet sich zwar nicht grundsätzlich gegen die Ansiedlung von Daimler, kritisiert aber die übereilte Entscheidung (Volksblatt 28.4.90).

Dieses Vorgehen ist um so fragwürdiger, wenn man bedenkt, wem hier ein höchst brisanter Teil Westberlins als Baugrund zugestanden werden soll. Daimler-Benz als größter deutscher und viertgrößter Rüstungskonzern weltweit, der 1988 einen Waffenumsatz von 8700 Millionen Dollar machte. Ein Konzern, der schon in der NS-Zeit der größte Rüstungsproduzent war und Zwangsarbeiter ausbeutete und heute verstärkt in Südafrika investiert und den Apartheidstaat unterstützt.

Bisher war der Widerstand gegen das Vorhaben, ein Daimler-Benz-Dienstleistungszentrum am Potsdamer Platz zu errichten, noch nicht groß genug. Es ist aber nötig, gerade in der derzeitigen politischen Lage jegliche Bestrebungen des deutschen Finanzimperialismus, Osteuropa zu kolonialisieren, zu unterbinden, also konkret Daimler daran zu hindern, hier ihren Standpunkt gen Osten zu stärken. — (cae)



Unter dem Motto „Der Tod ist ein Meister aus Deutschland“ demonstrierten am 8.5.90 ca. 500 Menschen aus Anlaß der militärischen Niederlage des Faschismus 1945. Auf der Abschlußkundgebung am Potsdamer Platz wurde auch gegen das Vorhaben des Daimler-Benz Konzerns protestiert.

REP-Bundesparteitag am 7.7. nun in Augsburg?

Augsburg. Nachdem der SPD-Bürgermeister des hessischen Traunstein die Saal-Genehmigung zurückgezogen hat, versuchen die Augsburger REP intensiv, das Messezentrum für den Parteitag zu mieten. Trotz des gegen ihn eingeleiteten Ausschlussverfahrens will Schönhuber weiterhin zum Bundesvorsitzenden kandidieren. Voraussetzung sei, daß alle ehemaligen NPD- und DVU-Funktionäre keine Funktionen in der Partei einnehmen dürfen. „Die Basis ist sauber“, extremistisch sei nur die Clique um den bayerischen REP-Vorsitzenden Neugebauer, so der um das unverdächtige Erscheinungsbild seiner faschistischen Partei besorgte Schönhuber. Der Kampf gegen seinen Rechtsaußen-Ziehsohn sollte bereits am 23.6. auf dem bayerischen Landesparteitag in Neusäß stattfinden. Doch der wurde zehn Tage zuvor verschoben. — (baf)

Demonstration zur Unterstützung des Volksaufstands in Kurdistan

Stuttgart. Am Samstag, den 9. Juni 1990, protestierten circa 1000 Demonstranten in der Stuttgarter Innenstadt gegen die Greuel und Massaker des türkisch-faschistischen Staatsapparates und für die Unterstützung des kurdischen Volksaufstandes. Das Solidaritätskomitee mit dem kurdischen Volk hatte zu der Demonstration aufgerufen; daran teilgenommen haben KPD, TDKP, ERNK, EKIM und Devrimci Partizan. Ein Sprecher des Solidaritätskomitees berichtete über den Aufstand in Kurdistan, wo Zwangsumsiedlungen ganzer Dörfer durch die türkische Regierung auf den Widerstand der Bevölkerung stoßen. Der Volksaufstand weitet sich aus, und auch in der Türkei selbst entwickeln sich Streiks und Demonstrationen von Arbeitern, Bauern und Studenten. Journalisten, die offen darüber berichtet hätten, seien zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt worden. Die Aufhebung der Pressezensur sei dringend notwendig. — (ros)

Otto von Habsburg redet beim „Tag der Oberschlesier“

Essen. Die Landsmannschaft der Oberschlesier will sich offensichtlich weiter für rechte Hetze öffnen. Als Hauptredner des diesjährigen „Tages der Oberschlesier“ am 23./24. 6. in Essen hat sie Otto von Habsburg angekündigt, Präsident der Internationalen Pan Europa Union, einem wichtigen organisatorischen Bindeglied zwischen konservativen und faschistischen Kräften. Dies hat dazu beigetragen, daß sich — anders als vor zwei Jahren — stärker Widerstand rührt. Auf Initiative des Antifaschistischen Forums erscheint ein Faltblatt, in dem DKP, VVN/BdA, MLPD, BWK, Volksfront und Die Grünen Artikel veröffentlichten. Am 23.6. findet eine Kundgebung statt. — (wof)

Kriminalisierung türkischer Jugendlicher

Westberlin. Eingeleitet von wochenlangem Trommelfeuer der Springer-Presse fordern CDU und Republikaner jetzt umfassende Staatsgewalt gegen sogenannte türkische Jugendbanden. Im Innenausschuß des Westberliner Abgeordnetenhauses behaupteten sie am 11. Juni, es gebe umfassenden Terror der „Banden“ an Schulen, in U-Bahnen und Stadtteilen. Das gefährliche Potential an gewaltbereiten Jugendlichen belief sich auf rund 1000, davon rund zwei Drittel Ausländer. 580 Straftaten seit Anfang des Jahres wurden in diesen Zusammenhang gerückt. CDU-Landowsky und die Republikaner rufen nach Notstandsmaßnahmen: Bildung einer Polizei-Sonderkommission, Aufstockung der Polizei, Sonderstreifen in U-Bahnen. Es fehle vor allem die Angst vor Bestrafung, daher „schnelle Aburteilung“ und „Abschiebung nach Strafverbüßung“ (SFB-Abendschau). Alle staatlichen Stellen sollen in die Pflicht genommen werden. Vor allem die Lehrer, die sich bisher weigerten mit der Polizei zusammenzuarbeiten, weil sie keine Schüler denunzieren wollten. Die Polizei kritisierte fragwürdige Methoden der Presse, mit denen die bestehenden Probleme aufgebauscht würden. So würden für reißerische Interviews 200-DM Prämie gezahlt. „Brigitte“ soll 24 T-Shirts geboten haben für das Bild eines Mädchens in drohender Position mit einem Baseballschläger. Die Westberliner Schüler-Union und die CDU wollen mit einer Fragebogenaktion an den Schulen („längst überfällige Bestandsaufnahme“) die Stimmung gegen ausländische Schüler polarisieren — (ard)

Leserbriefe gegen Einverleibungspolitik der GEW

Karlsruhe. Die Fachgruppe Berufliche Schulen der GEW Kreis Karlsruhe hat Leserbriefe an die Lehrerzeitung Baden-Württemberg und an die GEW-Zeitschrift Erziehung und Wissenschaft geschickt, in denen sie sich gegen die Einverleibungspolitik der GEW gegenüber der DDR-Gewerkschaft Unterricht und Erziehung (GUE) wendet. Die Fachgruppe tritt dafür ein, daß die Beschäftigten in der DDR selber über ihre Zukunft entscheiden können und verlangt, am Grundsatz der Nichteinmischung festzuhalten: „Für die Beziehungen der GEW zu Gewerkschaften in der DDR bedeutet das schlichtweg: Es ist allein Sache der DDR-Kollegen und Kolleginnen, ob sie ihrer Gewerkschaft GUE das Vertrauen entziehen oder an eine Reformierung dieser ehemaligen Staatsgewerkschaft glauben.“ — (bab)

Bayerische Amtshilfe für DDR-Sicherheitsbehörde

München. Ministerialrat Herrmann Friker von der Polizei-Abteilung des Bayerischen Innenministeriums soll nach Ostberlin entsandt werden, um dort nach Gründung der Länder in der DDR das bayerische Sicherheitsschema einzuführen. Friker, vor seiner Tätigkeit im Innenministerium Polizeipräsident von Regensburg, soll im Herbst Präsident der Bayerischen Bereitschaftspolizei werden. Er war während der Demonstrationen und Aktionen gegen die WAA Wackersdorf eine Zeitlang zuständiger Einsatzleiter für die Oberpfalz. Friker wäre der vierte hohe Beamte aus dem Innenministerium, der als „Ratgeber“ in die DDR geschickt wird. — (ecg)



Aichach. Am 9.6. nahmen etwa 120 Menschen an einer Demonstration um die JVA Aichach teil. Ein Zug USK begleitete die Demo, nahm nach deren Abschluß drei Frauen fest. 200 Polizisten sollen eingesetzt gewesen sein. Muß es erst wieder Hungerstreiks oder Selbstmorde geben, damit die Haftbedingungen in Bayern mehr Menschen auf die Straße bringen? Ohne breitere Mobilisierung wohl kaum. — (chi)

Antifaschistisches Forum Elmshorn will Kooperation

Eine Antifaschistische Woche ist für den 5. bis 10. November dieses Jahres geplant

Elmshorn. Nachdem einige Zeit die antifaschistische Zusammenarbeit in Elmshorn dem Erliegen nahe war, gibt es seit dem „Antifaschistischen Forum“ wieder hoffnungsvolle Ansätze. Vorbereitet wurde es von: Antifa Elmshorn,

DGB-KJA, GEW Wedel, Grüne Wedel, Jusos Kr. Pinneberg, Kreisjugendring, ÖTV-Mitglieder, Elmshorner Punx, Stadtjugendpfleger Elmshorn, VVN-BdA Kreis Pinneberg, Volksfront Elmshorn und weiteren Personen.

Viele, besonders junge Leute, hatten großes Interesse an der Entwicklung des Antifaschismus. Meinungsunterschiede, die früher leicht die Zusammenarbeit erschwerten, konnten sachlich erörtert werden und wirkten sich daher in der Diskussion oft positiv aus. Ausgrenzungen untereinander wünschte niemand. Was ein wenig verwunderte, war, daß etliche bekannte Antifaschisten nicht kamen. Schon fast erwartungsgemäß interessierten sich Elmshorner Grüne und Sozialdemokraten für die Entwicklung des antifaschistischen Widerstandes nicht. Wir dokumentieren aus der Presseerklärung, die inzwischen die örtliche Presse und ein Werbeblatt in Auszügen bei ihrer recht positiven Berichterstattung wiedergegeben haben.

„Rund 80 Personen nahmen am Antifaschistischen Forum in Elmshorn teil ... In der Einführung wurde auf die faschistischen Aktivitäten im Kreis Pinneberg hingewiesen und die Notwendigkeit der Koordination aller Antifaschisten hervorgehoben. Diese Erwartungen wurden durch die Ergebnisse voll bestätigt: — Ein kontinuierliches Koordinations-

treffen wurde erstmalig vereinbart ... Hierzu sind alle Interessierten eingeladen.

— Der Informationsfluß aller Antifaschisten und Antifaschistinnen soll durch Rundbriefe verbessert werden.

— Als Schwerpunkt wurde die Durchführung einer Antifaschistischen Woche im Kreis Pinneberg für die Zeit vom 5.-10. November 1990 vereinbart. Alle Gruppen sind aufgefordert, durch eigene Veranstaltungen, zum Gelingen dieser Woche beizutragen.

Die gemeinsame Veröffentlichung aller Veranstaltungen wird angestrebt. Am 10. November soll ein zweites Antifaschistisches Forum stattfinden.

Die sieben Arbeitsgruppen erarbeiteten eine Fülle von Vorschlägen und Vorhaben, davon zu nennen wären unter anderem:

— Ein Offener Brief an den Bürgermeister von Hasloh wurde einstimmig verabschiedet. Er wurde darin aufgefordert, den konkreten faschistischen Tendenzen in seiner Gemeinde entgegenzutreten.

— Die Arbeitsgruppe, die sich mit dem

Polizeisystem auseinandersetzt, wird sich (erneut) ... treffen.

— Eine Projektgruppe von sieben Teilnehmern wird eine antifaschistische Rundfahrt durch den Kreis Pinneberg erarbeiten. Weitere Interessenten sind erwünscht. Bei allen unterschiedlichen Erfahrungen und Meinungen zeigte sich der Wille zur Kooperation und zum Zusammengehen, was sich auch in der Atmosphäre ausdrückte.

Der Vorschlag, am Vormittag des 10. November eine Kundgebung oder Demonstration zum Gedenken an die Reichspogromnacht und gegen die Errichtung eines großdeutschen vierten Reiches zu veranstalten, wurde positiv aufgegriffen und an das Koordinations-treffen, das sich noch im Juni trifft, verwiesen.

Inzwischen ist der 1. „Antifa Rundbrief“ mit den Berichten und Ergebnissen des Forums bei etwa 50 Adressen eingetroffen. Ende des Monats erscheinen sie auch in den „Elmshorner Gegensätzen“ und wahrscheinlich in einer von „Arbeit und Leben“ herausgegebenen Jugendzeitung. — (dim)

Rep hetzen in Zeitung der Stadt

Freiburg: Die Linke Liste/Friedensliste protestiert

Freiburg. In den von der Stadt Freiburg herausgegebenen „Stadtnachrichten“ hetzten die im Gemeinderat vertretenen Rep in der Sparte „Aus dem Gemeinderat“ gegen die in der Stadt lebenden Roma. Sie forderten die generelle Ausweisung von 29 Romafamilien, „welche in Freiburg schon wiederholt durch permanente Bettelaktionen und Trickdiebstähle auffielen ... Die Stadt stellt diesen Menschen Unterkunft, Kleidung und Verpflegung ... Doch kaum graut der Morgen, sollen wir noch einmal, diesmal direkt an die ‚Asylbewerber‘ zahlen? ... Abgelehnten Asylbewerbern ... darf in Zeiten der Wiedervereinigung (!) kein Raum mehr bleiben (!), um ihrem einträglichen ‚Gewerbe‘ nachzugehen.“ Eine Woche später hetzten die Rep an gleicher Stelle weiter: „Die Innenstadt verändert sich, sie bekommt ein fast südländisches Flair. Doch nun ist es einmal so, daß hierdurch auch oder gerade die ‚kleinen Gauner‘ aktiv werden.“ Daher fordern die Rep, „die durch die abendlichen Besucher recht stark frequentierte Innenstadtzone von jenen stadtbekannten Personen zu befreien (!), die gerade während der letzten Wochen wieder einmal für Unruhe gesorgt haben“.

In einem Protestbrief der Linken Liste/Friedensliste vom 22.5. an die Redaktion der Stadtnachrichten heißt es

dazu: „Das, was die ‚Republikaner‘ hier offenbaren ist nicht nur ein offener und öffentlich sanktionierter Aufruf zur Hatz auf diese Menschen, sondern stellt auch klar, wie die ‚Republikaner‘ in Zeiten der Wiedervereinigung und für den Fall, daß die ‚Republikaner‘ an die Macht kommen, mit Menschen umzugehen beabsichtigen, die betteln oder stehlen.“ Es werde zudem deutlich, „daß es den ‚Republikanern‘ in keiner Weise darauf ankommt, die Ursachen von Bettel und Diebstahl zu beseitigen, sondern diejenigen, die betteln oder stehlen“. Die Rep stünden in der Tradition des von Reichsjustizminister Gürtner und „Volksgerichtshof“-Präsident Freisler entwickelten Täter- und Willensstrafrechts, das auf die Vernichtung von Menschen hinausgelaufen sei.

Die Redaktion der Stadtnachrichten — aufgefordert, derartige Artikel, die im Verdacht der Strafbarkeit wegen Angriffs auf die Menschenwürde anderer und Aufstachelung zum Rassenhaß (§§ 130, 131 StGB) stehen, nicht mehr abzuordnen — distanzierte sich in einem Antwortschreiben von den Hetzartikeln der Rep, sieht darin aber keine Straftatbestände erfüllt. Der Ältestenrat des Gemeinderats sei gebeten worden, „Spielregeln“ für Fraktionsbeiträge zu erlassen, welche derartige Artikel künftig ausschließen sollen. — (ulb)

Rechte Neuorientierungsvorstöße

Auseinandersetzung um den Kurs der GEW in Hamburg

Hamburg. Die Wahl des ehemaligen DKP-Mitglieds de Lorent zum Hamburger Vorsitzenden der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat einige Gemüter in der Gewerkschaft heftig erregt. Bereits auf der Wahlversammlung versuchte eine interessante Koalition aus Mitgliedern von SPD, Sozialistischem Bund und GAL bzw. austretenden GAL-Mitgliedern, de Lorent als Kandidatur zu verhindern.

In einem „Offenen Brief“ hieß es, es werde „Anhängern des SED-Staates zu leicht gemacht, die Politik der GEW mitzubestimmen.“ Bei den DKP/DFU-Mitgliedern handele es sich um Leute, „die einerseits demokratische Gewerkschafter sein konnten, andererseits Anhänger eines diktatorischen Systems“, das sich als „abgründig verrottet und gescheitert herausgestellt“ habe. „Wir meinen, daß es im Kontext der gegenwärtigen gesellschaftlichen Umwälzungen nicht zu akzeptieren ist, wenn ohne breite innergewerkschaftliche Diskussion profilierte VertreterInnen der ehemaligen DKP ... an exponierter Stelle für unsere Gewerkschaft arbeiten.“ Die KollegInnen, die in der DKP, DFU oder deren Dunstkreis gearbeitet haben, werden einige Zeit benötigen, ihre bisherigen Positionen zu prüfen.“

Auch wenn de Lorent mit 215 gegen 28 Stimmen gewählt wurde, handelt es

sich hierbei um einen ernstzunehmenden Versuch, die Hamburger GEW von Kommunisten zu säubern.

Dabei bedienen sich die Verfasser des Offenen Briefes der Methode, die aus Berufsverboteverfahren bekannt ist. Vom „verrotteten realen Sozialismus“ in der DDR wird rückgeschlossen auf die BRD-Parteien DKP und DFU hin zu jedem einzelnen Mitglied und noch darüber hinaus zu allen, die mit ihnen zusammengearbeitet haben („Dunstkreis“).

Die GEW hatte sich auf dem letzten Gewerkschaftstag von den Unvereinbarkeitsbeschlüssen verabschiedet. Hier leben sie in der Forderung nach Funktionsverbot für (ehemalige) DFU- und DKPler wieder auf.

Die Unterzeichner des Offenen Briefes wünschen eine rechte Neuorientierung der GEW. Die antifaschistische Arbeit der GEW wird als SED-Ideologie denunziert, die „NS-Entlastungsfunktionen“ gehabt hätte. In den laufenden bildungspolitischen Auseinandersetzungen in Hamburg soll die GEW keine „organisierende Rolle“ mehr spielen und sich nur um die unmittelbaren Interessen der Lehrer kümmern.

Eine Gewerkschaft, die den Flankenschutz für die Senatspolitik besorgt, wird vielen Mitgliedern nicht schmecken. — (rad, AGB)

Kleiner Erfolg für Reinigungs- und Kantinenfrauen

Weiter Überstunden und Entlassungen bei der Nixdorf Computer AG in Paderborn

Paderborn. Rund 200 zumeist teilzeitbeschäftigte Frauen im Reinigungs- und Kantinendienst der Nixdorf Computer AG in Paderborn sollen im Rahmen des Personalabbaus zu privaten Reinigungsunternehmen ausgegliedert werden. Dort sollten sie ohne einen Pfennig Ausgleich zu geringeren Löhnen und schlechteren Kündigungsbedingungen als

bisher arbeiten. Die Unternehmensleitung sicherte zu, daß 36 Vollzeitkräfte im Reinigungsdienst sowie die fünf über 55 Jahre alten Reinigungsfrauen, 18 Beschäftigte der Hausmeisterei, der Gärtnerei und des Wartungsdienstes sowie fünf ältere Frauen im Kantinenbereich bei Nixdorf weiterbeschäftigt werden.

Allen übrigen Teilzeitkräften, denen ab Juni neue Arbeitsplätze bei Reinigungs- und Küchenunternehmen angeboten werden sollen, will Nixdorf die Bruttodifferenz zwischen heutigem und künftigem niedrigeren Lohn für ein Jahr in einer Einmalzahlung überweisen, unabhängig davon, ob diese Frauen tatsächlich für dieses eine Jahr beim neuen Unternehmen bleiben. Frauen, die dieses Angebot nicht ausnutzen, werden entgegen der früheren Absicht der Unternehmensleitung doch eine Abfindung aus dem Sozialplan erhalten, wenn sie per Aufhebungsvertrag ausscheiden.

Offen ist, ob und welche Auswirkungen der vom Betriebsrat erzielte Verhandlungserfolg (der nur durch die Kampfbereitschaft der Beschäftigten zustande kam) auf die Zahl der geplanten bis zu 990 Entlassungen am Standort Paderborn haben wird. Nach offiziellen Angaben haben bislang 400 Beschäftigte einen Aufhebungsvertrag angenommen oder selbst gekündigt. Die Unternehmensleitung hat inzwischen beim Landesarbeitsamt 590 Massenentlassungen

beantragt. Im Angestelltenbereich liegen die ersten Kündigungen zum 30.6. vor. Zahlreiche weitere werden im Arbeiterinnenbereich bis zu diesem Datum noch folgen. Dabei wird es insbesondere die Beschäftigten in den unteren Lohngruppen der Produktion Elektronik und Mechanik treffen.

Offen ist auch, ob bei der Geschäftsleitung Unvermögen oder Methode dahintersteckt. So wurden beispielsweise im Werkzeugbau von Facharbeitern geforderte Aufhebungsverträge abgelehnt, anderen Facharbeitern in der gleichen Abteilung jedoch gekündigt. Dies ist in mehreren Bereichen der Fall.

In einzelnen Bereichen ist der Arbeitsablauf durch Kündigungen und Entlassungen nicht mehr gesichert. Im Rechnungswesen haben mehrere Beschäftigte aufgrund der hohen Überstundenanzahl gekündigt. Dort und im Bereich Organisation und Datenverarbeitung hat die Unternehmensleitung auch wieder freie Stellen ausgeschrieben. Melden werden sich daraufhin wohl kaum genügend Leute, denn diese Bereiche werden bei

der Unternehmensfusion mit Siemens wahrscheinlich wieder zusammengekurzt werden.

Gleichzeitig versuchen die Kapitalisten, weitere Überstundenanträge durchzuboxen, und zwar diesmal mit der erpresserischen Standortfrage: „Wenn ihr die Überstunden jetzt nicht genehmigt, dann steht für Siemens der Standort Paderborn in Frage!“ Im Betriebsrat scheint sich demgegenüber mehr und mehr die Meinung durchzusetzen, daß Überstunden nur noch auf Sparflamme genehmigt werden.

In der Belegschaft wie aber auch im Management ist die Verunsicherung mit Blick auf die Fusion sehr groß. Fest steht bis jetzt nur, daß die PC-Produktion und -Betreuung in Paderborn ausläuft. Sie wird nach Augsburg verlegt.

Die Vorstände von Siemens Daten- und Informationstechnik und Nixdorf haben bislang nur in der nun gemeinsamen Mitarbeiterinformation „Inline aktuell“ eine neue Vertriebsstruktur vorgestellt, ohne jedoch Zuständigkeiten zu nennen. — (luf)

Gildemeister: Noch mehr Schichtarbeit

Hannover. Gleich in mehreren Bereichen (Malerei, Fertigung, Meßmaschine) soll bei Gildemeister Max-Müller Schichtarbeit eingeführt oder ausgeweitet werden. Auf der einen Seite rennt die Werksleitung immer mit der Drohung herum, daß ohne Schicht mit „Deinvestitionen“, sprich Verkauf von Maschinen gerechnet werden müßte, und auf der anderen Seite wird ständig die Eingekränktheit des eigenen Handlungsraumes betont, da sich der Gildemeister-Vorstand den eklatanten Umsatzrückstand nicht tatenlos ansehen würde. Die Ausdehnung von Nutzungszeiten sei letztendlich eine der wesentlichen Möglichkeiten, Kosten zu senken. Einwände bez. der Auswirkungen auf die betroffenen Beschäftigten stoßen in der Diskussion nur auf selbstherrliche Arroganz. — (rog)

Betriebsratswahlen im Einzel- und Versandhandel

Karlsruhe. Nach den bisherigen Ergebnissen der Betriebsratswahlen aus 30 Mittel- und Großbetrieben erreichten die Kandidaten der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) 74,5% der Sitze (155 von 208). Die DAG kam auf 22 Mandate (10,6%). Die HBV wertet das Ergebnis als einen Erfolg angesichts der veränderten Wahlordnung des Betriebsverfassungsgesetzes, wonach nur noch 5% (vorher 10%) der Unterschriften der Wahlberechtigten eines Betriebes für die Einreichung einer Liste erforderlich sind. Besonders hohe Stimmenanteile erhielten die Kolleginnen und Kollegen, die sich stark im Kampf gegen den Dienstleistungsabend engagiert haben. — (rub)

Ostberliner Magistrat zwingt Beschäftigte zur Kündigung

Westberlin. Alle Beschäftigten aus der Magistrats- und Kommunalverwaltung, die mehr als 1200 Mark verdienen, werden aufgefordert, „freiwillig“ selbst zum 30. Juni zu kündigen. Anschließend wolle man ihnen ein befristetes Arbeitsverhältnis anbieten, bis ihre Stellen öffentlich ausgeschrieben worden sind, auf die sie sich wieder bewerben können. Wer einer Befristung nicht zustimmt, muß in einem persönlichen Gespräch ein Vertrauensverhältnis als Basis für eine weitere Zusammenarbeit herstellen können. Dies sah der Beschluß des Ostberliner Magistrats vom 13.6. vor. Nach einer Demonstration am nächsten Tag von etwa 1000 Beschäftigten, insbesondere aus kulturellen Einrichtungen, wurde der Magistratsbeschluß modifiziert. Jetzt sind „nur“ noch 192 Leitende Mitarbeiter aus den Leitungsebenen der Magistrats- und Bezirksverwaltungen betroffen, ursprünglich waren es 2000. Der Stadtrat für Inneres, Krüger, bezeichnete das nach dem Beschluß herausgegebene Rundschreiben als mißverständlich und als „Nacht- und Nebel-Aktion“, die Konsequenzen haben werde. In der Westberliner Abendschau gab er jedoch zu, daß es Absicht des Magistrats sei, auf diese Weise PDS-Mitglieder aus dem Verwaltungsapparat zu entfernen. Zwecks Spaltung der Beschäftigten wird ihnen grundsätzlich frühere Stasi-Mitarbeit bzw. SED-Mitgliedschaft unterstellt. Beschämend ist, daß die ÖTV, die seit 1. Juni Mitglieder in Ostberlin aufnimmt, sich noch nicht öffentlich gegen diese Entlassungen gewandt hat. Dabei ist diese Maßnahme in jeder Hinsicht rechts- und sittenwidrig. — (har)

Mercedes: Arbeitsniederlegung gegen Arbeitsplatzabbau

Mannheim. Am 5. Juni 1990 legten fast alle 8000 zur Zeit anwesenden Beschäftigten im Mannheimer Werk von Mercedes für eine Stunde die Arbeit nieder, während der Vorstand sich zu einer Sitzung in Mannheim traf. Aus Rationalisierungsgründen will der Konzern in den nächsten zehn Jahren mehrere Tausend Arbeitsplätze abbauen. Die Fertigungstiefe soll verringert werden. Betroffen wären davon auch die 400 Beschäftigten — zum größten Teil Frauen — der Textilfertigung. Mit Trillerpfeifen, Blechgerassel und Transparenten machten die Frauen der Textilfertigung auf der letzten Betriebsversammlung auf sich aufmerksam. Sie haben kaum Aussicht, Ersatzarbeitsplätze zu bekommen. Auch in den anderen Werken ist im Rahmen des Kostensenkungsprogramms ein massiver Abbau von Arbeitsplätzen geplant. — (scr)

ÖTV gegen Nulltarif im Kindertagesstättengesetz

Elmshorn. Grüne, GEW und ÖTV haben Entwürfe für ein Kindertagesstättengesetz vorgelegt, die in vielen Punkten übereinstimmen. Ein eigener Erziehungs- und Bildungsauftrag und das Recht eines jeden Kindes im Alter von bis zu 14 Jahren auf einen Kindergartenplatz sind überall festgeschrieben. Zwei Fachkräfte (Erzieherinnen) pro Gruppe während der gesamten Betreuungszeit, Anerkennung von 1/3 der Arbeitszeit als Vor- und Nachbereitungszeit, reduzierte Gruppen, wie sie zur Zeit diskutiert werden sind Bestandteil der Entwürfe. Auch die finanzielle Beteiligung des Landes an 40-50% der Betriebskosten soll festgeschrieben werden. Während die Grünen und GEW Nulltarif fordern, will die ÖTV einen maximalen Beitragssatz von 150 DM festlegen. Pädagogische Konzepte und Personalfragen sollen ohne Elternmitwirkung sein. Auf einer Veranstaltung der ÖTV wurden diese beiden Punkte heftig kritisiert. — (aal)

Bosch: Verhandlungen über Umsetzung des Tarifvertrags

Stuttgart. Die ersten Verhandlungen zwischen Betriebsrat und Firmenleitung am Standort Feuerbach über die Umsetzung des Tarifvertrags haben stattgefunden. Ab 1. Juli gilt für die Auszubildenden die 37-Stundenwoche, täglich bedeutet dies gegenüber bisher eine Arbeitszeitverkürzung von 18 Minuten. Folgende Vereinbarung zeichnet sich ab: Tägliche Arbeitszeitverkürzung von 12 Minuten, das heißt Arbeitszeit von 7 Uhr bis 15.30 Uhr einschließlich einer Stunde Pause und Ansammlung von täglich sechs Minuten zu drei bis vier freien Tagen im Jahr, damit die Auszubildenden an Tagen der Betriebsschließung (nach Weihnachten) nicht mehr Urlaub nehmen müssen. — (rlw)

„Inmitten Zentraleuropas“

Der VW-Konzern auf raschem Annexionskurs nach Osten

Hannover. „Jetzt geht es drüben richtig los“, mit dieser Schlagzeile beschreibt die VW-Werkszeitung „Autogramm“ Mai 90 die Expansionsmaßnahmen des VW-Konzerns in der DDR. Bereits im September hatte VW seine Kreditlinie auf 1,5 Milliarden Dollar aufgestockt zur Finanzierung der internationalen Geschäftstätigkeit. Die Kriegskasse des Konzerns wird zudem aufgefüllt durch das gute Ergebnis 1989: der Jahresüberschuß steigt um ein Drittel auf 1,04 Mrd. DM.

Viel Geld zur Finanzierung der Ostexpansion und gezielt geplant. VW-Chef Dr. Hahn: „... unsere Konkurrenten schauen ja lange Zeit in ganz andere Richtungen. Das galt nicht für Volkswagen, denn wir waren schon seit 1982 drüben in aktiven Gesprächen. Deshalb hatten wir frühzeitig die intime Kenntnis der wirtschaftlichen Realitäten ... Nachdem wir in den letzten Monaten einen totalen Umsturz der Verhältnisse erlebt haben, hat unsere Planung, die wir seit Jahren im Hinterkopf hatten, nun plötzlich eine weit über unseren Erwartungen liegende Dimension gewonnen.“ (Forbes 6/90)

Was es einzustreichen gilt, scheint gewaltig. Dr. Hahn („ich persönlich spreche lieber richtigerweise“ — statt Osteuropa — „von Zentraleuropa“) beschreibt die geänderten Ausgangsbedingungen: „Wir lagen am östlichen Rand der westlichen Welt. Und heute haben wir als Kompensation dafür den Vorteil, daß wir mit einem Male in der Mitte von Zentraleuropa liegen. Und von Wolfsburg nach Zwickau ist es näher als zu unserem Werk nach Emden.“ (Forbes)

Die Vorstellung von Zentraleuropa als „Heimatbasis“ weltweiter Konzernstätigkeit knüpft direkt an die Planungen der faschistischen Neuordnung Europas an und verheißt nicht, daß keinesfalls an der Westgrenze Polens der Ostvorstoß gestoppt werden soll. Die VW-Werkszeitung schreibt über Revisionsabsichten der Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs: „Der Trabi, den wir nun überall sehen, ist der fahrende Beweis dafür, wodurch wir alle miteinander verbunden sind. Vorläufer des Trabi ist ein DKW-Modell, Produktionsstätte ein ehemaliges Horch-Werk, beides (neben Audi und Wanderer) Marken der 1932 gegründeten Auto-Union. Die wurde 1949 in Ingolstadt neu ins Leben gerufen, heißt heute Audi AG und ist eine Tochter der Volkswagen AG.“

Einer der beiden Neugründer von 1949: Dr. Carl Hahn, Vater des heutigen VW-Chefs und Vorstandsmitglied der „alten“ und „neuen“ Auto-Union. DKW-Zweitakter wie der Trabi wurden bei der Auto-Union in Ingolstadt erfolgreich bis 1964 gebaut, dann lastete der Käfer dort die Anlagen aus. Das, was früher die Auto-Union in Sachsen war, ist heute

das IFA-Kombinat Personenkraftwagen der DDR. Mit diesem Kombinat arbeitet die VW AG seit 1984 auf dem Gebiet des Motorenbaus zusammen. Und von Wolfsburg aus wird man wohl demnächst ohne Mühe mit dem Fahrrad in die DDR fahren können.“ (12/89) Auch für den Besitzanspruch lohnt der historische Rückgriff. Dr. Hahn: „Die IFA gehört dem Staat und damit allen oder niemanden“ — oder eben bald dem VW-Konzern — kostenlos.

Die zunehmende Durchsetzung der politischen Annexion der DDR durch die BRD ermöglicht dem VW-Konzern das Fallenlassen von Rücksichten. Schon längst ist keine Rede mehr davon, ein eigens für die DDR konzipiertes Automodell zu schaffen. Mit etwa fünf Milliarden Investitionssumme soll stattdessen das bisherige IFA-Werk Mosel bei Zwickau als Montagebetrieb in den Konzern eingegliedert werden. Pate für die Art der Eingliederung soll dabei der ehemalige staatliche spanische und jetzige VW-SEAT-Konzern stehen.

So bleibt eigentlich kein Zweifel, wenn der IFA-Generaldirektor schätzt, daß von den 65000 Beschäftigten (150000 einschließlich Zulieferfirmen) des IFA-Kombinats 60 bis 70% entlassen werden. Bei SEAT gab es ähnliches, einschließlich Lohnkürzungen, Intensivierung und Bezahlung der Rationalisierungsmaßnahmen durch den spanischen Staat. Auch auf Konzernebene werden sich Verschiebungen ergeben: „Man sollte nicht drum herumreden, was einmal aus der DDR kommt, wird sich zu Lasten der traditionellen Standorte auswirken — speziell in Spanien. Die Frage ist nur noch, wie viel das sein wird“, so ein „Manager“ von VW. (Wirtschaftswoche 9/90) Der VW-Gesamtbetriebsrat fordert gegenwärtig eine Produktionsgarantie für die BRD-Standorte.

Die Expansionsfolge für den VW-Konzern bilden nicht nur eine schwere Hypothek für die Belegschaften. Die regionalen Unterschiede in Niedersachsen werden sich verschärfen, die Abhängigkeit von der Konzernpolitik noch zunehmen. Zur Errichtung weiterer Konzerngesellschaften in Osteuropa unter dem VW-Konzern-Dach muß politisch zunehmend die Souveränität der betreffenden Staaten seitens der BRD eingeschränkt werden. Bereits jetzt hat VW-Chef Hahn ein Auge in Richtung Tschechoslowakei geworfen: „Wir führen seit einiger Zeit in der CSFR Gespräche mit Skoda. Skoda ist ein Unternehmen mit einer ruhmreichen Tradition und lag vor dem Zweiten Weltkrieg in Europa an der Spitze des Automobilbaus ...“ (Forbes) Die Folgen dieser Konzernrager sind bekannt. Mit dem Bau des Kübelwagens und Zwangsarbeit war der VW-Konzern schon beim letzten Mal dabei. — (luf)



Köln. HBV, IG Medien und DAG konnten in den Tarifverhandlungen für die nordrhein-westfälischen Buch- und Zeitschriftenverlage eine Lohnerhöhung von 6,2%, mindestens 130 DM durchsetzen. Die Kapitalisten hatten zuletzt 5,8% angeboten. In vielen Verlagen fanden Überstundenboykotts und „Kernzeit“-Aktionen, bei denen die Belegschaften nur zwischen 9.30 Uhr und 15.15 Uhr arbeiteten, statt. — (uld)



Osterode. 800 Hausmeister niedersächsischer Schulen forderten am 5.6.90 auf einer Kundgebung in Osterode Tarifverhandlungen für ihre Berufsgruppe. Sie demonstrierten gegen den kommunalen Arbeitgeberverband Niedersachsen, der sich weigert, entsprechende Tarifverhandlungen mit der ÖTV zu führen. — (kek)

Aus Ländern und Gemeinden

BEB GmbH Stolperstein für Koalition?

Hannover. Als auf der holländischen Seite des Gasfeldes Groningen Erdstößen auftraten, war klar geworden, daß die BEB und damit deren Muttergesellschaften ESSO und SHELL weit mehr Gas aus dem Groninger-Feld erhalten hatten, als es ihrem Anteil entsprach. Das ganze wäre nicht sonderlich aufregend — denn die auf der holländischen Seite fördernde Firma gehört ebenfalls SHBL und ESSO — wenn nicht eine Rückforderung der in Niedersachsen zu viel gezahlten Förderzinsen auf die Landesregierung zukäme: geschätzte Höhe ca. 1 Milliarde DM! Obwohl dieses Problem bei der BEB schon seit ca. zwei Jahren bekannt ist, wurde es erst publik gemacht, nachdem eine „rot-grüne“ Regierung für Niedersachsen feststand. BEB und damit ESSO und SHELL können nun die Landesregierung unter Druck setzen. Bei geschickter Lancierung der Rückforderung ließe sich sogar über die Frage „Gelder für soziale Leistungen: wie hält es die SPD mit ihren Wahlversprechen?“ ein Bruch in der Koalition erzeugen und der Ausgang einer daraufhin folgenden Wahl im Sinne der Reaktion offen gestalten. — (abc)

Alternative Linke Liste in Stuttgart arbeitet weiter

Stuttgart. Im Mai hatte die ALL zu einem Treffen eingeladen, um zu entscheiden, ob und wie weitergearbeitet werden soll. Nachdem sich dort alle Anwesenden für eine weitere Zusammenarbeit ausgesprochen hatten, wurden erste Festlegungen getroffen. Die Plenen sollen nur noch monatlich zu jeweils einem Schwerpunktthema stattfinden. Verschiedentlich wurde die Notwendigkeit geäußert, sich künftig intensiver mit kommunalen Themen zu befassen. Im Juli ist eine Veranstaltung mit Vertretern der PDS geplant, nach den Sommerferien will sich die ALL mit dem diesjährigen Sozialhilfebericht der Stadt auseinandersetzen. Zum Antikriegstag soll eine Zeitung „Kommunale Berichte extra“ erscheinen. — (evc)

Wohnstandard von 1955 „Zunächst für Aussiedler ...“

Hannover. Aus Mitteln von Bund und Land für die Zwischenunterbringung von Aus- und Übersiedlern sowie mit städtischen Mitteln, insgesamt 4,72 Mio DM, startet die Stadt ein Wohnungsbauprogramm für ca. 600 Personen. In einem Reihenhauses des vorgesehenen Typs von ca. 100 qm sollen acht Aus- und Übersiedler untergebracht werden. Die Miete beträgt pro Kopf 120 bis 130 DM, das entspricht einem Quadratmeterpreis von 9 bis 11 DM. 12,5 qm/Person inklusive gemeinschaftlich nutzbarer Küche und Bad, das ist der Wohnstandard von 1955 (heutiger Durchschnitt: 25 — 30 qm/Person). Nach fünf Jahren sollen die Wohnungen dann „durch leichte Veränderungen in normierten Sozialwohnungen“ umgewandelt werden, bei denen die Stadt die Belebensrechte hält. Bei 12000 Wohnungssuchenden in Hannover wird sich auch in anderen Bevölkerungsgruppen „Bedarf“ nach solchen Wohnklos finden, denn einer Parkbank sind sie vorzuziehen. Es ist zu befürchten, daß das, was als Notbehelf vorgestellt wird, das zukünftige Modell für Sozialwohnungen — (tec)

Demonstration am 23. Juni zum Müll-Volksbegehren

München. Seit dem 15. Juni findet das Volksbegehren über den Gesetzentwurf der Bürgeraktion „Das bessere Müllkonzept“ statt. Bis zum 28. Juni können sich täglich in allen Städten und Gemeinden Bayerns Wahlberechtigte für die Änderung der Müllpolitik eintragen. Kommen 850000 Unterschriften zusammen (10 Prozent) und lehnt der Landtag es weiterhin ab, den Gesetzentwurf als Gesetz zu übernehmen, so muß ein Volksentscheid durchgeführt werden. Zur Bekräftigung ihrer Ziele rufen die Initiatoren zur bayernweiten Demonstration am 23. Juni in München auf. Die Auftaktkundgebung wird um 11 Uhr auf der Theresienwiese stattfinden, die Hauptkundgebung um 14 Uhr auf dem Königsplatz. — (baf)

Ausländerfeindlichkeit: Pacht-Vertrag gekündigt

Gehrden. Der Pächter der Cafeteria im Gehrden Krankenhaus des Landkreises Hannover hatte in Stellenanzeigen Küchenhilfen und Servicekräfte gesucht mit dem Zusatz „Keine Ausländer“. Von ÖTV-Vertrauensleuten wurde diese ausländerfeindliche Annonce bekanntgemacht, und in etlichen Abteilungen wurde beschlossen, die Cafeteria zu boykottieren. Der örtliche Personalrat und der Gesamtpersonalrat des Landkreises Hannover hatten gefordert, daß der Landkreis dagegen einschreite. Daraufhin hat der Landkreis Hannover jetzt den Pachtvertrag fristgemäß gekündigt. — (kar)

Schülerdemonstration für Erhalt von Gesamtschule

Freiburg. Nach polizeiinternen Schätzungen demonstrierten am 12.6. 1500 Schüler, um damit gegen den seit 11.6. in Kraft getretenen Erlaß des Oberschulamtes zu protestieren, demzufolge an der Staudinger Gesamtschule in den höheren Jahrgangsstufen nur noch Lehrer unterrichten dürfen, die für die jeweilige Schulart ausgebildet sind. „Unmüßig, Du kommst zu spät, wir können schon denken“, „Demokratie Jetzt“, hieß es auf Transparenten. Der von Schülerinteressenvertretung und Bezirkserschülerrat organisierten Demonstration ging ein zweistündiger Schulstreik an der Staudinger voraus, an dem sich ca. die Hälfte der Schüler beteiligte. Schulleiter Unmüßig in einem Brief an die Eltern: „die geplante Demonstration (...) während der Unterrichtszeit“ sei „nicht statthaft ... Schülerinnen und Schüler, die sich dennoch an der Demonstration beteiligen, müssen mit Konsequenzen rechnen“. Auf einer Lehrerkonferenz beschuldigte Unmüßig die Lehrer, den Streik angezettelt zu haben. Einen Lehrer, der dies mit der Bemerkung „unverschämte“ kommentierte, verwies er des Raumes, woraufhin alle Kollegen den Raum verließen. Das Oberschulamt äußerte sich verwundert, daß die Stadt die Demonstration während der Unterrichtszeit zugelassen habe. Während Unmüßig seitens Eltern, Lehrer und Schüler immer weiter in die Isolation gerät, lobt ihn Kultusminister Mayer-Vorfelder für seine Bütteltätigkeit: „eine kompetente und in Fragen der Schulleitung erfahrene Persönlichkeit“, die bisher „sehr gute Arbeit geleistet“ habe. — (c.)

Linke OB-Kandidatur gegen den Freiburger Amtsinhaber Böhme bei den OB-Wahlen

Interview mit Maria Viethen vom Verein Unabhängige Frauen

Freiburg. Zu den OB-Wahlen im Herbst wird es gegen den amtierenden und wieder kandidierenden Oberbürgermeister Böhme eine alternative Kandidatur geben. Nach mehreren, von den Grünen, der Linken Liste/Friedensliste und anderen initiierten Gesprächen haben mehrere Frauen einen Verein „Unabhängige Frauen Freiburg V.i.G.“ gegründet. „Ziel des Vereins ist es einerseits“, heißt es in einer Presseinformation, „das Auftreten von Frauen in der Freiburger Kommunalpolitik zu verstärken und zu unterstützen; andererseits soll die Artikulation und Vertretung

der Interessen von Frauen in dieser Stadt gefördert werden ... Dabei ist weniger an eine ausschließlich frauenorientierte Politik gedacht als daran, eine Veränderung der Struktur von Entscheidungsfindung auf allen Ebenen zu erreichen.“ Programmschwerpunkte zur OB-Wahl sollen in Arbeitsgruppen und in Zusammenarbeit mit anderen linken Gruppierungen erarbeitet werden. Die Redaktion der Kommunalen Berichte Freiburg/Emmendingen führte das folgende Interview mit Rechtsanwältin Maria Viethen vom Verein „Unabhängige Frauen Freiburg V.i.G.“. — (kuh, ulb)

Red.: Wie kam es zu der Überlegung, eine Kandidatur für die OB-Wahl aufzustellen und den Verein „Unabhängige Frauen V.i.G.“ zu gründen?

M. Viethen: Die Freiburger Linke im Gemeinderat hatte überlegt, daß unbedingt ein Gegenkandidat oder eine Gegenkandidatin zu Böhme her soll. Zwischen den Grünen und der Linken Liste war relativ klar, daß es eine Frau sein muß. Warum auch immer. Ein von Ute Guzzoni initiiertes Forum zu diesem Zweck arbeitet seit etwa zweieinhalb Monaten und trifft sich regelmäßig. Aus diesem Kreis haben sich dann mehrere Frauen zusammengeschlossen und gesagt, es soll eine von uns sein. Wenn es sich um eine unabhängige Frau handeln soll, dann muß die irgendwie gestützt werden. Man muß Bündnispartner haben für die Parteien, wenn man nicht diese Kandidatin irgendwelchen Interessen völlig ausliefern will.

Vor allem ist uns bei diesen Gesprächen furchtbar aufgestoßen die Frage

M. Viethen: Bezüglich einer Frauenliste gibt es schon länger Überlegungen. Durch das zufällige Zustandekommen dieses Forums ist das jetzt spontan initiiert worden. Die OB-Wahl ist ein sehr gutes Forum, um bestimmte sachliche Probleme anzusprechen; man hat da auch eine Chance, die Leute zu interessieren für diese Probleme, weil von ganz vielen Seiten Unzufriedenheit geäußert wird.

Erklärtes Ziel des Vereins ist es, unabhängig zu arbeiten von sämtlichen Parteien und Strömungen, nicht direkt mit denen in Konkurrenz zu treten, sondern quer zu allen Parteien Frauen zu vertreten und auch Frauen zu Wort kommen zu lassen.

Red.: Wollt Ihr aus den bestehenden Gemeinderatsfraktionen Frauen abwerben?

M. Viethen: Das ist natürlich eine Frage, die sich die einzelnen Parteien selber stellen müssen, inwieweit ihre Frauenpolitik bislang so war, daß Frauen sa-

schön, Dinge ansprechen zu können wie Männer-/Frauenbilder, womit identifizieren sich Leute, warum wird einem Mann, von dem niemand viel weiß, Kompetenz zugetraut. Es geht im weiteren Sinn um linke Positionen, allerhöchstens noch liberale, aber dann soll Schluß sein.

Red.: Wir hatten bisher den Eindruck, daß diese Kandidatur stark einseitig begründet wird, z.B. aus einem Argument wie: Es muß der Stil, den Böhme repräsentiert, abgelöst werden durch einen weiblichen Stil, und das hätte einen eigentlich nicht genügt.

M. Viethen: Das ist klar, daß das nicht reicht. Andererseits denke ich, es hat Gründe, warum der bisherige Stil der Stadtpolitik so unbeliebt ist. Man kann das vielleicht nicht als weiblich/männlich definieren. Es geht auch um die Struktur von Entscheidungsfindungen, Transparenz, effektive Bürgerbeteiligung; das soll durch die Art des Wahlkampfes klar werden, gemeinsames



Der Freiburger OB Böhme zeichnet verantwortlich für eine Stadtsanierung im Interesse der Kapitalisten und zusammen mit Regierungspräsident Nothelfer für die Zerschlagung der Hausbesetzerbewegung. Gründe genug für eine linke OB-Kandidatur.

der Persönlichkeitswahl. Denn wir sind darauf gekommen, daß in dem Moment, in dem eine von uns sagt: Ja, das mache ich, die Sache sofort losgeht: Wieviel Kinder hat sie, mit wem ist sie verheiratet, ist sie vielleicht geschieden, wo ist sie mal aufgefallen, wo kann man ihr wie was nachsagen. Wir haben dann gesagt: Wenn wir das machen, dann gehts zunächst mal nicht um die Person. Es geht zunächst darum, was gegen die bisherige Stadtpolitik zu sagen. Das kann man sehr schlecht in dem Moment, in dem es immer nur um eine einzelne Frau geht und um deren alleinige Meinung. Wir haben auch überlegt, daß das die einzige Möglichkeit ist, möglichst viele Kräfte zu binden, indem man das eben nicht an einer Person festmacht, sondern erst einmal einen sachlichen Wahlkampf führt.

Der Wahlkampf soll so aussehen, daß zu einem geeigneten Zeitpunkt der Name der Kandidatin bekannt gegeben wird. Es muß nicht ganz bis zum Schluß sein. Das kann man in Absprache mit den Unterstützungsgruppen ausmachen, wann das der günstigste Termin ist.

Die Idee des Vereins aus unserer Sicht ist natürlich gerade: Es gibt zu wenig Frauen in der Politik, in der Kommunalpolitik und Fraueninteressen werden zu wenig vertreten.

Red.: Und warum wollt Ihr Euch gerade bei der OB-Wahl beteiligen?

gen, wir finden die Idee dieses Vereins gut, und wenn die eine Frauenliste machen, dann machen wir lieber bei denen mit. Es könnte ja auch in bezug auf die einzelnen Parteien ein bißchen Bewegung auslösen, sich den Problemen der Frauen auch mal etwas anzunehmen.

Red.: Was die politischen Schwerpunkte angeht, die ihr vertreten wollt: Kann man nicht sagen, daß es das so oder ähnlich bei den Grünen oder der Linken Liste schon gibt?

M. Viethen: Ja gut, aber die Grünen haben keinen Oberbürgermeisterkandidaten und haben insofern auch keine eigene Möglichkeit, in den Wahlkampf miteinzugreifen. Wir erzählen nicht, daß wir alles neu erfinden. Wir sagen höchstens, daß wir die Sache etwas anders färben und unter Umständen aus der Sicht der Frauen sehen. Aber wir sagen auch nicht, daß wir nur Politik für Frauen machen und daß alle anderen, Männer, Kinder usw. völlig rausfallen sollen. Die Wählerschaft in Freiburg soll möglichst auch die Opposition in Freiburg sein.

Red.: Also handelt es sich schon um eine mit einer politischen Zielrichtung bestimmte Kandidatur, die sich nicht einfach begründet aus Frausein statt Mannsein (Böhme)?

M. Viethen: Ganz sicher nicht. Es wäre

Auftreten, und die Art, wie wir offen sein, die Dinge offenlegen, etwas anderes bieten wollen. Ob man das weiblich nennt, kann dahingestellt bleiben. Es kann sein, daß wenn man aus einer „unterdrückten“ Position spricht, an der Hierarchie zumindest zahlenmäßig nicht so stark beteiligt ist, daß man dann diesen Platz besetzen kann und sagt: Wir sind eben diejenigen, die aus der Opposition etwas anderes machen und auch strukturell etwas verändern wollen. Ob man das unbedingt mit Geschlechtszugehörigkeit verbinden kann, angesichts von Frau Thatcher oder so ...

Red.: ... oder Frau Süßmuth ... Also kann man sagen, es geht mehr darum, daß ihr gegen Herrschaft antretet, und daraus ergeben sich auch Berührungspunkte mit anderen Bereichen des Widerstands in Freiburg, die jetzt nicht unbedingt feministisch begründet sind?

M. Viethen: Ja, das könnte man so sagen. Es gab auch unter den Frauen einen Diskussionsprozeß, der jetzt relativ abgeschlossen ist, in dem Frauen gesagt haben, wir wollen nur reine Frauenpolitik. Wobei diese Frauen natürlich linke Positionen meinen, bloß auf Frauen beschränkt. Aber der doch auch einstimmig gefaßte Beschluß in bezug auf die Kandidatur ist der, nein, also wenn, dann für alle Freiburger Bürger.

Zahlreiche Aktivitäten zur Schaffung von Volksgruppen

Bundesregierung und Vertriebenenverbände operieren im Konzert bei der Bildung von Fünften Kolonnen in den Ländern Ost- und Südosteuropas

Die Einverleibung der DDR durch die BRD wird vollstreckt. Das entstehende 4. Reich ist auch qualitativ neu. Im Innern beispielsweise hat die Aufhebung von Gewaltenteilung und Föderalismus begonnen. Auch in der Außenpolitik der BRD vollzieht sich ein Wandel. Unverhüllt knüpft die Regierung heute wieder an der völkisch-faschistischen, großdeutschen Volksgruppenpolitik an und betreibt die erneute Organisation von Fünften Kolonnen des deutschen Imperialismus in Ost- und Südosteuropa bis hinein in die UdSSR. Mit Millionen aus dem Bundeshaushalt gefördert,

dehnen die Vertriebenenverbände ihr Operationsgebiet in die Staaten Osteuropas aus, schicken Zeitungen nach Polen, „Hilfs-sendungen“ nach Rumänien, sammeln Anhänger der deutschen Fahne. Schon wird auf den „Vertriebenen“-Treffen offen das (Rückkehr-)Recht auf Heimat und die explizite Revision des Potsdamer Abkommens gefordert. Der von BRD-Konzernen eingeleitete Kapitalexpert nach Osten, die Entsendung von (deutschen) Technikern, Betriebsleitern und sonstigen „Fachleuten“ wird diesen völkisch-deutschen Druck nach Osten noch enorm verstär-

ken. Es ist eine dringliche Aufgabe der antifaschistischen, anti-imperialistischen Opposition in der BRD, ein Abwehrprogramm gegen diese neue Ostkolonisation zu entwickeln. Elemente dieses Programms müssen sein: Das Verbot jeder Regierungsförderung für die Vertriebenenverbände, Einstellung der Volksgruppenpolitik, Streichung von Artikel 23 und 116 sowie der Präambel des Grundgesetzes und die Verteidigung der völkerrechtlichen Grundsätze der Anti-Hitler-Koalition, wie sie im Potsdamer Abkommen und im Nürnberger Tribunal niedergelegt wurden.

An dem Pfingsttreffen der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL) in München nahm erstmalig eine 60köpfige Abordnung des „Verbandes der Deutschen in der CSFR“ teil. Besonders beachtet und begrüßt wurde die Teilnahme des Bonner CSFR-Botschafters. Als Gast begrüßen konnte die SL auch den ungarischen Botschafter, der am Tag zuvor an der Verleihung des Europäischen Karlspreises der SL an das ungarische Volk teilgenommen hatte. Nicht ganz ausgeschlossen ist, daß bereits der nächste Sudetendeutsche Tag 1991 in einem Ort der „alten Heimat“ stattfindet (Süddeutsche Zeitung, 5.6.90).

Der bayerische Ministerpräsident Streibl, Schirmherr der Sudetendeutschen, betonte in seiner Rede den strategischen Rahmen, in dem sich das Treffen zu begreifen hat: Neuordnung Europas unter (groß-)deutscher Norm. „Eines sei sicher: Wie dieses Deutschland im Kern und Herzen Europas gestaltet sein werde, so werde das ganze europäische Haus eines Tages gestaltet sein.“ (FAZ, 5.6.90)

Gegen die Revision von Art. 13 Potsdamer Abkommen!

Der Sprecher der SL, bayerischer Staatsminister a.D. Franz Neubauer, benennt in seiner Pfingstrede ein wichtiges Zwischenziel der Rekolonialisierungspolitik der BRD: er fordert die Unterzeichnermächte des Potsdamer Abkommens auf, den Artikel 13 des Potsdamer Abkommens vom 2.8.1945 für ungültig zu erklären. Der Artikel 13 hat die Überschrift „Ordnungsgemäße Überführung deutscher Bevölkerungsteile“ und lautet:

„Die Konferenz erzielte folgendes Abkommen über die Ausweisung Deutscher aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn:

Die drei Regierungen haben die Frage unter allen Gesichtspunkten beraten und erkennen an, daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß. Sie stimmen darin überein, daß jede derartige Überführung, die stattfinden wird, in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen soll. Da der Zustrom einer großen Zahl Deutscher nach Deutschland die Lasten vergrößern würde, die bereits auf den Besatzungsbehörden ruhen, halten sie es für wünschenswert, daß der alliierte Kontrollrat in Deutschland zunächst das Problem unter besonderer Berücksichtigung der Frage einer gerechten Verteilung dieser Deutschen auf die einzelnen Besatzungszonen prüfen soll ...“ (1)

In der Anlage zum am 17.11.1945 abgefaßten Protokoll der Alliierten Sekretariats beim Kontrollrat ist als „Plan ... für die Überführung der deutschen Bevölkerung“ vorgeschlagen:

1. Die gesamte aus Polen auszusiedelnde deutsche Bevölkerung (3,5 Millionen Personen) wird in der sowjetischen und der britischen Besatzungszone Deutschlands zugelassen.

2. Die gesamte aus der Tschechoslowakei, Österreich und Ungarn auszusiedelnde deutsche Bevölkerung (3 150 000 Personen) wird in der amerikanischen, französischen und sowjetischen Besatzungszone Deutschlands zugelassen ...“ (2)

In dem Protokoll selber heißt es: „... 3. Während der Besprechungen über diesen Plan ... wurde mit Genugtuung festgestellt, daß von allen Vertretern bei der Formulierung dieses Plans ... ein besonders augenfälliger Geist der Zusammenarbeit zur Schau getragen wurde. 4. Das Sowjetmitglied stellte fest, seine Delegation habe diesen Plan schweren Herzens angenommen, aber gleichzeitig garantierte es dafür, daß es seiner Verantwortlichkeit für die Durchführung des Plans nachkommen werde ...“ (2)

Die Antihitlerkoalition hat mit den Festlegungen des Potsdamer Abkommens über die Notwendigkeit der Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus o. g. Gebieten die Konsequenzen aus

jahrhundertelanger Ostkolonisations- und Volksgruppenpolitik gezogen. Das Nürnberger Tribunal hat das völkische Völkerrecht geächtet und die Politik der Fünften Kolonne als völkerrechtswidrig verurteilt. Die Revision von Artikel 13 würde die Notwendigkeit bzw. Legitimität der Rückführung begründen. Das wäre die Durchlässigmachung der Oder-Neiße-Grenze, das wäre die Überwindung ihres trennenden Charakters, wie es Kohl, Genscher, Weizsäcker und andere Reaktionen die letzten Jahre immer wieder verlangt haben.

v. Bismarck definiert Struktur des „Rechts auf Heimat“

Das „Europa der Freizügigkeit und der Niederlassungsfreiheit“ in Verbindung mit dem „Recht auf (Rückkehr in) die Heimat“ ist die Linie der Bundesregie-

Schirmherrschaft von Bundeskanzler Kohl im Oktober 1989 für den „Kongreß der Deutschen aus aller Welt 1989“. „Der Veranstalter, der ‚Verein für das Deutschtum im Ausland e.V.‘ (VDA), hat den Kongreß unter das Motto ‚Eine Zukunft für die Deutschen in Südost- und Osteuropa schaffen‘ gestellt. Daran werden prominente Repräsentanten der deutschen Volksgruppen der Sowjetunion, der Tschechoslowakei, Polens, Rumäniens und Ungarns teilnehmen“, schreibt die FAZ (30.9.89). Damit tritt Kohl persönlich für den VDA ein, der in der Kontinuität des reichsdeutschen VDA steht (damals: Volksbund für das Deutschtum im Ausland), einer vom Nürnberger Tribunal geächteten Organisation. Hier ist unübersehbar Kontinuität in Sachen Volksgruppenpolitik der Fall.



Die obige völkische Siedlungskarte über „die staatliche Aufspaltung deutscher Ostseesiedlungen“ ist dem Buch „Aussiedler“, erschienen im November 1988 im Maximilian-Verlag, Bonn, entnommen. Verfasser ist Ernst Liesner, Vizepräsident des Bundesverwaltungsamtes. Das Buch, das auch eine (hier nicht reproduzierbare) farbige Karte „germanischer“ Siedlungsgebiete in „slawischen“ Gebieten enthält, wird vom Verlag, der auch die „Europäische Wehrkunde“ herausgibt, als „Arbeitshandbuch für Behörden, Gerichte und Verbände“ gepriesen.

Die Umtriebe der Vertriebenenverbände im Innern befördert und lenkt und auf welcher sie nach außen an der erneuten Schaffung von Volksgruppen in diversen osteuropäischen Ländern bis hinein in die UdSSR arbeitet.

Philipp von Bismarck, der Sprecher der Landsmannschaft der Pommern, benennt die rechtliche Gestaltung jenes (Rückkehr-) Rechts auf Heimat unmittelbar vor Weizsäcker Polen-Besuch Anfang Mai. Weizsäcker hatte Bismarck eingeladen, ihn zu begleiten. „Die grundlegenden individuellen, schon jetzt geltenden Freiheiten der EG, wie Reisefreiheit, Niederlassungsfreiheit, Kapitalverkehrsfreiheit, Freiheit des Grundbesitzes, der Wohnungswahl, Freiheit der Sprache, der Bildung, der Religion, der Vereinigungen und Gruppen usw., beschreiben schon — vom Europäischen Gerichtshof geschützt — die wesentlichen rechtlichen Strukturen des „Rechts auf Heimat“. Hinzukommen muß aber auch ... die innere und äußere Haltung der gegenwärtigen Bewohner, Behörden und Gruppierungen gegenüber denen, die nun — ihr Recht auf Heimat wahrnehmend — wieder in ihrer Heimat leben wollen, nachdem Staatsgewalt sie vor Jahrzehnten von dort vertrieb.“ (Die Welt, 30.4.90) — Derart bestimmte Volksgruppenrechte sollen in der BRD nicht nur das Interesse an Rückgewinnung alten Eigentums mobilisieren. Auch das Interesse des Exports von Kapital und die Aussicht auf mancherlei Posten wird so aktiviert.

Ein Beleg für die Regierungslinie der Schaffung von Volksgruppen in Polen, der CSFR usw. ist auch die persönliche

Kohl: „Nicht souveräne Staaten, sondern souveräne Völker ...“

Kohls Regierungspolitik ist bestimmt vom völkischen Völkerrecht. In dem „Bericht der Bundesregierung zur Lage der Nation im geteilten Deutschland“ erklärte der Bundeskanzler am 8. November 1989 vor dem Bundestag: „Die Grundlagen der Politik der Bundesregierung sind klar: Im Europa der Zukunft muß es vor allem um Selbstbestimmung und um Menschenrechte gehen, um Volkssouveränität, nicht um Grenzen oder um Hoheitsgebiete — wie ich schon vor über vier Jahren vor dem Deutschen Bundestag gesagt habe. Denn — so habe ich damals erklärt — nicht souveräne Staaten, sondern souveräne Völker werden den Bau Europas dereinst vollenden ... Es bleibt bei den bekannten staats- und völkerrechtlichen Grundlagen unserer Deutschland und Ostpolitik ... Unser Ziel ist eine europäische Friedensordnung, die nicht von einzelnen Mächten diktiert, sondern von den Völkern Europas in freier Selbstbestimmung eigenständig gestaltet wird ... Wer unsere Forderung nach Verwirklichung dieses Rechts auch für alle Deutschen als ‚Revanchismus‘ diffamiert, der stellt sich also in Wahrheit gegen dieses Grundgesetz der Völkergemeinschaft ... In diesem Sinne habe ich schon 1985 in meinem Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland hier erklärt: ‚In den Gebieten jenseits der polnischen Westgrenze leben heute polnische Familien, denen diese Landschaften in zwei Generationen zur Heimat geworden sind ... Wir wollen ... neue Brücken der Verständigung und Aussöhnung, der gu-

ten Nachbarschaft und der Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Polen bauen. Das kann nur gelingen, wenn die Rechte der dort lebenden Deutschen auf Wahrung ihrer sprachlichen und kulturellen Identität gewährleistet werden. Was wir auf diesem Gebiet jetzt mit Polen vereinbart haben, ist ein entscheidender Schritt zur Beendigung der Diskriminierung unserer dort lebenden Landsleute ...“ (3)

Kohls völkerrechtliche Leitlinie steht in der Kontinuität jener reichsdeutschen Völkerrechtslehre, die den Kampf der Idee des souveränen Volkes gegen die Idee des souveränen Staats propagiert hat. Eine ausführliche und fundierte Kritik dieser Völkerrechtslehre durch Franz Neumann aus dem Jahre 1942 ist nebensächlich dokumentiert.

Genscher: Artikel 116 GG soll unangetastet bleiben

Daß Bundesaußenminister Genscher in dieser Frage mit Kohl auf einer Wellenlänge schwimmt, sei durch ein Zitat aus Genschers Rede bei den Siebenbürger Sachsen zu Pfingsten belegt. Zunächst beruhigt er die potentiellen Aussiedler aus Rumänien: „Das Tor bleibt offen. Der Artikel 116 GG bleibt unangetastet“ — womit der völkisch definierte Staatsbürgerbegriff erhalten bliebe und die Bildung deutscher Volksgruppen in Ost- und Südosteuropa befördert würde. Genscher weiter: „... neues Denken, das alle Bereiche im Zusammenleben der Völker erfaßt. Es verlangt eine mutige Architektur für den Bau der Europäischen Friedensordnung. Uns Deutschen kommt dabei besondere Verantwortung zu. Für unser Volk in der Mitte Europas ist es eine besondere Aufgabe, den Ost-West-Gegensatz zugunsten eines Miteinanders der europäischen Völker zu überwinden ... in unserer Politik dürfen wir nie vergessen, Deutschland ist mehr als die Bundesrepublik. Europa ist mehr als die Europäische Gemeinschaft ... Europa, das ist auch Krakau und Preßburg, Moskau und Prag, Budapest und Sofia, Riga und Bukarest, Kronstadt und Temeschburg. Unsere europäische Kultur, ihre Geschichte und Leistungen lehren uns, andere Völker zu achten.“

Die BdV-Aktion stößt vor allem in Polen auf Widerstand

Mit der Aktion „Frieden durch freie Abstimmung“ wendet sich der BdV seit April 1990 mit einer Unterschriftensammlung gegen die „Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Westgrenze Polens“. Gefordert wird eine Vereinbarung über eine „freie Abstimmung aller Betroffenen über die Zukunft der Gebiete östlich von Oder und Neiße“. „Die Betroffenen sind zu befragen, ob die Abstimmungsgebiete zu Deutschland, zu Polen beziehungsweise zur Sowjetunion oder zu einem neuen europäischen Territorium gehören sollen. In jedem Fall muß den Volksgruppen umfassende Selbstverwaltung und allen Menschen das Recht auf Heimat gewährleistet werden ...“

Diese Aktion stößt nach Angaben des BdV auf zunehmende Kritik von polnischer, aber auch von westdeutscher Seite. Die polnische Zeitung TRYBUNA (früher TRYBUNA LUDU, Zeitung der PVAP, heute Zeitung der polnischen Sozialdemokratie) berichtet mittels eines umfangreichen Interviews mit BdV-Generalsekretär Koschyk über die Aktion, um in einem Leitkommentar mit dieser revanchistischen, völkerrechtswidrigen Aktion abzurechnen. „Diese Idee, hieß es in der TRYBUNA, dürfe man nicht bagatellisieren, denn erstens verberge sich dahinter eine mächtige Lobby des deutschen Nationalismus, die auf die Regierung Kohl Einfluß ausübt, zweitens zielt diese Idee darauf ab, dem deutschen Problem im politischen, rechtlichen und historischen Sinne eine internationale Dimension zu verleihen. Die Vorstellungen Koschyks und des BdV, so die Zeitung, laufen auf ein Polen hinaus, von dem ein Viertel der souveränen polnischen Macht entzogen und in Form eines europäischen Status unter

internationale Kontrolle gelangen würde. Die TRYBUNA wörtlich: ‚Eine Art Kondominium, in dem das Kapital der vor unseren Augen wiedererstehenden deutschen Macht die erste Geige spielen würde.‘ Der BdV-Vorschlag, in den Gebieten von Oder und Neiße ein neues europäisches Territorium zu schaffen, wurde von TRYBUNA als ‚trojanisches Pferd‘ und als ‚neue Form des Pangermanismus‘ bezeichnet. Auch Polens Außenminister Skubiszewski griff die BdV-Aktion zum Abschluß einer zweitägigen außenpolitischen Debatte im polnischen Sejm auf. Skubiszewski äußerte dabei, daß Polen ‚negative Erscheinungen wie Bestrebungen des Generalsekretärs des Bundes der Vertriebenen, Hartmut Koschyk, zur Internationalisierung der polnischen Westgebiete, die Erfolge der Republikaner und die nationalistischen Demonstrationen in der DDR ernstnehmen‘ müsse.“ (DOD — Deutscher Ostdienst vom 11.5.90, Hrsg. BdV)

Von der Organisation der „deutschen Volksgruppe“ ...

In Zusammenarbeit mit dem BdV haben sich im Laufe des letzten Jahres in Polen „Vereinigungen der deutschen Minderheit“ gegründet, sog. „Deutsche Freundeskreise“ (DFK). Diese sind auch inzwischen in vier Wojwodschaften zugelassen. Nach der Nichtzulassung durch ein polnisches Bezirksgericht im Sommer 1989 hatte wohl Kohl bei seinem Besuch in Polen finanziellen und wirtschaftlichen Druck ausgeübt, was zu der positiven Entscheidung des obersten polnischen Gerichts im Januar 1990 führte. Bis Jahresende, so teilte Koschyk auf einer Pressekonferenz nach seinem „Schlesienbesuch“ im April 1990 mit, sei der „Deutsche Freundeskreis“ überall dort, wo Deutsche in Schlesien leben, flächendeckend organisiert. Bei der finanziellen und politischen Förderung der Bundesregierung und den entsprechenden materiellen Anreizen, die die Mitgliedschaft in einem solchen „Freundeskreis“ bietet, wohl leider eine realistische Einschätzung.

Bei der Kandidatur eines Mitglieds der „Vereinigung der deutschen Minderheit in Oppeln“ zum polnischen Senat gegen eine Kandidatin der „Solidarität“ (diese gewann die Stichwahl mit 67 Prozent) kam es während des Wahlkampfes offensichtlich zu schweren Auseinandersetzungen. Während in deutscher Sprache auf Plakaten ein Abzug der „in Schlesien“ angesiedelten Polen gefordert worden ist, seien andererseits Parolen wie „Deutsche raus“ und „Kroll ein Faschist“ an Häuserwände gemalt worden. (DOD, 23.2.90)

... zur Vorbereitung des Anschlusses nach Art. 23 GG

In der DDR fördert der BdV Bestrebungen, bei der Umgliederung der DDR-Bezirke auch die Länder Schlesien und Vorpommern zu bilden. In Görlitz/DDR operierte zunächst eine anonyme „Unabhängige Initiativgruppe Niederschlesien“ oder eine „Schlesisch-Regionale Freiheitsfront“ unter Slogans wie „Den Schlesiern ein Land Schlesien“ und mit Dokumentation des Art. 23 GG. Daß mit solchen Rumpfländern „Schlesien“ und „Vorpommern“ operative Vorbereitungen auf ein Herausbrechen polnischer Gebiete betrieben werden, kommt in der Erklärung der Landsmannschaft der Oberschlesier vom 11.3.90 zum Ausdruck. Nach positiver Würdigung der „Bewegung“ in Görlitz/DDR und Umgebung heißt es: „Nach Artikel 23 des Grundgesetzes ist der Beitritt anderer Länder zum Grundgesetz nicht zu verhindern. Wenn ein gerechter Ausgleich für unser Heimatland hintertrieben oder über Gebühr verzögert ... wird, kann niemand verhindern, daß immer mehr Oberschlesier auch den Beitritt unseres Heimatlandes zum Grundgesetz betreiben.“ (DOD vom 16.3.90)

Quellen: diverse Ausgaben Deutscher Ostdienst 1990; (1) Um den Frieden mit Deutschland — Dok., Vlg. Europa-Archiv 1948; (2) Europa-Archiv 1947 S. 823; (3) Bulletin 9.8.1990 Nr. 123; — (mio)

Dokumentation: Zur Kritik des völkischen Völkerrechts

Volkgruppenrechte als Hebel gegen Souveränität und Gleichheit der Staaten — Auszüge von Franz Neumann (1942)

Die folgenden Auszüge sind entnommen aus dem Buch von Franz Neumann: *Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933—1944*. Die US-amerikanische Ausgabe des Buches erschien 1942/44, die bundesdeutsche Ausgabe 1977 als Fischer Taschenbuch 306. Die Passagen sind dort auf den Seiten 191—216 abgedruckt.

4. Das neue Völkerrecht

Zur Überraschung aller derer, die meinen, die nationalsozialistische politische Theorie sei einfach ein staatlicher Absolutismus, hat der Nationalsozialismus zahlreiche Beiträge zum Völkerrecht geleistet. ... Nachdem sie zur Macht gelangt waren und die bürgerlichen Freiheiten im eigenen Land zerstört hatten, konnten sie in ihren Beziehungen zur Außenwelt immer noch vom bestehenden Völkerrecht Gebrauch machen. ... Ein nationalsozialistischer Völkerrechtler schrieb: „Es mag notwendig sein, aus bestimmten Gründen, daß heute deutsche Völkerrechtsgelehrte von Ruf die Vereinbarkeit der alten völkerrechtlichen Begriffe ... mit der nationalsozialistischen Weltanschauung vor aller Welt beweisen.“ Vorerst, so fuhr er fort, sei Deutschland noch gezwungen, „auch mit den bisherigen Mitteln des Völkerrechts dahin zu streben, daß die uns auferlegten ‚rechtlichen‘ Zwangsdiktate einer besseren Regelung weichen.“

... Während die Deutschen ihre neuen Völkerrechtstheorien entwickelten, zerstörten die französische und die britische Regierung den Völkerbund.

... Mit Beginn des gegenwärtigen Krieges ist ... ein völlig neues Völkerrechtsmodell entwickelt worden: die deutsche Monroe-Doktrin. In ihr wurden Geopolitik und internationales Recht miteinander verwoben ... die herrschende Schule hat beide herkömmlichen Begriffe, Staat wie Völkerrecht, aufgegeben. Ein Autor legt sich das Problem wie folgt zurecht: „Wenn die Entwicklung wirklich zum Großraum geht, betrifft dann ‚Völkerrecht‘ die Beziehung zwischen diesen ‚Großräumen‘ oder ist ‚Völkerrecht‘ das Recht der innerhalb eines gemeinsamen Großraumes lebenden freien Völker?“ ... die Argumentation rechtfertigt ... die Hierarchie der Rassen innerhalb des deutschen Reiches mit einer Sammlung von Regeln, die Völkerrecht genannt werden, aber in Wirklichkeit nichts anderes als das herrschende Recht des Reiches sind. Mit anderen Worten, die Beziehung einzelner Staaten zueinander fällt nicht mehr in den Bereich des Völkerrechts. Im Gegenteil wird die Unverletzlichkeit des Völkerrechts bestritten, weil dieses nur für die Stellung innerhalb eines jeden Reiches gelte.

... Die Tendenz zum Großraum ... wird nun zu einem historisch-politischen Prozeß. Der Großraumpolitiker geht eine Großraumwirtschaft voraus. Großräume, so wird gesagt, sind aufgrund der Kartellierung, Monopolisierung, Elektrifizierung und Rationalisierung der deutschen Industrie eine zwingende Notwendigkeit geworden. ... Programm territorialer Expansion ... Der innere Zusammenhang zwischen der monopolistischen Wirtschaft und territorialer Eroberung wird hier in aller Deutlichkeit sichtbar.

... Da die Staaten nicht mehr im Mittelpunkt des Völkerrechts stehen, müssen die Begriffe staatliche Souveränität und Gleichheit verschwinden. ... Das „Großdeutsche Reich“ ist der Schöpfer seines eigenen Völkerrechts für seinen eigenen Raum.

... Wenn wir gezeigt haben, daß das Völkerrecht für imperialistische Ziele mißbraucht worden ist, ist unsere Aufgabe ebenfalls nicht beendet, sondern hat erst begonnen. Wir müssen gegen den Imperialismus kämpfen ...

„Volkgruppenrecht“ gegen Minderheitenschutz

... Daß die Nationalsozialisten den Gleichheitsgrundsatz ablehnten, ist ... eine Verneinung gerade jenes Prinzips, das die Zivilisation der westlichen Welt von früheren Gesellschaften unterscheidet. Die Nationalsozialisten berufen sich auf die offenkundige Unzulänglichkeit der bloßen rechtlichen und verfassungsmäßigen Gleichheit und beklagen, daß die formale Gleichheit lediglich dazu führt, sozioökonomische Privilegien und Ausbeutung zu verschleiern. ... Hier liegt jedoch der charakteristische Trick aller nationalsozialistischen

Kritik traditioneller westlicher Vorstellungen. Denn die Nationalsozialisten versuchen in keiner Weise, die sozioökonomische Struktur so umzugestalten, daß aus der formalen Gleichheit eine reale wird. Vielmehr benutzen sie eine berechnete Kritik zur Beseitigung der rechtlichen Gleichheit selbst. Diese Technik kennzeichnet den gesamten Begriffs- und Denkkapazität des Nationalsozialismus. In seinen Händen bedeutet die ... Volkgruppe in Wirklichkeit die Sonderung der einzelnen Gruppen, um so die eine gegen die andere auszuspielen. Der Eroberer verhängt eine Hierarchie der Rassen. Der Volksgruppengerichte ist nichts anderes als ein Kniff, einige Gruppen zu unterdrücken und andere einzuladen, an der Beute der Eroberung teilzuhaben.

In den düsteren Herbsttagen von 1938 akzeptierten Lord Runciman und Neville Chamberlain die Aufhebung der internationalen Garantien und ihren Ersatz durch einen Schutz von seiten des Mutterlandes. Das war ein Verbrechen gegen das Völkerrecht und den Minderheitenschutz, wenngleich eine unausbleibliche Folge des Zusammenbruchs des Völkerbundes ... Hasselblatt, der den größten Anteil an der Formulierung der Anträge der Sudetendeutschen Partei hatte, nennt seinen Gesetzentwurf vom 27. April 1937 „innerstaatliches Völkerrecht“. Wir haben es hier zweifelsohne mit einem der unheilvollsten Aspekte der neuen deutschen Theorie zu tun. Die Anerkennung des Grundsatzes, daß das Mutterland der politische Hüter der Minderheiten ist, bedeutet nicht nur die Ablehnung rationaler internationaler Beziehungen, sondern auch das Ende der inneren Einheit jedes Staates mit einer beträchtlichen Minderheit. Er macht das Muttervolk zum Schiedsrichter bei Streitigkeiten zwischen dem Staat und der in ihm lebenden Minderheit. Statt der Intervention der internationalen Gemeinschaft auf der Grundlage rationaler Normen und Verfahrensweisen, fördern die Nationalsozialisten das willkürliche Eingreifen des Mutterlandes — mit anderen Worten: den Rassenimperialismus. Die vorgeblich rassischen Bindungen sollen stärker sein als juristische oder politische Bande. Die Abstammung bekommt Vorrang vor der Staatsangehörigkeit. „Deutschstämmige“ in der ganzen Welt bleiben Deutsche, Angehörige der deutschen Volksgruppe, dem „Volkgruppenrecht“ unterworfen. Die Fünfte Kolonne wird zur Institution erhoben.

Die Anerkennung einer deutschstämmigen Volksgruppe als Körperschaft des öffentlichen Rechts ist mit der Forderung nach voller Autonomie und gleicher Beteiligung an der Regierung gekoppelt. Das war der explizite Sinn der Vorschläge der Sudetendeutschen Partei vom 27. April 1937. Die sechs von ihr eingebrachten Gesetzesentwürfe, insbesondere der eines neuen Strafgesetzes gegen den „Mißbrauch von Machtverhältnissen zum Zwecke der Entnationalisierung“, unterwarfen den tschechoslowakischen Staat dem Druck seiner deutschen Minorität. Die Vorschläge von Runciman gingen sogar noch weiter und entzogen die Deutschen tatsächlich der tschechoslowakischen Souveränität. Die Anerkennung der Minderheit als öffentlich-rechtlicher Körperschaft, wie die Deutschen sie verstehen und in der Tschechoslowakei, in Ungarn und Rumänien verwirklicht haben, schafft mit hin einen Staat im Staate und entzieht die deutsche Volksgruppe staatlicher Souveränität.

In den Niederlanden sind das holländische Strafrecht und die holländische Gerichtsbarkeit bei allen von Deutschen begangenen Straftaten durch deutsches Recht ersetzt worden ... Nun könnte gesagt werden, daß die Bestimmungen für Holland Sondermaßnahmen sind, deren Ursache in den harten Bedingungen der Besetzung liegen. Leider bestehen aber gleichlautende Bestimmungen für das Protektorat Böhmen und Mähren, und das ist kein besetztes Gebiet, sondern, wie man uns Glauben machen will, „eine selbständige, originäre, allein durch den Willen des Führers ins Leben gerufene Gebietskörperschaft innerhalb des Großdeutschen Reiches“. Die Rechtsgrundlage ergibt sich aus dem Führererlaß vom 16. März 1939. Danach ist das Protektorat nicht Nachfolger der tschechoslowakischen Republik, und das vor seiner Eingliederung geltende Recht gilt nicht als Teil des tschecho-



Großdeutsche Tradition am „Annaberg“ in Polen: Im April 1938 wurden die 1921 gefallenen Freikorpsmänner feierlich begraben. Inzwischen feiern hier wieder Aktivisten der „Deutschen Freundschaftskreise“ Messen. Bei seinem Besuch in Polen wollte Kohl hier diese Revanchisten treffen.

slowakischen Rechts ... Die den Deutschen gewährte Sonderstellung im Protektorat übertrifft bei weitem die schändlichen Kapitulationsbedingungen, die von Ausländern im Osmanischen Reich, in Ägypten, China und Marokko genossenen Privilegien.

Nach Artikel 2 Absatz 1 des Führererglasses vom 16. März 1939 werden „die volksdeutschen Bewohner des Protektorats“ deutsche Staatsangehörige und ausschließlich der deutschen Gerichtsbarkeit unterstellt. Das Strafrechtssystem beruht auf einer Serie von Verordnungen, deren Ziel nicht darin besteht, die volksdeutschen Gruppen zu schützen, sondern „die Deutschen im Protektorat in ein enges und unmittelbares Verhältnis zum Reich zu bringen und hierdurch zugleich die Entfaltung ihrer völkischen Eigenart zu fördern“. So ist eine durch und durch deutsche Gerichtsbarkeit geschaffen worden, die eine bloße Kopie des im Reich selbst herrschenden Rechtssystems ist.

... Das Strafrecht in den Niederlanden lehnt sich eng an das Protektoratssystem an. Es gibt eine auffallende Tendenz, das deutsche materielle Strafrecht in das Protektorat hinein zu verlängern ... Was „Volkgruppenrecht“ in den von Deutschland beherrschten Ländern heißt, geht aus diesen Beispielen klar genug hervor: Die deutsche Minderheit erhält den Status einer herrschenden Mehrheit, während der Mehrheit, zum Beispiel den Böhmen und Mähren, nur die Ohnmacht einer Minderheit bleibt ... Die ... antiegalitäre ... Theorie hat die Mehrheiten in den eroberten Gebieten auf den Stand von Sklaven herabgewürdigt.

Wie definiert sich nun eine Volksgruppe? ... Das Protokoll des deutsch-ungarischen Vertrages enthält eine Kombination aus zwei Voraussetzungen für die Mitgliedschaft in der deutschen Volksgruppe in Ungarn: den eigenen Wunsch und die Anerkennung durch die Gruppe. Damit wird die Führung zum Schiedsrichter, und über ihre Zusammensetzung entscheidet letztlich das Mutterland, das durch Führerprinzip, Geld, Propaganda und Terror eine lückenlose Kontrolle über die Volksgruppe ausübt. So ist es möglich, jede abweichende politische Meinung in den Reihen der deutschen Volksgruppen im Keim zu ersticken, und so lassen sich die Gruppen zu einem gefügigen Werkzeug des Mutterlandes umformen.

Das völkische internationale Recht und die Staatssouveränität

Diese imperialistische Entwicklung ist an keinerlei Recht gebunden und bedarf keiner Rechtfertigung. Das Reich existiert, und diese Tatsache ist Rechtfertigung genug. Dies ist die zweite Konsequenz der neuen Lehre vom internationalen Recht. Das deutsche Wort für das internationale Recht lautet Völkerrecht. Die neue nationalsozialistische Theorie nimmt das Völkerrecht in seiner wörtlichen Bedeutung, als „Recht der Völker“. Den Begriff verwendend, daß Staaten die Subjekte des internationalen Rechts sind, behaupten die Nationalsozialisten, nur die Völker könnten Völkerrechtssubjekte sein ... Wie leidenschaftlich wir die Beseitigung des Faschismus auch wünschen mögen, wir können unsere Augen nicht vor der Möglichkeit verschließen, daß er nicht ausgelöscht wird. Daher ist es von größter Wichtigkeit, den propagandistischen Charakter der nationalsozialistischen

quenzen. Zunächst einmal wird der negativ progressive Charakter des Begriffs Staatssouveränität zerstört. Die souveräne Rasse kennt keine territorialen Grenzen, und dann gibt es keine Schranken für die höchste Gewalt. Die Souveränität der germanischen Rasse existiert überall, wo es germanische Rassenangehörige gibt ... Die Souveränität der Rasse ist die ideologische Grundlage für die Fünfte Kolonne und den Imperialismus ...

Ferner können wir ... das tatsächliche Zentrum der politischen Macht nicht mehr erkennen. Natürlich herrscht weder die Rasse, noch hat das Volk irgendwelche politische Macht. Wer also herrscht in Deutschland? Wo ist der tatsächliche Sitz der politischen Macht? Es ist schwer genug, die Antworten auf diese Fragen im Rahmen der traditionellen Jurisprudenz zu finden. Noch schwerer ist es, sie in der nationalsozialistischen Ideologie zu finden, und gerade diese Schwierigkeit ist der eigentliche Zweck der Doktrin. Ihr Ziel ist die Verschleierung der Tatsache, daß der neue deutsche Staat eine gewaltige politische und gesellschaftliche Macht aufgehäuft hat, die den traditionell der Staatsgewalt auferlegten Schranken nicht unterliegt.

Ebenso lehnt der Nationalsozialismus den Staat als Subjekt des Völkerrechts ab und setzt an seine Stelle das souveräne Volkstum. Diese Entwicklung wurde stufenweise vorbereitet und nahm in dem Maße an Dreistigkeit zu, wie Deutschlands Macht sich ausdehnte ...

Insgesamt sind sich die nationalsozialistischen Theoretiker darin einig, daß Hindernisse, die der Vergrößerung des Reiches entgegenstehen, aufhören zu existieren, wenn das Volk es verlange ... Die Rassenlehre ist dynamisch; ihre Funktion läßt sich folgendermaßen zusammenfassen:

- (1.) Indem sie leugnet, daß Staaten Subjekte des Völkerrechts sind, leugnet sie die Gleichheit aller Staaten und läßt es zu, daß zwischen ihnen Unterschiede getroffen werden.
- (2.) Indem sie leugnet, daß Staaten Souveränität besitzen, zerstört sie das letzte Element von Rationalität in den internationalen Beziehungen. Die dem Begriff der Staatssouveränität innewohnenden räumlichen und funktionalen Grenzen verschwinden.
- (3.) Indem sie die Souveränität der Rasse proklamiert, unterwirft sie alle Deutschstämmigen, gleich welcher Staatsangehörigkeit sie sind, dem Recht der germanischen Rasse.
- (4.) Indem sie die Existenz eines Völkerrechts ... leugnet, setzt sie sich über alle rechtlichen Grenzen hinweg ...
- (5.) Indem sie den Begriff „Völkerrecht“ auf die Beziehungen zwischen den einzelnen Volksgruppen innerhalb ihres Reiches anwendet, zerstört sie die letzten Überreste von Minderheitenschutz und verbrämt die Minderheitenunterdrückung mit der Weihe des Völkerrechts.

Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten — erscheint vierteljährlich.
Herausgeber: Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5 Köln 1, Zölperstraße 7, Postfach 260 226
Tel. 0221/21 64 42.
Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des BWK: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Christiane Schneider.
Es erscheint im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.B.H., 5000 Köln 1, Zölperstraße 7, Tel. 0221/21 16 58. Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19-507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11 44 39 36 00.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 1,50 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 26,- DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 52,- DM.
Bestellungen bitte an die unten angegebenen regionalen Versandstellen richten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Ulrike Detjen; für Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux; für Aus Verbänden und Parteien — Diskussion, Dokumentation, Spezialberichte: Alfred Küster.
Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.
Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGMe, des NH Chemische Industrie: AGCh, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront: AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF.
Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1. — Beilagenhinweis: Vierteljährlich: Beilage, Gesamtelte Beiträge aus der Diskussion der Linken.

Im GNN-Verlag erscheinen ebenfalls vierteljährlich:

Nachrichtenhefte, hrsg. von AG Stahl- und Metallindustrie, 8 S., 1,20 DM
AG Medien in der Volksfront, 4 S., 0,50 DM
Herausgeberkreis Nachrichten Chemische Industrie, 4 S., 0,50 DM
AG Beschäft. i. Dienstleistungsgew., 6 S., 0,80 DM
AG gegen reaktionäre Gesundheitspol., 8 S., 1,20 DM
AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront, 4 S., 0,80 DM
AG für antifasch. Bildungspolitik, 8 S., 1,20 DM
AG für Kommunalpolitik, 8 S., 1,20 DM

Antifaschistische Nachrichten, hrsg.: Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, 16 S., 1,20 DM

Bezugsbedingungen Ein Halbjahres- bzw. ein Jahresabonnement kostet Einzelpreis plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestelladressen:

GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.B.H.
5000 Köln 1, Zölperstraße 7, Postfach 260 226
GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg
Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76
GNN Verlagsgesellschaft Westberlin
Czeminskistr. 5, 1000 Westberlin 62
GNN Verlag Niedersachsen/Bremen
Große Düwelstr. 55, 3000 Hannover 1
GNN Nordrhein-Westfalen
Zölperstraße 7, 5000 Köln 1
GNN Verlag Hessen
Postfach 11 08 22, 6000 Frankfurt 11
GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg
Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1
GNN Verlagsgesellschaft Bayern
Holzstr. 2, 8000 München 5

Kurdistan-Rundbrief, Hrsg. Kurdistan-Komitee in der BRD, Feyka Kurdistan und versch. Solidaritätsgruppen, 4 S., 0,80 DM. Jahresabo: 30 DM.

Angehörigen-Info, Hrsg.: Angehörige der politischen Gefangenen in der BRD, 8 S., 0,80 DM. Halbjahresabo 26 DM.

Bestellungen für die beiden zuletzt angeführten Zeitschriften bitte nur an GNN-Verlag, Zölperstr. 7, 5000 Köln 1.

Ausstellung

„Nur wenige kamen zurück“

Kölns Vorreiterrolle bei der Verfolgung der Roma und Sinti

In einer Ausstellung in Köln, die auch noch in anderen Städten zu sehen sein wird, wurde die Unterdrückung der Roma und Sinti in Deutschland vor, während und nach dem Nationalsozialismus dokumentiert. Einen eindrucksvollen Bestandteil bildet die Darstellung des Lebens und der Verfolgung der Roma- und Sinti-familien in Köln und Nordrhein-Westfalen. Dies ist deshalb besonders wichtig, weil die Vorreiterrolle, die die Stadt Köln schon in der Weimarer Republik und unter der Herrschaft der Nationalsozialisten bei der Verfolgung, Vertreibung und Vernichtung der Roma und Sinti spielte,

bensjahr Sonderausweise mit Fotos und Fingerabdrücken erhielten. 1926 schuf die „Deutsche Kriminalpolizeiliche Kommission“ eine Vereinbarung für die Länder. Sie faßte im März 1933 alle gesetzlichen Maßnahmen gegen Roma und Sinti mit Erweiterungen nochmals zusammen.

Vor 1933 lebten in Köln einige hundert Familien der Sinti und Roma. Sie waren meist selbständig als Schausteller, Artisten, Musiker, Schmiede, Pferde- und Textilhändler. Viele hatten einen festen Wohnsitz. Sie lebten teils in Wohnungen, teils in Wohnwagen auf über zehn Stellplätzen.

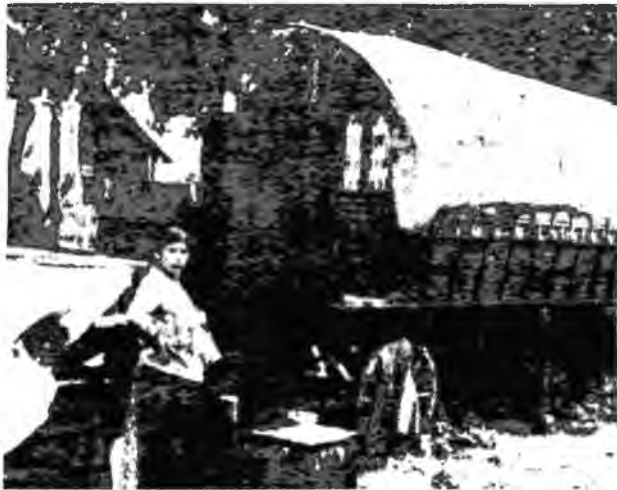
reichen Großstädten übernommen.

Die Kinder der sesshaften Sinti und Roma wurden 1939 vom Schulbesuch praktisch ausgeschlossen. Nur noch eine Klasse wurde im Gebäude der jüdischen Schule in der Löwengasse zugelassen. Die jüdischen Schüler wurden zwangsweise in einer anderen Schule zusammengefaßt. Auch hier verzeichneten wir eine Initiative der Stadt Köln in der Unterdrückung und Verfolgung der Sinti und Roma, bevor es einen entsprechenden Reichserlaß gab.

Die Verfolgungsmaßnahmen wurden in der Tagespresse nicht etwa verschwiegen, sondern bewußt in verhetzender Absicht propagiert. In August 1938 schrieb die in Köln erscheinende Zeitung „Westdeutscher Beobachter“: „Das Bestreben, sesshaft zu sein, beseelt jetzt die meisten Zigeuner, und ihre sonst zum Nichtstun neigenden Männer bequemen sich nun auch zur regelmäßigen Arbeit. Dazu zwingen sie allerdings gesetzliche Maßnahmen und die Androhung einer Verschickung ins Konzentrationslager, wo sich seit dem vergangenen Jahr 18 aus Köln abgeschobene arbeitscheue Zigeuner zwangsweise aufhalten müssen.“

Die „regelmäßige Arbeit“ ist ein betrügerischer Ausdruck dafür, daß den Sinti und Roma seit 1936 kaum noch Wandergewerbescheine ausgestellt und ihnen damit die Existenzgrundlage ent-

Bereits seit Ostern 1928 wurden die Kinder von den Lagerplätzen genötigt, in eine besondere Schulklasse für „Zigeuner-kinder“ am Grüngürtel zu gehen, weil Eltern und Lehrer sich beklagten, wenn sie mit den anderen Kindern zusammen unterrichtet wurden. Der Schulbesuch war zwangsmäßig. Wenn die Eltern die Kinder nicht zur Schule schickten, wurden sie mit Fürsorgeerziehung der Kinder und Nichtausstellung des Wandergewerbescheins bedroht. Dies geschah gerade aufgrund ihrer deutschen Staatsangehörigkeit zwecks „Anpassung an deutsche Sitten und Kultur“. Dieses Modell der Stadt Köln wurde in den dreißiger Jahren von zahl-



Stellplatz in Köln 1935

mit zahlreichen Foto- und Textdokumenten belegt.

Auf Grundlage der in der Weimarer Republik und speziell von Preußen erlassenen Verordnungen schränkte die Stadt Köln die Lebens- und Arbeitsmöglichkeiten von Sinti und Roma früher als andere Kommunen ein.

1927 nahm der Reichstag einen Antrag der Rechtsparteien an, die Bewegungsfreiheit der „Zigeuner“ aus seuchenpolizeilichen Gründen einzuschränken. In der Ausführung dieser Verordnung tat sich Preußen, zu dem das Rheinland damals gehörte, besonders hervor. Der preußische Innenminister ordnete im selben Jahr an, daß Sinti und Roma ab dem sechsten Le-



1945 kehrten überlebende Sinti und Roma auf den Schwarz-Weiß-Platz zurück. 1958 wurde der Platz geräumt, weil die Firma Siemens das Gelände beanspruchte.

zogen wurde. Sie wurden zu anderer Arbeit, meist in der Bau- und Rüstungsindustrie, zwangsverpflichtet. Die weitere Bedingung, um diesen Zwang durchzusetzen, waren die ab 1935 eingerichteten umzäunten und bewachten Lager. In Köln stand die Wachbaracke des SS-Mannes Willi Schmidt auf dem Gelände des „Schwarz-Weiß-Platzes“, der nach dem Fußballplatz in der Nähe so hieß. Auch diese Einrichtung war eine Leistung der Stadt Köln, die dann von anderen Städten übernommen wurde.

Diese kommunalen Lager werden bis heute nicht als Konzentrationslager oder Haftstätten anerkannt. Rentenansprüche werden abgelehnt.

Roma und Sinti durften das Lager nur zur Arbeit und zu bestimmten Zeiten verlassen. Besucher erhielten selten Zutritt. Jederzeit aber durften die verbrecherischen Wissenschaftler der „Rassenhygienischen Forschungsstelle“ dort die Bewohner ausforschen und durch Fotografieren von Körperteilen, Abnehmen von Haar- und Blutproben, von Gipsabdrücken der Köpfe quälen. Durch ihre rassistische, als Wissenschaft ausgegebene, selektierende Einteilung



„Schwarz-Weiß-Platz“, Stellplatz in der Venloer Straße. Roma und Sinti wurden hier ab 1935 zwangseingewiesen.

der Roma und Sinti in „Zigeuner“ und „Zigeunermischlinge“, deren besondere „Minderwertigkeit“ sie behaupteten, und durch Herstellung von „Erbschaften“, die die Grundlage von Gutachten für die weitere Verfolgung lieferten, bereiteten sie den Völkermord an Roma und Sinti vor. 1935 definierten die deutschen Faschisten durch das Reichsbürgergesetz, daß ein Reichsbürger „deutschen oder artverwandten Blutes“ sein müsse. 1942 machten sie durch die 12. Verordnung zu diesem Gesetz die meisten Roma und Sinti zu Staatenlosen.

Nach 1945 kehrten nur sehr wenige Roma und Sinti, die den Vernichtungsfeldzug der Faschisten überlebt hatten, zurück. In Köln waren sie von Anfang an erneuter Verfolgung ausgesetzt. 1958 beschlossen die verantwortlichen Parteien im Kölner Rathaus, den Schwarz-Weiß-Platz, auf dem erneut Roma und Sinti wohnten, räumen zu lassen. Siemens wollte sich dorthin ausdehnen. Bei all ihren Verfolgungsmaßnahmen — wir berichteten über die Verfolgung der aus Jugoslawien eingereisten Roma, die Zwangsumsiedlung von einem Lagerplatz zum anderen, zuletzt im Juni 1989 auf den „Schiffhof“ in Köln-Rodenkirchen — stützte sich die Stadtverwaltung ungehemmt auf die von ihr geschützte „Zigeuner-datei“, die die eigens eingerichtete „Zentrale Anlauf- und Beratungsstelle für ethnische Minderheiten“ unter der Regierung von SPD-Oberbürgermeister Burger nach faschistischem Muster schuf. — (anl)

Die Ausstellung wurde gemeinsam veranstaltet von: Landesverband Deutscher Sinti und Roma NRW, Rom e.V., Köln, und Verein EL-DE-Haus, Köln.

Die Ausstellung kann entliehen werden über: Verein EL-DE-Haus, Gartheistr. 16, 5000 Köln 60. Dort ist auch der Katalog erhältlich, der alle Fotos und Texte der Ausstellung enthält. Hinzugefügt ist eine Auswahlbibliographie.



Verbrecherische Rassenbiologen der nationalsozialistischen „Rassenhygienischen Forschungsstelle“ auf dem Schwarz-Weiß-Platz. Sie bereiteten den Völkermord an Roma und Sinti vor.



Überfall der Polizei auf ein Wohnhaus von Roma im November 1968. Die Roma werden in der Presse als „Kriminelle“ diffamiert.



Jüdische Schule in der Löwengasse. Ab 1939 wurde dort die „Zigeunerklasse“ untergebracht.



Razzia auf dem Stellplatz 1937

Politische Berichte zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich . . . Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen)

- ☐ 10 Ausgaben für 10 Mark (Schein beilegen) zum Kennenlernen.
- ☐ im Jahresabonnement (52.— DM bei Einzelabo).
- ☐ im Halbjahresabonnement (26.— DM bei Einzelabo).
- ☐ Ich bezahle nach Erhalt der Rechnung.

☐ Bankinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Girokontos abzubuchen.

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Konto-Nr./BLZ:

(Bank Unterschrift)

Einsenden an: GNN, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1 oder regionale Bestelladresse